



Beilage zur Wochenzeitung
DasParlament

23. Dezember 2002

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Christoph Kleßmann

Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung

13 Karl-Ernst Jeismann

**Geschichtsbilder: Zeitdeutung und
Zukunftsperspektive**

23 Michael Gehler

**Zeitgeschichte zwischen Europäisierung
und Globalisierung**

36 Peter Steinbach

**Zur Wahrnehmung von Diktaturen
im 20. Jahrhundert**

44 Bernd Faulenbach

**Die Vertreibung der Deutschen aus
den Gebieten jenseits von Oder und Neiße**

Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **DasParlament**
Saar-Blies-Gewerbepark / In der Lach 8,
66271 Kleinblittersdorf-Hanweiler,
Telefon (0 68 05) 61 54 39,
Fax (0 68 05) 61 54 40,
E-Mail: parlament@sdv-saar.de,
nimmt entgegen:

● Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte

● Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **DasParlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

● Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Zwei Diktaturen in Deutschland haben deren intensive wissenschaftliche Aufarbeitung erforderlich gemacht. Die Folgen waren und sind oftmals Widersprüche zwischen der Zeitgeschichtsforschung und deren publizistischer Reproduktion einerseits sowie den vielfältigen persönlichen Erinnerungen der „betroffenen“ Generationen andererseits. Dies muss zwangsläufig zu Kontroversen führen. Der Zeitgeschichtsschreibung steht dann im Extremfall eine Generation gegenüber, die sich ihrer eigenen Erfahrungen enteignet oder bevormundet sieht. Eine Aufgabe wissenschaftlicher wie pädagogischer Vermittlung von Zeitgeschichte bestünde darin, zu einer ebenso aufgeklärten wie vorurteilsfreien historischen Identität beizutragen.

■ Dass Zeitgeschichtsschreibung per se Aufklärung bedeutet, ist nach der Instrumentalisierung vor allem dieser Wissenschaft durch diktatorische Systeme zumindest zweifelhaft geworden. Die Nutzung zeitgeschichtlicher Forschung für politische Zwecke ist aber auch in einer Demokratie möglich, ja oft notwendig. Problematisch wird dies, so *Christoph KleBmann*, wenn damit eine Einschränkung des Pluralismus oder sogar eine Tabuisierung bestimmter Themen und Fragestellungen verbunden ist.

■ Geschichtsbilder können ganz unterschiedliche Wirkungen haben: Sie vermögen die historische Selbstvergewisserung einer Nation zu bekräftigen und damit zur gesellschaftlichen Integration beizutragen – sie können aber auch durch nationalistische Übersteigerungen selbst zu Konflikten, ja zu Kriegen führen. *Karl-Ernst Jeismann* vertritt die These, dass in dem Maße, wie Europa zusammenwächst und damit immer mehr auch zu einem gemeinsamen historischen Bezugspunkt wird, nationale Geschichtsbilder ihre z. T. problematische Wirkung verlieren.

■ Soll Europa kulturell enger zusammenwachsen, so muss es

u. a. zu einer vergleichenden Aufarbeitung der nationalen Geschichtsbilder kommen. *Michael Gehler* gibt daher einen Überblick über den Stand der Zeitgeschichtsforschung in europäischen Ländern wie auch über deren bevorzugte (bzw. tabuisierte) Themen. Sein Fazit lautet, dass die Zeitgeschichte noch zu sehr unter nationalstaatlichen Aspekten dargestellt und vermittelt wird. Eine Europäisierung der europäischen Zeitgeschichte sei bisher noch nicht gelungen.

■ Eines der zentralen Themen einer solchen „Europäisierung“ der Zeitgeschichtsschreibung ist die Auseinandersetzung mit den Diktaturen und autoritären Regimen Europas im 20. Jahrhundert. Noch viel zu sehr werden die europäischen Konfliktbeziehungen ausgeblendet, die seit dem Kriegsausbruch 1914, vor allem aber seit dem Versailler Vertrag von 1919 verhängnisvoll wirksam wurden. Die immer noch eher nationalgeschichtliche Wahrnehmung, so *Peter Steinbach*, erschwert es, dass ein (selbst)kritischeres historisch-politisches Bewusstsein in Europa entsteht. Dieses selbstkritische Verständnis sollte – zeitlich bis in die Jahre 1989/90 – auch die Ursachen für die mangelnde Unterstützung von Widerstandsbewegungen beinhalten.

■ Die schlimmste Folge der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges war neben dem Holocaust die Flucht und Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen aus den Ostprovinzen; über zwei Millionen verloren dabei ihr Leben. Diese gleichfalls säkulare Tragödie wurde von der deutschen Zeitgeschichtsschreibung lange vernachlässigt. *Bernd Faulenbach* beschreibt die einzelnen Phasen der oft eher behinderten wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussion. Eine diesbezügliche „Vergangenheitsbewältigung“ steht hier offensichtlich erst am Anfang, wie u. a. die Reaktionen der Medien auf das jüngste Buch von Günter Grass zeigen.

Klaus W. Wippermann ■

Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung

I. Schwierigkeiten der Aufklärung

Die berühmteste Definition der europäischen Aufklärung hat 1784 Kant formuliert: Aufklärung als Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“¹ Dass Geschichtswissenschaft generell, aber insbesondere auch die Disziplin Zeitgeschichte und die politische Bildung, eine wichtige aufklärerische Funktion haben, scheint unstrittig und schon so selbstverständlich, dass sie kaum noch thematisiert wird. Konjunktur haben andere und systematisch erst in den letzten Jahre erschlossene Felder, die zwar keineswegs immer so ganz neu sind, wie sie daher kommen, aber aus der Postmoderne starke Anstöße erhalten haben: Geschichtskultur, Geschichtspolitik, Erinnerung und Gedächtnis. Der naiv erscheinende Glaube des Historismus, herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen“ (Ranke), ist uns nicht erst angesichts postmoderner Höhenflüge in die neue Innerlichkeit abhanden gekommen. Hier wird jedoch bisweilen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Im Extremfall reduzieren einige Adepten des „linguistic turn“ die Geschichte auf Texte, auf sprachliche Formen ihrer Überlieferung und Darstellung; die Grenzen zwischen Fakten und Fiktionen zerfließen.²

In der moderaten Variante hat die Postmoderne ohne Frage auch der Zeitgeschichte wichtige neue Impulse geliefert. Der Erwartung wissenschaftlicher Objektivierbarkeit wird hier bewusst die Vielfalt divergierender Geschichten und Erfahrungen gegenübergestellt. Damit werden neue Dimensionen in die Forschung einbezogen, die früher kaum ins Blickfeld kamen. Das jetzt auch in Deutschland eindrucksvoll dokumentierte Konzept der „Erin-

nerungsorte“ – der Formen diffuser, aber wirksamer kollektiver Erinnerungen an Personen, Sachen und schlagwortartig kondensierte Zusammenhänge – ist ein Beispiel für die Ergiebigkeit neuer Fragestellungen, die freilich weit über die Zeitgeschichte hinausgreifen.³ Geschichtsbewusstsein ist und bleibt ein wichtiges Feld der historischen Forschung, in der klassisch gewordenen Formulierung von Karl-Ernst Jeismann verstanden als „Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive“⁴.

Auch wer große Vorbehalte gegen manche überspannten postmodernen Zugänge zu historischen Themen hat, wird vor allem eine wichtige Errungenschaft nicht leugnen: die prinzipielle Skepsis gegen universale Theorien und ihre umfassenden Erklärungs- und Deutungsansprüche. Der Glaube an die Brüchigkeit der Moderne und des Fortschritts ist nicht mehr nur Teil konservativer Kulturkritik, sondern auch konstitutiv für die Postmoderne. Andererseits erschweren solche berechtigten Zweifel aber die auf den ersten Blick so selbstverständlich erscheinende Unterscheidung von Wahrheit und Lüge. Darauf zielt vermutlich der hintersinnige und von der Kommunismuserfahrung eines ungarischen Autors geprägte erste Satz aus dem hochgelobten Roman von Peter Esterhazy „*Harmonia Caelestis*“: „Es ist elend schwer zu lügen, wenn man die Wahrheit nicht kennt.“⁵

Postmoderne Skepsis erschütterte lange vor dem Epochenbruch von 1989/90 den Glauben an die Möglichkeit der Objektivität der historischen Wissenschaften. Die Forderung nach Objektivität und Aufklärung, die wissenschaftlichen Regularien folgt, ist damit jedoch keineswegs obsolet geworden. Im Gegenteil: Die dramatische Aktualität einer scheinbar einfachen Maximen verpflichteten Aufklärung wird nicht zuletzt beim Blick auf die Geschichte der Diktaturen des 20. Jahrhunderts sichtbar. Der friedlich und in unspektakulärer Hartnäckigkeit verfolgte Kampf der osteuropäischen Dissidenten vom „Leben in Wahrheit“ ist

Gekürzte Fassung eines Vortrags auf der Konferenz des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF): „Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Historische Kontroversen und politische Kultur nach 1945“, Potsdam, 20. Juni 2002.

1 Immanuel Kant, Was ist Aufklärung?, in: Berlinische Monatsschrift, 1784, S. 516.

2 Vgl. Georg G. Iggers, Zur „linguistischen Wende“ im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S. 557–570; Peter Schöttler, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?, in: ebd., 23 (1997), S. 134–151. Eine differenzierte Kritik bei Richard J. Evans, Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt/M. 1998.

3 Vgl. Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 2 Bde., München 2001.

4 Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbewusstsein, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, hrsg. von Klaus Bergmann u. a., Düsseldorf 1985, S. 40.

5 Peter Esterhazy, *Harmonia Caelestis*, Berlin 2001.

dafür ebenso ein eindrucksvolles Beispiel wie das verzweifelte und vergebliche Bemühen von Widerstandsgruppen im „Dritten Reich“, den Goebbels’schen Lügengespinnten wahre Informationen entgegenzusetzen und so das verblendete Volk von seinem Führer zu trennen oder zumindest der Welt zu signalisieren, dass es noch ein „anderes Deutschland“ gab. Eine deutsch-polnische Ausstellung in Kreisau, heute Krzyzowa, trug daher nicht zufällig den Titel „In der Wahrheit leben“ und wollte damit den Bogen von einer Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 – dem „Kreisauer Kreis“ – zu den osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen schlagen.

In einem essayistischen Rückblick auf Brüche und Zäsuren in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert hat Wolfgang Eichwede die Bürgerrechtler als „Kinder der Aufklärung“ charakterisiert, die Europas Freiheitsgeschichte fortgesetzt haben und die Verwirklichung der Zivilgesellschaft, die ihnen vorenthalten wurde, auf ihre Fahnen schrieben. Dies ist in der Tat eines der faszinierendsten Kapitel der von Gewalt und Brutalität in nie gekanntem Ausmaß geprägten Geschichte des 20. Jahrhunderts. „Wenn irgendwo in dem geteilten Europa Keimformen der ‚civil society‘ existiert haben,“ so Eichwede, „dann waren es die diskutierenden Dissidentenzirkel in Prag oder Leningrad, in Krakau oder Budapest. In ihrem Vertrauen auf die Öffentlichkeit und die Kraft des Beispiels, der Einsicht und des Arguments waren sie ganz und gar Kinder der europäischen Aufklärung. Interessenanalysen und Machtkalküle waren nicht ihre Sache.“⁶

Aber auch westliche Demokratien, die sich dem Ideal der Zivilgesellschaft und der ständigen Einmischung in öffentliche Belange verpflichtet fühlen, sind in keiner Weise gegen die Manipulation der Regierenden und die suggestive Verführung selektiver, politisch passfähig gemachter Erinnerungen gefeit. Die erdrückende Konkurrenz einer auf Spektakuläres oder leicht Verdauliches ausgerichteten Informationsstrategie vieler Massenmedien macht daher zeithistorische Aufklärung zu einem mühsamen Unternehmen. Nicht mehr die Freiheit der Information ist das Problem, sondern Gehör für diese in der Öffentlichkeit zu finden, sobald es nicht mehr nur um punktuelle Neuigkeiten oder sensationelle Enthüllungen geht, sondern um komplexere Zusammenhänge und differenzierte Urteile. Wer die emotionalen Stellungnahmen zur Eröffnung des Speziallagermuseums in

6 Wolfgang Eichwede, Kinder der Aufklärung, in: Kafka. Zeitschrift für Ostmitteleuropa, (2001) 3, S. 8–13; ders., Archipel Samizdat, in: Forschungsstelle Osteuropa (Hrsg.), Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre, Bremen 2000, S. 15.

Sachsenhausen verfolgt hat⁷ oder sich die Geschichte der Pfingsttreffen der Sudetendeutschen vor Augen hält, die fast seit Jahrzehnten nach ähnlichem Muster ablaufen und Versuche einer historisch-kritischen Differenzierung mit ablehnender Kritik begleiten,⁸ weiß, wie schwer es die historische Vernunft gegenüber emotionsgeladenen Zeitzeugen und ihren Nachkommen hat. Man wird unter solchen Auspizien sehr bescheiden, was die Möglichkeiten einer kritischen Fachwissenschaft und der Verbreitung ihrer Erkenntnisse anbelangt.

Auch in der Geschichte der Zunft selber gibt es noch mancherlei Minenfelder. Die auf dem Historikertag in Frankfurt 1998 vehement geführte Debatte um „Ostforscher“ und braune Ursprünge westdeutscher Sozialhistoriker, die jahrzehntelang überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden, ist ein Beispiel für fatale Formen der prinzipiell unvermeidlichen und auch wünschenswerten Nähe von historischer Wissenschaft und Politik sowie für die enormen Schwierigkeiten ihrer nachträglichen Aufarbeitung in politischen Konstellationen, die für eine solche Aufarbeitung wenig geeignet sind.⁹ Dass in diesem Fall die Suche nach unbequemen Wahrheiten zusätzlich durch die Konfrontation zweier Geschichtswissenschaften in Deutschland blockiert wurde, machte die Sache noch komplizierter. Auf die „versäumten Fragen“ der Bundesrepublik gab die DDR lautstarke und bereits im Vorfeld feststehende Antworten.¹⁰ Die massiven Proteste gegen die sog. Wehrmachtsausstellung haben auf andere Weise dokumentiert, welche Hürden längst bekannte Forschungsergebnisse bei der Umsetzung für eine breite Öffentlichkeit nehmen müssen, wenn sie gegen lieb gewordene Mythen verstoßen. Das gilt trotz inakzeptabler Schlampereien bei der Bildeinordnung in der ersten Fassung der Ausstellung.¹¹ Wie dreist Beteiligte an der öffentlichen Rechtfertigung bzw. Bagatellisierung ihrer kriminellen Rolle gegen alle breit dokumentierte wissenschaftliche Einsicht arbeiten, mag schließlich das umfangliche Pam-

7 Vgl. Opferverbände kritisieren Ausstellung. Presseerklärung der UOKG (Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft). Opfer des SED-Regimes warnen vor Geschichtsfälschung! Zur Eröffnung des Museums für das ehemalige „Speziallager 07“ Sachsenhausen am 9. Dezember 2001, in: Oranienburger Generalanzeiger vom 6. 12. 2001.

8 Z. T. reagiert man hier auch auf Provokationen der tschechischen Seite; vgl. Prag: Vertreibung eine gute Sache, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. 5. 2002

9 Vgl. Windfried Schulze/Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1999.

10 Vgl. Christoph Klessmann, DDR-Historiker und „imperialistische Ostforschung“, in: Deutschland Archiv, 35 (2002), S. 13–31.

11 Vgl. Bogdan Musial, Kritische Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG), 47 (1999), S. 563–591.

phlet von 20 hochrangigen Stasi-Offizieren belegen, das vor einigen Monaten erschienen ist. Es hat zwar vernichtende Presserevisionen erhalten, wird aber vermutlich auch erhebliche „klammheimliche Freude“ beim Heer der Ehemaligen ausgelöst haben.¹²

Diese beliebig zu vermehrenden Beispiele zeigen, wie stark die öffentliche Resonanz wissenschaftlicher Forschung von Konjunkturen der gesellschaftlichen und politischen Großwetterlage abhängig ist, wie sehr Zeithistoriker als Wissenschaftler und Zeitzeugen – die sie ja auch noch oft selbst sind – in der Auswahl ihrer Themen von solchen Konjunkturen mitbestimmt werden und in welchem Ausmaß Publikationen interessengeleitet sein können. Alle Beispiele unterstreichen aber gerade deswegen auch, wie notwendig die scheinbar so selbstverständliche Aufklärung durch professionelle Forschung ist und bleibt. Sie ist auch für andere Epochen bedeutsam, aber doch ungleich mehr für die Zeitgeschichte, die nach der Formulierung von Barbara Tuchman „noch qualmt“, sodass die klare Sicht häufig verstellt wird, Folgen und Wirkungen nur mühsam erkennbar werden, weil die Beobachter noch zu nahe an den Ereignissen sind.

II. Zeitgeschichte als Wissenschaftsdisziplin

Als in den frühen fünfziger Jahren die Zeitgeschichte in Deutschland als historische Teildisziplin begründet wurde, war diese persönliche und zugleich politische Konstellation prinzipiell nicht anders. Gegen unverblühte Rechtfertigungsprodukte ehemaliger NS-Funktionäre und hoher Militärs, gegen eine dominante Erinnerung, welche die Deutschen eher zu Opfern denn zu Tätern stilisierte oder alle Verantwortung auf eine kleine Verbrecherclique schob, sowie gegen eine als dramatisch wahrgenommene bolschewistische Bedrohung aus dem Osten mussten elementare historische Einsichten über den Nationalsozialismus, seine Ursprünge, seine gigantischen Verbrechen sowie über Zusammenhänge von Ursachen und Folgen durchgesetzt werden. Das ist – verfolgt man exemplarisch die Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte und seiner Zeitschrift – in beachtlichem Ausmaß versucht worden, aber erst mit erheblicher zeitlicher Verspätung gelungen. Dass der Antisemitismus-Streit vor der letzten Bundes-

tagswahl in Formen verlaufen ist, die im Hinblick auf ihre schwache Resonanz in der Weimarer Republik kaum denkbar gewesen wären, die plumpen Versuche politischer Instrumentalisierung spontanen und massiven Widerspruch ausgelöst haben, belegt die tief greifende Veränderung unserer heutigen politischen Kultur.

Das Problem der fehlenden Distanz hat die Zeitgeschichte seit ihren Anfängen begleitet. Hans Rothfels definierte sie in seinem programmatischen Aufsatz von 1953 in einer doppelten Dimension als Zeitphase und spezifischen Inhalt: als Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung sowie als „ein Zeitalter krisenhafter Erschütterung und einer eben darin sehr wesentlich begründeten universalen Konstellation“. Gerade angesichts der emotionsgeladenen Nähe und Betroffenheit forderte er nachdrücklich „größtmögliche Objektivität im Erfassen der Tatsachen . . . , aber keineswegs Neutralität gegenüber Traditionen und Prinzipien europäischer Gesittung“¹³.

Die spezifische Zeitgebundenheit dieser Definition ist uns seit langem bewusst, und sie erscheint heute insbesondere hinsichtlich der Eingrenzung auf den Zeitraum nur bis 1945 unhaltbar. Zeitgeschichte als „*historia sui temporis*“ muss per definitionem gleitende zeitliche Zäsuren haben. Das umschließt zwar mehrere Generationen, erlaubt aber nicht dauerhaft einen inhaltlich begründeten Fixpunkt – wie etwa den von 1917 – festzulegen. Eberhard Jäckel, Reinhard Koselleck, Anselm Doering-Manteuffel, Hans Günter Hockerts und viele andere haben diese Feststellung in ihre Überlegungen einbezogen.¹⁴

Inhaltlich war und blieb deutsche Zeitgeschichte trotz der seit 1990 überschäumenden Konjunktur der DDR-Forschung schwerpunktmäßig und in den großen Kontroversen auf den Nationalsozialismus ausgerichtet. Das hat gute Gründe, denn die zwölf Jahre des „Tausendjährigen Reiches“ waren weit mehr als nur deutsche Geschichte, sie waren auch eine der wichtigsten und schlimmsten Phasen der europäischen, ja der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. In dieser Relation erscheint die DDR tatsächlich nur als eine Fußnote, wie Stefan Heym nach der „Wende“ ironisch fragend angemerkt hat.

Die unübersehbare Fixierung auf die deutsche Geschichte hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aber auch zu berechtigten Einwänden geführt, ob dadurch nicht ganz andere und mögli-

12 Vgl. Reinhard Grimmer u. a. (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, 2 Bde., Berlin 2002; vgl. die kritische Rezension von Karl Wilhelm Fricke in: Deutschland Archiv, 35 (2002), S. 856 ff.

13 Hans Rothfels, Die Aufgaben der Zeitgeschichte, in: VfZG, 1 (1953), S. 1–13.

14 Vgl. die Nachweise bei Christoph Klessmann, Zeitgeschichte in Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Essen 1998, S. 53, Anm.

cherweise wichtigere Themen wie die Entkolonialisierung, das Wiederaufleben alter Konfliktlinien des 19. Jahrhunderts oder die Geschichte der westeuropäischen Integration notorisch vernachlässigt worden seien – so Hans Peter Schwarz in seinen „Fragen an die Geschichte des 20. Jahrhunderts“¹⁵. Diese Warnung ist berechtigt. Dennoch besitzt die Perspektivengebundenheit von Zeithistorikern auch ihre politisch-geographische Legitimation. Zudem bleiben Nationalsozialismus und Stalinismus mit den Leichenbergen, die sie in Europa verursacht haben, besondere Herausforderungen an die Erklärungskraft von Zeitgeschichte.

Die starke Konzentration auf deutsche Geschichte hat noch einen anderen, auch politisch bedeutsamen Aspekt. Für die Erforschung der DDR-Geschichte lag anfangs die vorrangige Beschäftigung mit Tätern und Opfern der Diktatur nahe. Darüber hinaus aber steht heute die ganze deutsche Nachkriegsgeschichte zur Debatte. Ihr westdeutscher Teil gehört dazu. Wir wissen jetzt deutlicher als früher, wie eng beide Teile trotz staatlicher Trennung verflochten waren. Der wechselseitige Bezug war zu allen Zeiten asymmetrisch. Sowohl für die Machtelite wie für die Bevölkerung der DDR bildete die Bundesrepublik stets *die* Referenzgesellschaft, mit der man sich aggressiv auseinandersetzte oder an der man sich insgeheim in seinen materiellen und politischen Wünschen zumindest partiell orientierte. Umgekehrt galt das in dieser Form nie. Trotz evidenten Asymmetrie sind aber auch bestimmte Prägungen der inneren Entwicklung und der politischen Kultur der „alten“ Bundesrepublik ohne die Nachbarschaft der kommunistischen Diktatur jenseits der Grenze nicht zu verstehen.¹⁶ Die spezifischen Formen und Blockaden der kritischen Auseinandersetzung mit der gemeinsamen NS-Vergangenheit gehören zu den signifikantesten Beispielen. Zahllose andere ließen sich nennen und bedürfen vielfach noch intensiverer Studien. Was hier für das geteilte Deutschland erkennbar ist, scheint mir für Europas „vergessene Hälfte“, nämlich die ostmitteleuropäischen Länder, noch nicht einmal in Ansätzen erforscht zu sein.

Schon einige wenige Überlegungen dieser Art verweisen auf die Notwendigkeit der Selbstreflexion von Zeitgeschichte. Dieses Bedürfnis bildete den Ausgangspunkt für ein Forschungsprojekt und eine Konferenz zum Thema „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ am Zentrum für Zeithistorische

Forschung (ZZF), Potsdam, die beide auf die Meta-Ebene zeithistorischer Forschung, insbesondere auf das Verhältnis von Öffentlichkeit, politischer Kultur und Fachwissenschaft, zielen. Streit gab und gibt es auch in anderen historischen Teildisziplinen. So lagen sich 1964 die Reformationsforscher darüber in den Haaren, ob – zugespitzt – Luther seine Thesen nicht an der Schlosskirche angeschlagen, sondern mit der Post verschickt habe. Dahinter standen allerdings grundsätzliche Fragen des überkommenen Lutherbildes, die durchaus das nationale Selbstverständnis berührten.¹⁷ Der Antisemitismus-Streit zwischen Heinrich von Treitschke und Theodor Mommsen 1879 oder die kaum öffentlich in Frage gestellte Ablehnung der sog. „Kriegsschuldfrage“ in der Weimarer Republik waren dagegen zeithistorische Kontroversen, die viel über die politische Kultur der Zeit aussagen. Der anhaltende „Kampf um Troja“ zwischen den Althistorikern Kolb und Korffmann dürfte dagegen, auch wenn er heftig tobt, kaum existentielle Erschütterungen provozieren wie noch die „Fischer-Kontroverse“ von 1961. Ist also Zeitgeschichte besonders prädestiniert für wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Streit?

Dies sicherlich, wenn man nicht in erster Linie die oft erbitterten Fachdebatten im engeren Sinne, sondern diejenigen betrachtet, die in der Öffentlichkeit eine besondere Resonanz fanden und daher Aufschlüsse geben über Geschichtsbewusstsein und politische Kultur. Ferner: Deutet die Zunahme zeitgeschichtlicher Debatten seit den sechziger Jahren auf ein wachsendes Gewicht der Fachdisziplin hin, oder hat diese umgekehrt in den letzten Jahren eher an Bedeutung eingebüßt? Wie viel aufklärerische Wirkung haben Kontroversen? In welchem Ausmaß bestimmen die „Historiker-Journalisten“ (Hockerts), also die Profis in den Medien, die öffentliche Arena des Streits und drängen die akademische Zeitgeschichte in den Elfenbeinturm von Quellenfetischismus und Fußnotenseligkeit?

Die Diskussion um die DDR-Geschichtswissenschaft, der politische und historiographische Stellenwert der Chiffre „1968“, aber auch die jüngste Kritik an den „versäumten Fragen“ der etablierten Sozialhistoriker in der „alten“ Bundesrepublik haben die Frage nach den Maßstäben der Fachwissenschaft neu gestellt und bislang keineswegs befriedigend beantwortet. Der Pulverdampf im Streit, wer DDR-Geschichte schreiben darf und soll, hat sich mittlerweile verzogen. Zeitgeschichte hat aber nach 1990 auch in anderen europäischen Ländern neue Aktualität erhalten. Der heftige

15 Hans-Peter Schwarz, Fragen an das 20. Jahrhundert, in: VIZG, 48 (2000), S. 1–36.

16 Vgl. Christoph Klessmann, Verflechtung und Abgrenzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 30–41.

17 Vgl. Hartmut Lehmann (Hrsg.), Historikerkontroversen, Göttingen 2000, S. 11 f.

Streit in Polen um Jedwabne und das polnisch-jüdische Verhältnis, die französischen Debatten um Vichy und den Algerienkrieg sowie schließlich diejenigen um „Gedächtnis, Geld und Gesetz in der Politik mit der Vergangenheit“ in der Schweiz sind drei signifikante Beispiele.¹⁸ Auch wenn damit die Frage nach der Möglichkeit einer europäischen Zeitgeschichte nicht explizit aufgeworfen wird, hat der kritische Umgang mit der Vergangenheit überall zunehmend an Gewicht und politischer Brisanz gewonnen. Die Intensität der deutschen Debatten scheint keineswegs mehr singular.

III. Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung

Lassen wir die Streitgeschichte hinter uns: Was kann und soll zeithistorische Forschung als wissenschaftliche Aufklärung heute bedeuten, welche Schwierigkeiten tun sich auf, und wie kann zeitgeschichtliche Wissenschaft ihnen begegnen, ohne sich in der Konkurrenz mit den Massenmedien zu überheben? Drei thesenartige Überlegungen dazu:

1. Objektivität als intersubjektive Überprüfbarkeit und regulative Idee empirischer Forschung und historiographischer Darstellung ist unverzichtbar, auch wenn der Glaube an die Möglichkeit ihrer Realisierung nachhaltig erschüttert ist.
2. Kritische Historisierung bleibt eine ebenso notwendige wie schwierige Aufgabe, insbesondere bei der Beschäftigung mit Diktaturgeschichte, wobei jede Generation neue Fragen stellt.
3. Individuelle und kollektive Erinnerung sollten, so diffus sie in der Regel sind, nicht bloßes Gegenstück zur sog. „objektiven“ Geschichte bleiben, sondern sie müssen integraler Bestandteil fachwissenschaftlicher Analyse sein, weil nur so Aufklärung sich ihrem selbstgesetzten Ziel wenigstens annähern kann.

1. Der britische Sozialhistoriker Richard Evans hat in seinem Buch „Fakten und Fiktionen“ eingehend die Grundlagen historischer Erkenntnis erörtert, die produktiven Herausforderungen postmoderner Autoren für die Geschichtswissenschaft konzidiert und dennoch ein energisches Plädoyer für historische Wahrheit als regulative Idee und den Versuch angemessener Rekonstruktion vergangener Wirklichkeit formuliert.¹⁹ Evans war im

Jahr 2000 Gutachter in dem Aufsehen erregenden Prozess gegen den Holocaust-Relativierer David Irving in London. Das Urteil gegen Irving fand in der britischen Presse ein enormes Echo und wurde als Sieg der historischen Wissenschaft über die Gemeinde der europäischen Rechtspopulisten mit revisionistischen Geschichtsbildern gefeiert.²⁰ Ähnlich hat Ernst Hanisch zwar die weiterführenden Anstöße postmoderner Autoren betont, ihren radikalen Vertretern aber nachdrücklich die Leviten gelesen, weil es dort eine Hierarchie des Relevanten und weniger Relevanten nicht mehr geben, weil *jede* Deutung ihr Recht haben und keine privilegiert sein soll.²¹ Auch Georg G. Iggers hat im Streit mit Hayden White, einem der profilierten Vertreter der Postmoderne in der Historiographie, an einige Maximen erinnert, die nicht zur Disposition stehen können. Historische Forschung hat demnach „trotz aller ideologischen Variationen eine Übereinkunft getroffen über bestimmte Standards der Behandlung von Quellen und der Form der Auseinandersetzung. Ungeachtet der Bedeutung der Vorstellungskraft bei der Konstruktion wissenschaftlicher Darstellungen sind solche Darstellungen nicht vollständig oder vorrangig ausgedacht, sondern verlangen eine intensive Forschung, deren Methoden und Schlussfolgerungen innerhalb einer Gemeinschaft von Forschern der Gegenstand einer genauen Prüfung sind“²². Dies ist Teil eines rationalen Diskurses von – im Sinne Kants – mündigen Individuen. Gäbe es nicht abstruse Verirrungen, so müsste an derlei Selbstverständlichkeiten nicht erinnert werden.

In der Zeitgeschichte wird für jedermann besonders unmittelbar erfahrbar, wie die Gegenwart die Geschichte immer wieder einholt und konditioniert. So haben die Revolution von 1989 und das Ende des Kommunismus in Europa die Determinanten unserer Interpretationen und historischen Urteile gravierend verschoben, alte Themen obsolet gemacht und neue in den Vordergrund gerückt. Lexikalische Großunternehmen wie das seit 1966 erschienene mehrbändige „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“, das sich in Lehre und Forschung immer gut als Diskussionseinstieg eignete, sind über Nacht entwertet worden und nur noch von historiographiegeschichtlichem Interesse. Die zeitgebundenen und nicht nur inter-

20 Vgl. ders., *Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess*, Frankfurt/M. 2001.

21 Vgl. Ernst Hanisch, *Die linguistische Wende. Geschichtswissenschaft und Literatur*, in: Wolfgang Hartwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Kulturgeschichte heute*, Göttingen 1996, S. 212–230.

22 Georg G. Iggers, *Historiographie zwischen Forschung und Dichtung*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001), S. 327–340, hier S. 340.

18 Die Beispiele wurden auf der Konferenz des ZZF in Potsdam „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ im Sommer 2002 behandelt. Die Veröffentlichung der Beiträge ist in Vorbereitung. *Anmerkung der Redaktion*: Vgl. auch den Beitrag von Michael Gehler in diesem Heft.

19 Vgl. R. J. Evans (Anm. 2).

essegeliteten Grenzen historischer Erkenntnis und sozialwissenschaftlicher Prognosefähigkeit sind uns 1989 auf drastische Weise vor Augen geführt worden. Das kann zu heilsamer Bescheidenheit mahnen, führt aber nicht die Suche nach Wahrheit als regulativer Maxime ad absurdum. Diese hat zudem methodische Konsequenzen. Denn ohne diese Maxime würden z. B. alle Bemühungen der Gedenkstätten um Dokumentation originaler Ausstellungsstücke statt Inszenierung imaginerter Vergangenheit belanglos.²³

Aber auch eine andere, in meinen Augen besonders wichtige und unverzichtbare Funktion wissenschaftlicher Zeitgeschichte ginge verloren – nämlich die, auf der Sperrigkeit ihres Gegenstandes zu insistieren, Sand im Getriebe zu sein und statt flinker Formeln und spektakulärer Etikettierungen auf der mühsam zu erschließenden Komplexität vergangener Wirklichkeit zu beharren. Der Zweifel gehört zu den Tugenden der Aufklärung. Dieses Beharren auf Komplexität bedeutet auch eine Portion Skepsis gegenüber der immer wieder und keineswegs zu Unrecht erhobenen Forderung nach sprachlicher Gefälligkeit, plastischer Beschreibung und biographischer Konkretion statt „Präparieren von Strukturen“²⁴. Solche Alternativen zu konstruieren führt in die Irre. Übergreifende Determinanten und Strukturen einerseits und individuelle menschliche Handlungsweisen, Wahrnehmungen und Erfahrungen andererseits miteinander zu „verrechnen“ ist die Aufgabe der historischen Wissenschaft. Das bleibt eine der schwierigsten Operationen in der Rekonstruktion von Vergangenheit. Der oft zitierte Satz aus Marx’ „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ hat von seiner Gültigkeit wenig verloren: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbst gewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“²⁵ Dass das zeitweilig fast vergessene Genre der Biographie gegenüber puren Strukturanalysen große Vorzüge bietet und zur Erklärung komplexer, schwer verstehbarer Zusammenhänge beitragen kann, hat Ulrich Herberts Best-Biographie als ein markantes Beispiel aus der jüngsten Zeitgeschichte gezeigt.²⁶

23 Ein makabres Beispiel war die Ausstellung im Jüdischen Museum „Mirroring Evil“ mit Computermontagen und einem Lego-KZ in New York. Vgl. Hallo Jerusalem, ich entschuldige mich, in: Tagesspiegel vom 17. 3. 2002, S. 25.

24 Joachim Fest, Literatur ohne Heilsplan. Über den Umgang mit der Geschichte, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. 2. 2000 (Beilage).

25 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW Bd. 8, S. 115.

26 Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996.

Gerade angesichts solcher Komplexität ist jedes „Lernen aus der Vergangenheit“ schwierig und in einem naiven Sinne ohnehin unmöglich. Wer jemals einen Schulbuchtext verfasst oder am Drehbuch für einen Film beratend mitgearbeitet hat, weiß, wie verzweiflungsvoll der Zwang zur Komplexitätsreduktion oder die Abhängigkeit vom filmischen Material alle hoch gespannten Ambitionen zunichte machen. Dennoch sollten hier keine falschen Gegensätze konstruiert werden. Audiovisuelle Medien sind nicht nur unverzichtbare zeitgeschichtliche Quellen, deren Erschließung und Methodenreflexion allmählich auch die Zunft erreicht hat,²⁷ sie sind auch – richtig platziert – hervorragende Instrumente historisch-politischer Aufklärung, weil sie einen breiten Rezipientenkreis erreichen können und andere Wirkungsmöglichkeiten besitzen. Filmische Bildsequenzen haben eine eigene Dynamik, die auch der Wissenschaft enorme Chancen bietet. In ihren unterschiedlichen Zugangsweisen und Präsentationsformen können sie ohne falsche Pädagogisierung zumindest dazu beitragen, elementare Einsichten gegen quer liegende eigene Erfahrungen zu fördern und die politische Kultur zu verändern.

2. „Historisierung“ als methodisches und interpretatorisches Problem ist, wenn ich es richtig sehe, erstmals 1983 von Martin Broszat in seinem Aufsatz über die „Spannung zwischen Bewerten und Verstehen der Hitler-Zeit“ in die Debatte eingeführt worden²⁸, obwohl dahinter eine viel ältere Grundsatzfrage steht. Historisierung meinte für Broszat vor allem, den zwölf Jahren der NS-Zeit nicht länger eine falsche negative Zentralisierung in der gesamten deutschen Geschichte einzuräumen, von der aus sich die vorangegangenen und nachfolgenden Phasen primär als vor- und nachfaschistisch darstellen. Statt dessen sollte die Geschichte der politischen Diktatur in einen größeren zeitlichen Kontext eingeordnet werden, um damit auch Kontinuitäten und Brüche besser sichtbar zu machen. Das bedeutete zugleich, von der lange Zeit vorherrschenden Pädagogisierung der NS-Zeit unter dem Aspekt politischen Lernens Abschied zu nehmen. „Die lautstarke Distanzierung, die so lange erfolgte und noch geschieht, muss verträglich gemacht werden mit einer recht verstandenen historischen Aneignung dieser Zeit, die kritisches und verstehendes Vermögen verbindet.“²⁹ Ziel war die historische

27 Vgl. Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999.

28 Vgl. Martin Broszat, Eine Insel der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit, in: ders., Nach Hitler, München 1988, S. 208–215.

29 Ebd., S. 215. In seinem einiges Aufsehen erregenden Plädoyer für die Historisierung im „Merkur“ 1985 hat Bros-

Befreiung mancher ereignis- und personengeschichtlicher Perspektiven aus dem Zwangskorsett der Vorstellung einer alles erfassenden Gewalt-herrschaft. Analytische Kritik an langfristigen Fehlentwicklungen und ambivalenten Entwicklungspotenzialen wird im Postulat der Historisierung verbunden mit elementarem Bemühen um Verstehen zutiefst widersprüchlicher Konstellationen, d. h. der Gleichzeitigkeit von Verbrechen-dimensionen ungeheuren Ausmaßes und trivialer Normalität des Lebens in der Diktatur. Broszats Verstehens-Begriff beruhte auf einer kritischen, aufklärerischen Position und hob sich damit deutlich ab von dem des Historismus. Es ging ihm darum, „die scharfe Spannung zwischen den beiden Elementen des ‚Einsehens‘, dem Verstehen-Wollen und der kritischen Distanzierung“ auszuhalten und weder in eine Pauschal-Distanzierung noch in ein relativierendes, amoralisches Nur-Verstehen zu flüchten.³⁰

In anderer Weise ist das seinerzeit vielen Missverständnissen ausgesetzte Konzept einer kritischen Historisierung auch zu einem zentralen Element der seit 1990 intensivierten Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen geworden. Ihre lange Dauer und die inneren Wandlungsprozesse haben es sicherlich erschwert, sie analog zu den nur zwölf Jahren Nationalsozialismus als quasi überhistorisch aus der Geschichte der Staaten und Gesellschaften auszuklammern und zu stigmatisieren. Die Grenzen des Diktaturvergleichs sind insbesondere im Hinblick auf die DDR deutlich geworden. Eine Historisierung ist hier bereits viel früher als für den Nationalsozialismus gefordert und praktiziert worden. Eine moralische Relativierung des Diktaturcharakters mag angesichts der nicht wirklich vergleichbaren Verbrechen-dimensionen zwar nahe liegen, und Beispiele dafür gibt es genügend. Die eigentliche methodische Herausforderung für die historische Forschung liegt jedoch in der Aufgabe, die DDR – und für andere Länder gilt das ebenso – nicht nur von ihrem Ende und auch nicht von ihren vermeintlich guten Anfängen einer in der Tradition der europäischen Aufklärung stehenden sozialistischen Alternative zu interpretieren, sondern sie gewissermaßen aus der Mitte heraus mit einem für die Zeitgenossen noch scheinbar offenen Entwicklungspotenzial zu rekonstruieren und zu verstehen.³¹ Strukturanalyse

zAT seine Überlegungen weiter ausgeführt und an thematischen Beispielen entwickelt.

30 Vgl. Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: VfZG, 36 (1988), S. 339–372, hier S. 341.

31 Vgl. Konrad Jarausch, Nachdenken über die DDR, in: Berliner Debatte INITIAL, (1995) 4–5, S. 9–15, hier S. 11. Anmerkung der Redaktion: vgl. auch den Beitrag von Peter Steinbach in diesem Heft.

und Erfahrungsgeschichte erweisen sich hier als zwei notwendige und komplementäre Seiten einer Medaille, um zu verstehen, wie es eigentlich gewesen sein könnte, aber auch, um eine solche komplexere Einsicht zu vermitteln. Andernfalls bleibt es bei der Dichotomie plakativer genereller Anklage oder nostalgischer, selektiver Erinnerung und einem Geschichtsbild, das Zeitgenossen kaum wirksam zu vermitteln ist, da es zentralen eigenen Erfahrungen widerspricht.

3. Mein drittes Feld „Erinnerung und Zeitgeschichte“ ist sicher das komplizierteste und gegenwärtig meist diskutierte. Es ist ein Kernproblem, mit dem sich Zeithistoriker sehr viel intensiver als die Fachleute für andere Epochen auseinander zu setzen haben. Denn sie sind permanent mit der Deutungskonkurrenz zwischen persönlicher Erinnerung und wissenschaftlicher Zeitgeschichtsschreibung konfrontiert. Gerade weil das neue Interesse an Gedächtnis, Erinnerung und Memorialisierung bei bestimmten zeithistorischen Themen schon nahezu inflationäre Züge angenommen hat, sollte eine systematische Problematisierung stattfinden. Es geht um den Konflikt zwischen dem oft stark emotional bzw. moralisch – anklagend oder rechtfertigend – geprägten Duktus der persönlichen Erinnerung und dem rationalen Anspruch der Forschung auf Erklärung. Zeitgeschichte begreift sich hier als Antipode zur unreflektierten Erinnerung. Sie hat die Aufgabe der rationalen Kontrolle der Erinnerung und der Disziplinierung des Gedächtnisses.³² Die Spannung zwischen den objektivierenden Methoden sowie dem Verstehens- und Aufklärungsimpuls der Fachwissenschaft und dem Wunsch nach klarem Verdammungsurteil auf Seiten der Opfer ist letztlich nicht aufhebbar. Sie ist ein Spezifikum der Zeitgeschichte.

Ein besonderes Element kommt hinzu: Zeithistoriker sind auch Zeitgenossen mit eigenen Erfahrungen, die sich nicht einfach eliminieren lassen. Gerade das macht sie als professionelle Fachleute im Vergleich zu Historikern anderer Epochen viel angreifbarer. Der Umgang mit dem im akademischen Milieu emotional stark aufgeladenen Datum „1968“ ließe sich hier als markantes Beispiel anführen.³³

32 Vgl. Konrad Jarausch, Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/M. – New York 2002, S. 21.

33 Vgl. etwa Hermann Lübkes Polemik gegen die „Achtundsechziger“: Der Mythos der „kritischen Generation. Ein Rückblick“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 17–25; oder Klaus Hildebrands Darstellung und Wertung in seinem Band der Geschichte der Bundesrepublik: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart 1984.

Dieses generelle Problem der Spannung zwischen persönlicher Erinnerung und wissenschaftlicher Zeitgeschichte nur als Alternative zu verstehen führt jedoch, wie Konrad Jarausch betont hat, in eine Sackgasse, gerade wenn es der Wissenschaft um Aufklärung geht. Denn „eine die lebendige Erinnerung ignorierende Geschichtswissenschaft läuft Gefahr, der Öffentlichkeit durch die Autorität der Wissenschaft ihre Sprachregelung aufzuzwingen, ohne die Bevölkerung wirklich überzeugen zu können“, solange das zähe Weiterleben von unreflektierten Erinnerungsbeständen nicht aufzubrechen ist.³⁴ Wie aber lässt sich dieses Dilemma lösen? Zumindest sind selbst diffuse Erinnerungen von der Forschung ernster zu nehmen und selber zu thematisieren. Die Durchsetzung eines kritischen Geschichtsverständnisses in der Gesellschaft kann nur durch eine Hinterfragung populärer Erinnerungen gelingen. Dazu gehört etwa auch Martin Walsers „Geschichtsgefühl“³⁵. Trotz aller Defizite hat Deutschland hier im Hinblick auf das „Dritte Reich“ einige Erfolge zu verbuchen. Für die DDR scheint mir der Befund noch keineswegs klar.

Hans Günter Hockerts hat für diesen Zusammenhang die begriffliche Trias „Primärerfahrung, Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft“ als typologisierenden Zugang zur Zeitgeschichte vorgeschlagen.³⁶ Dabei meint Primärerfahrung die selbst erlebte Vergangenheit, Erinnerungskultur die Gesamtheit eines nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs von Geschichte in der Öffentlichkeit mit unterschiedlichsten Mitteln und zu verschiedenen Zwecken. Dass „Geschichte als Waffe“³⁷ eingesetzt wird, ist zwar kein Spezifikum von Zeitgeschichte, aber doch ein besonders häufiges und für die politische Kultur aller Länder interessantes Phänomen. Fachwissenschaftliche Interventionen stoßen hier schnell an Grenzen. Konstitutiv für die Wissenschaft ist, dass sie Standards eines „systematischen, regelhaften und nachprüfbaren Wissenserwerbs“ entwickelt hat. Sie ist sich auch der Standortgebundenheit historischer Erkenntnis bewusst und legt Prämissen mehr oder minder explizit offen. Zumindest sollte sie das tun. Strittig werden und bleiben dagegen Verknüpfungen, Einordnungen, Gewichtungen – und sie lassen sich selten nur mit fachwissen-

schaftlichen Kriterien entscheiden. Hier hat nicht nur die Multiperspektivität ihren legitimen Platz. Hier kann es auch nicht die immer wieder erwartete „Objektivität“ geben, weil kein Fixpunkt außerhalb der Zeit existiert. Wohl aber muss intersubjektive Überprüfbarkeit im wissenschaftlichen Diskurs als Kontrolle und Korrektur dienen. „Erinnerungsvielfalt heißt nicht, alles für erlaubt zu erklären. Die Fachkompetenz kann dazu beitragen, dass Pluralität nicht zur Beliebigkeit verkommt“ und Legenden entschieden entgegen getreten wird.³⁸

Gegen die mittlerweile inflationär gewordene Redeweise vom „kollektiven Gedächtnis“ oder „kollektiver Erinnerung“ hat Reinhard Koselleck bedenkenswerte Skepsis angemeldet. Denn wer kollektive Erinnerung sucht, setzt ein kollektives Handlungssubjekt voraus, das sich auch kollektiv erinnern kann. Damit tauchen jene hypostasierten Handlungsträger auf (Klasse, Volk, Nation, Partei, Verband usw.), welche „die Vielfalt persönlicher Erinnerungen verschlucken und als kollektive Einheit wieder von sich geben“. Er plädiert für das „Vetorecht der je persönlichen Erfahrung, die sich gegen jede Vereinnahmung in ein Erinnerungskollektiv sperrt. Und es gehört zur oft beschworenen und ebenso oft vergeblich beschworenen Würde des Menschen, dass er einen Anspruch auf seine eigene Erinnerung hat“³⁹. Sekundäre Erinnerungen reichen demgegenüber weiter zurück, sind nicht mehr unmittelbar erfahrungsgesättigt und in besonderem Maße für Deutungen und Nachbesserungen offen. Kosellecks „Vorschlag zur Behutsamkeit“ lautet: „Es gibt keine kollektive Erinnerung, wohl aber kollektive Bedingungen möglicher Erinnerungen. So wie es immer überindividuelle Bedingungen und Voraussetzungen der je eigenen Erfahrungen gibt, so gibt es auch soziale, mentale, religiöse, politische, konfessionelle Bedingungen – nationale natürlich – möglicher Erinnerungen. Sie wirken dann als Schleusen, durch die hindurch die persönlichen Erfahrungen gefiltert werden, sodass sich klar unterscheidbare Erinnerungen festsetzen. Die politischen, sozialen, konfessionellen oder sonstigen Voraussetzungen begrenzen also die Erinnerungen und geben sie zugleich frei.“⁴⁰

Vielleicht ist dies ein Ansatz, um dem strukturellen Dilemma zwar nicht zu entkommen, aber angemessen mit ihm umzugehen.

34 K. Jarausch (Anm. 32), S. 32.

35 Vgl. Martin Walsers, Über ein Geschichtsgefühl. Vom 8. Mai 1945 zum 9. November 1989. Die Läuterungsstrecke unserer Nation führt nach Europa, in: Der Tagespiegel vom 10. 5. 2002.

36 Vgl. Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: K. Jarausch/M. Sabrow (Anm. 32), S. 41.

37 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe, Göttingen 2001.

38 H. G. Hockerts (Anm. 36), S. 30.

39 Reinhard Koselleck, Gebrochene Erinnerung? Deutsche und polnische Vergangenheiten, in: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Jahrbuch 2000, S. 19–32, hier S. 21.

40 Ebd., S. 20.

IV. Europäische Zeitgeschichte als Problem

Eine methodisch und inhaltlich verzweifelt schwierige Herausforderung bleibt eine europäische Erweiterung von Zeitgeschichte, die nicht nur ein Etikettenschwindel ist. Mit dem Ende des sowjetkommunistischen Systems in Europa 1989/91 hat sich ein gravierender, wenn auch in seinen Konsequenzen noch kaum voll überschaubarer Wandel vollzogen. Der Ost-West-Konflikt als globale Systemkonfrontation, die zentrale Determinante der äußeren und inneren Entwicklungen in Europa, ist trotz immer noch erheblicher Nachwirkungen beendet. Seine historisch-politische Prägekraft wird aber erst aus der Rückschau in ihrer Reichweite voll erkennbar.

Was seinerzeit in der plakativen Gegenüberstellung von „Abendland und Bolschewismus“ oder aus östlicher Sicht von „Imperialismus und Friedenslager“ eine hochgradig ideologisierte politische Dichotomie kennzeichnete, wird heute in seinen Konsequenzen als historisches Problem in ganz anderer Weise wieder aktuell. Denn die von den ostmitteleuropäischen Staaten als Ziel formulierte „Rückkehr nach Europa“ knüpft dort an, wo das Unheil begann: 1939 und 1945. Die sukzessive Auflockerung der sowjetischen Herrschaft durch die Entspannungspolitik, durch Glasnost und Perestrojka sowie schließlich durch die revolutionäre Selbstbefreiung 1989 hat dem Ruf „Rückkehr nach Europa“ jenseits ideologischer Wunschvorstellungen erst eine konkrete Basis verliehen. Dabei geht es primär um handfeste politische und ökonomische Ziele wie die Vorbereitung des Beitritts zur EU. Die vor allem von Politologen, Soziologen und Ökonomen betriebene Transformationsforschung geht den strukturellen Faktoren nach, die den Übergang in eine neue Periode ermöglichen sollen oder ihm auch im Wege stehen. Nur am Rande tauchen dabei die vielfältigen historischen Bedingungen und Ausgangskonstellationen auf, ohne deren genaue Kenntnis der unterschiedliche Verlauf und die nationalen Besonderheiten des Transformationsprozesses – und damit auch der künftigen Chancen und Probleme der Integration – unverständlich bleiben müssen.

Im weiteren Sinne gehört dazu die Rückbesinnung auf lange Zeit mehr oder minder unterdrückte nationale Traditionen. Diese Rückbesinnung präsentiert sich gegenwärtig auf unterschiedlichen Ebenen und ebenso in produktiven wie in fatalen Formen. Die krisenhaften ökonomischen und sozialen Begleiterscheinungen der Transformation verleihen nationalistischen Strömungen im Zeital-

ter der Globalisierung eine gefährliche Resonanz und Bindekraft als Integrationsideologie. Auf der anderen Seite gibt es überall einen unübersehbaren Prozess der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, ihren „weißen Flecken“ und verordneten Interpretationen, mit der vergessenen oder oft geschönten Beziehungsgeschichte zu Nachbarn oder Minderheiten im eigenen Lande. Der Name Jedwabne ist hier symptomatisch. Die beginnende Aufarbeitung des traumatisch belasteten Themas Flucht und Vertreibung in Polen, aber auch der Folgen der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa in allen Facetten sind eindrucksvolle Beispiele. Dass die im Kalten Krieg mit formaljuristischen Argumenten zu den Akten gelegte Entschädigung der Zwangsarbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft nun endlich – wie unbefriedigend auch immer – gelöst ist, ist ebenfalls ein europäisches Thema aus der Nach-Geschichte des NS-Systems.

Eine von engen ideologischen Vorgaben und unreflektierten Prägungen befreite Diskussion zeitgeschichtlicher Themen offenbart die Variationsbreite nationaler Periodisierungen und Zäsurbildungen. Sie entsprechen den jeweiligen Erfahrungsgeschichten, müssen aber in der zeithistorischen Reflexion mit generellen, übergeordneten europäischen Determinanten in Beziehung gesetzt werden. Abgesehen von den Problemen einer begrifflichen Bestimmung erweist sich der Periodisierungsrahmen von Zeitgeschichte fast überall extrem unterschiedlich. Die Opfererfahrungen im Zweiten Weltkrieg und die Erinnerung an den Widerstand, also die Formen nachdrücklicher Betroffenheit, sind dagegen am ehesten gemeinsame Bezugspunkte einer europäischen Zeitgeschichte,⁴¹ die auch erklären können, warum die Kritik an Kollaboration und Beteiligung an der Judendeportation sich erst mit großer zeitlicher Verspätung und öffentlicher Resonanz zu Wort melden konnte.

Eine „Rückkehr nach Europa“ gibt es in anderer Weise auch für Westdeutschland und Westeuropa. Dabei wird nicht zuletzt eine tief greifende Revision eines Europa-Begriffs nötig sein, der unter dem dominierenden Einfluss des Kalten Krieges und der „Rheinischen Republik“ Europa an der Oder, wenn nicht gar an der Elbe enden ließ. Die Bereitschaft, die prekären wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Rückkehr nach Europa zu akzeptieren – auch wenn sie zunächst unbe-

41 Vgl. Wolfgang Schieder, Gibt es eine europäische Zeitgeschichte? Vortrag im ZZf am 6. 6. 2002. Dazu erscheint im Sommer 2003 ein von W. Schieder herausgegebenes Sonderheft von „Geschichte und Gesellschaft“ mit dem Titel: „Zeitgeschichte im europäischen Vergleich“.

quem sind –, ist bisher nicht sehr ausgeprägt. Die weitgehend abgerissenen historischen Verbindungen lassen sich nicht schnell wiederherstellen, zumal eine offenkundige Renationalisierung dem längst etablierten Trend zum Transnationalen zuwiderläuft. Zeithistoriker sollten hier mit Nach-

druck an die eingangs genannten unspektakulären Verdienste der Dissidenten erinnern. Transnationale, vergleichende oder beziehungsgeschichtliche Forschungsprojekte werden oft gefordert. Dieses Postulat einzulösen bleibt ein weites, aber lohnendes Feld.

Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive

I. Geschichtsbilder: Begriff und Bedeutung

Der Sondergesandte der USA auf dem Balkan, Richard Holbroke, schrieb, dass nach der Lektüre einer Untersuchung über die Geschichtsvorstellung der Balkanvölker viele Politiker in den USA den Versuch zur Beilegung des Konflikts als aussichtslos betrachteten.¹ Das offizielle Geschichtsdogma einer Einheit der „Süd-Slawen“, das nach dem Zweiten Weltkrieg die Herrschaft der Kommunistischen Partei und zugleich die staatliche Einheit zu sichern hatte, war trotz massiver „Vergangenheitspolitik“ zerbrochen. Hinter der machtgestützten Geschichtsdoktrin des 20. Jahrhunderts wurden tiefer in die Vergangenheit zurückreichende Geschichtsbilder und damit alte ethnische, kulturelle und religiöse Gegensätze wieder virulent.²

Den Streit um die Deutung der Geschichte finden wir immer dort, wo Divergenzen im Selbstverständnis einer Gesellschaft aufbrechen.³ An die Kontroversen um die Hessischen Rahmenrichtlinien brauche ich hier nur zu erinnern, ebenso an den Historikerstreit in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren über das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. Der Streit um die Rolle der DDR und ihrer führenden Partei hält an.⁴ Solche Kontroversen lassen generell nach Art und Bedeutung von „Geschichtsbildern“ fragen.

Erweiterter Text eines Vortrags auf dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig am 9. Oktober 2001; für die Hilfe bei der Literatur- und Bildrecherche danke ich Frau Annegret Ritter.

1 Vgl. Richard Holbroke, *Meine Mission vom Krieg zum Frieden*, München 1998, zitiert bei Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit*, Göttingen 1999, S. 40.

2 Vgl. Wolfgang Höpken, *Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat, Jugoslawien 1944–1991*, in: ebd., S. 210–246.

3 Vgl. dazu den Sektionsbericht des 43. Deutschen Historikertages, Aachen 2000, in: *Eine Welt – konkurrierende Nationalgeschichten. Kulturgeschichte Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert*, S. 316–321; zum Aufleben älterer nationaler Geschichtsdeutungen nach dem Zerfall des Sowjetimperiums vgl. Heiner Timmermann (Hrsg.), *Nationalismus in Europa nach 1945*, Berlin 2001 (= *Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen*, Bd. 96).

4 Vgl. Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Halbherziger Revisionismus: Zum postkommunistischen Geschichtsbild*, München–Landsberg am Lech 1996.

Der Begriff „Geschichtsbilder“ ist eine Metapher für gefestigte Vorstellungen und Deutungen der Vergangenheit mit tiefem zeitlichen Horizont, denen eine Gruppe von Menschen Gültigkeit zuschreibt.⁵ Politische und kulturelle Gemeinschaften können sich offenbar nur selbst verstehen, ihre Handlungen abwägen und Optionen für die Zukunft begründen, wenn sie in der „Zeit“, d. h. zwischen vergangener und kommender Geschichte, zwischen Erfahrung und Erwartung, ihren Ort bestimmen. Solche selbstbezogenen Deutungen stiften im Chaos der unendlichen Vorgänge der Vergangenheit Sinn, bieten Orientierungshilfe und Handlungssicherheit. So werden Gefühl und Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, wird kollektive Identität beglaubigt, der Daseinssinn einer Gemeinschaft gestiftet. Als gedeutete Vergangenheit beeinflussen sie Gegenwartsverständnis und Zukunftserwartung. Sie sind Elemente der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“⁶. Geschichtsbilder sind nicht Abbildungen des Vergangenen, sondern Ein-Bildungen der Vorstellungs- und Urteilskraft. Im Horizont der Weltgeschichte insgesamt sind diese „Bilder“, die Stämme, Völker, Nationen oder auch Religions- und Kulturgemeinschaften sich selbst zuschreiben, nur partikularer Natur.⁷ Ihren Anhängern aber erscheinen sie als geschichtliche Wahrheit schlechthin. Widersprechende Bilder anderer Gruppen sind für sie falsch oder bösartig und bestenfalls kurios. Solche Geschichtsbilder sind faktenarm, hochselektiv, aber urteilsfreudig

5 Also nicht Bilder von konkreten historischen Ereignissen, die ihre eigene Symbolkraft haben; vgl. Francis Haskell, *Die Geschichte und ihre Bilder. Die Kunst und die Deutung der Vergangenheit*, München 1995. Bisweilen werden sie als „Mythen“ bezeichnet – so von Yves Bizeul (Hrsg.), *Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen*, Berlin 2000.

6 Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt/M. 1980.

7 Ich verweise hier auf einen wenig beachteten Sektor: auf die Geschichtsbilder, die sich Naturwissenschaftler von ihrer Disziplin machen – fern des breiten öffentlichen Interesses, aber von großer Bedeutung für die Orientierung und Entwicklung der Wissenschaften mit ihren gesellschaftlichen Folgen; vgl. Helga Nowotny, *Der Paradigmenwechsel des Fortschritts. Zur Dynamik der Wissenschaftsentwicklung heute*, in: Evelyn Schulze/Wolfgang Sonne (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel. Geschichtsbilder in verschiedenen Fächern und Kulturen*, Zürich 1999.

und gefühlsstark. Daher ist die Geschichtsforschung mit ihrem kritischen Instrumentarium ein Feind der Geschichtsbilder – mögen Historiker ihrem Bann auch nicht selten erliegen.

Offenbar werden Geschichtsbilder nicht durch argumentativen Diskurs, sondern nur durch den Gang der Geschichte bestätigt oder widerlegt. Zur Bestätigung reichen kleine Siege, zur Widerlegung sind tief greifende Katastrophen notwendig. Geschichtsbilder können zur politischen Agitation benutzt werden, sind aber mehr als die bald verbrauchten historischen Argumentationen, Zwecklegenden, Propagandawaffen – von Fälschungen und Lügen ganz zu schweigen. In archaischen Gesellschaften sind auch die Geschichtsbilder als mentale Selbstverständlichkeiten in Geist und Gefühl eingelagert – einer Wagenburg vergleichbar. In modernen, komplexen Gesellschaften ist es anders: Die Unterschiedlichkeit der Gruppen, Klassen, Parteien, Religionen, Regionen und Generationen, die Vielzahl verschiedener Erfahrungen und die Differenz der Erwartungen bringt verschieden akzentuierte, konkurrierende Geschichtsbilder hervor – eine Begleiterscheinung pluralistischer Verhältnisse. Unsere Geschichtsbilder streiten nicht nur gegen fremde, sondern auch untereinander.

Das betrifft vor allem die sensible Zone des Übergangs selbst erlebter Vergangenheit in überlieferte Geschichte – also in der Regel ein halbes Jahrhundert zurückliegende Ereignisse. Entsteht hier ein Dissens zwischen der Erinnerung der noch Lebenden und dem Urteil der Nachgeborenen, wird der Streit um Geschichtsbilder besonders heftig. Als Beispiel dafür kann die sog. Wehrmachtausstellung dienen.

Im Folgenden geht es aber um die tiefer liegenden, Selbstverständnis und Zusammengehörigkeit durch Jahrhunderte stiftenden Geschichtsbilder, die – mit den Begriffen Jan Assmanns – jenseits der „kollektiven Erinnerung“ im „kulturellen Gedächtnis“ eingelagert sind.⁸ Sie sind gestiftet und tradiert, wirksam oft über Jahrhunderte. Sie heften sich an Gründungsgeschichten, können bis ins Mythische übergreifen.⁹ Am nachhaltigsten

wirken die „Geschichtsbilder“ der Religionen: Das Kirchenjahr ist das stärkste Beispiel für ein Geschichtsbild in Aktion, das durch Wiederholung von Wort, Lied, Liturgie und symbolischer Handlung in der Gegenwart durch Erinnerung „allem Volke“ – der Menschheit – eine Zukunft verheißt.

II. Universale und partikulare Geschichtsbilder

Damit sind wir bei Geschichtsbildern jenseits einzelner Gemeinschaften, die den Verlauf und den Sinn, den Ursprung und das Ziel der Geschichte der gesamten Menschheit mit dem Anspruch auf universale Gültigkeit deuten. Das nationale Geschichtsbild weitet sich zum Weltbild, und umgekehrt wirken solche Weltbilder auf nationale Geschichtsbilder zurück.¹⁰ Hier gewinnen Geschichtsbilder eine ontologische Qualität. Sie verankern sich in der Religion oder der Philosophie und führen damit auch zu Ausschließlichkeit und Selbstgerechtigkeit. Für den Umgang mit Geschichtsbildern und für das Verständnis ihrer Konstruktion und Rezeption ist dieser Zusammenhang zwischen den partikularen und den universalen Vorstellungen von zentraler Bedeutung. Er stiftet die Legitimation partikularer und die Konkretion universaler Geschichtsbilder. Beide beziehen ihre Kraft aus der Glaubwürdigkeit dieses Zusammenhanges; sie werden geschwächt oder obsolet, wenn Widersprüche zwischen partikularen und universalen Geschichtsbildern zu Symptomen politischer Turbulenzen in Zeiten verunsicherter Vergangenheitsdeutung und verstörter Zukunftserwartung werden. Genau dies ist unser Fall an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert.

Immer wieder haben Künstler in solchen Zeiten Vorstellungen und Deutungen von Geschichte in Bildern verdichtet. Sie können, wie Leitfossilien, Wegweiser für die Funktion von „Geschichtsbildern“ im metaphorischen Sinne sein. Wir erinnern an ein bekanntes Beispiel: Altdorfers Bild „Die Alexanderschlacht“ (1529) ist kein Abbild der Schlacht bei Issos 333 v. Chr., sondern ihre weltgeschichtliche Deutung.¹¹ Die in den Kostümen des

8 Vgl. Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992, S. 48 ff.

9 Eine Anthologie solcher vielfältiger Geschichtsbilder und ihrer Interpretation liegt jetzt unter der Metapher „Deutsche Erinnerungsorte“ mit einer ausführlichen Einleitung vor, die den forschungsspezifischen Hintergrund der Entdeckung der „Geschichtsbilder – Geschichtsorte“ im europäischen Kontext skizziert: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. I–III, München 2001 f. Sie wurde angeregt durch das französische Werk von Pierre Nora, *Les lieux de memoire*, Paris 1992 ff.; vgl. auch das Jahrbuch 2001 der Internationalen Gesellschaft für Ge-

schichtsdidaktik, das sich den „Mythen“ der Geschichte widmet, darin vor allem Karl Filser, „Wenn die Vergangenheit sich nicht fügt ...“ *Nationale Mythen im Geschichtsunterricht*, S. 23–45.

10 Vgl. Günter Dux, *Die Logik der Weltbilder. Sinnstrukturen im Wandel der Geschichte*, Frankfurt/M. 1982, Kap. II.
11 Zu diesem Bild existiert eine breite Literatur; vgl. Barbara Eschenburg, Altdorfers „Alexanderschlacht“. Ihr Verhältnis zum Historienzyklus Wilhelms IV., in: *Zeitschrift des deutschen Vereins für Kunst und Wissenschaft*, XXXIII

16. Jahrhunderts kämpfenden Heerscharen versinnbildlichen einen im universalen Geschichtsbild der späten Antike und des Mittelalters zentralen „Drehpunkt“ – den Übergang vom zweiten zum dritten Weltzeitalter: Nach der assyrischen und persischen folgt nun die griechische und damit die abendländische Weltmonarchie. Diese Schlacht zwischen zwei Kulturen wird durch eine gewaltige Bewegung des gesamten Kosmos: Sonne und Mond, Erde und Meer, Licht und Finsternis begleitet. Irdisches und kosmisches Geschehen korrespondieren miteinander, als das dritte Weltzeitalter gewaltsam heraufgeführt wird. Dieser griechischen Weltmonarchie wird als vierte und letzte die römische folgen. Wenn einst das Römische Reich zerfällt, wird das Jüngste Gericht die Geschichte der Menschheit beenden.

Im Jahre 1529 stehen die Türken vor Wien. Altdorfers Bild beschwört angesichts der Türkengefahr den Sieg des Abendlandes über das Morgenland. Der auf den Perserkönig zustürmende Alexander trägt die Züge Maximilians I. Das Bild ist ein Appell an Kaiser und Fürsten, das Römische Reich, die letzte Weltmonarchie, die nun die Deutschen tragen, zu retten. Die Erhaltung des Reiches ist die Voraussetzung für das Fortdauern der Geschichte, für das Noch-Fernesein des Jüngsten Gerichts, das man im Volk bereits kommen sah.¹²

Altdorfer hat in seinem Bild eine durch Jahrhunderte überlieferte Deutung des Geschichtsverlaufs den Bedrohungen der Gegenwart als Hoffnung entgegengehalten. Es ist wahrhaft universal: Alles menschliche Dasein eine Bühne, auf der sich die Geschichte der Menschheit, gegliedert in vier Akte zwischen Schöpfung und Jüngstem Gericht, abspielt. Auf diesem *theatrum mundi* erscheint die Geschichte der Völker und Herrscher als universales Arsenal der Vorbilder rechten Lebens (und der Gegenbilder), als „magistra vitae“, als die sie schon Cicero gepriesen hatte.

Die Universalität dieses Geschichtsbildes bot nicht nur Raum, sondern erforderte geradezu die Aus-

füllung durch engere, auf bestimmte Völker oder Herrscher bezogene Geschichtsbilder. Die Sachsen leiteten ihre Herkunft und Macht von den Assyrern, die Franken von den Trojanern legitimierend ab. Die klassische Konkretion ist die Deutung des göttlichen Auftrages an die Römer in Vergils Aeneis. Vergangenheit enthält die Zukunft als Aufgabe: „Du bist ein Römer, dies sei Dein Beruf, die Welt regiere, denn Du bist ihr Herr . . .“ Die deutschen Könige übernahmen als Kaiser des Römischen Reiches Deutung und Anspruch dieses universalen Bildes der Geschichte, das ihnen die Priorität unter den Fürsten der Christenheit verlieh.

Wie verblasen Geschichtsbilder, wie wurden sie relativiert? Im gleichen Jahr, als Altdorfer sein Bild vollendete, wurde Jean Bodin geboren, dessen politische Theorie am Ende des 16. Jahrhunderts am schärfsten die universale Weltreichlehre als Herrschaftsideologie der deutschen Könige und Kaiser verwarf, deren Suprematie bestritt und an ihrer Stelle die Souveränität der Monarchien Europas begründete – ein neuer Deutungsversuch der politischen Ordnung als polyzentrischer Mächt konstellation.¹³ Das Zeitalter der Entdeckungen, die Religionskriege mit der Spaltung der abendländischen Christenheit sowie die Ausbildung des Systems absolutistischer Königsmacht waren die realhistorischen Voraussetzungen, die das alte, universale Geschichtsbild obsolet und zur künftigen Orientierung untauglich machten. Es sank ab zum Element antiquarischer Bildung oder ins Dekor wie andere antike Motive. An seine Stelle traten die partikularen Geschichtsbilder nationaler Monarchien mit ihren je besonderen Legitimationen – ein Mit- und vor allem ein Gegeneinander der „Großen Mächte“.¹⁴

Auch diese parzellierten Geschichtsbilder waren hungrig nach – wenigstens rhetorischer – universaler Beglaubigung. Zunächst bezogen sie diese noch aus dem religiösen Weltbild: Die spanischen Monarchen nannten sich „die Katholischen“, der französische König der „allerchristlichste“, Cromwells *Ironsides* fühlten sich alttestamentlich legitimiert,

(1970), S. 16–67; Cord Meckseper, Zur Ikonographie von Altdorfers Alexanderschlacht, in: Zeitschrift des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft, XXII (1961), S. 179–185; Jacqueline Guillaud (Hrsg.), Altdorfer und der fantastische Realismus in der deutschen Kunst, Stuttgart 1985. Zum Bild als Zeugnis einer statischen vormodernen Geschichtssicht vgl. Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M., 2000⁴. Leider sind hier Reproduktionen der Bilder, auf die ich verweise, nicht möglich – aber sie sind so bekannt, dass dieser Mangel in Kauf genommen werden kann, zumal es nicht um eine kunsthistorische Betrachtung, sondern nur um die inhaltliche Aussage geht.

¹² Vgl. dazu Will-Erich Peuckert, Die große Wende. Das apokalyptische Saeculum und Luther. Geistesgeschichte und Volkskunde, Hamburg 1948.

¹³ Die Begründung der inneren Souveränität und der äußeren Unabhängigkeit der Monarchien sind bei Bodin zwei Seiten des gleichen Politikverständnisses. Jean Bodin, Les six livres de la République (1576) – dt.: Sechs Bücher über den Staat, eingel. und hrsg. von Peter C. Meyer-Tasch, München 1981, Buch I, Kap. 9 „Über die Souveränität“, S. 249 ff., S. 255, s. auch die Einleitung S. 43 ff.

¹⁴ So ist von der Endzeitbefürchtung der Vier-Reiche-Lehre bei der zweiten Belagerung Wiens 1683 und der türkischen Niederlage keine Rede mehr – wohl aber wirkt die Deutung dieses Ereignisses als Stärkung absoluter Herrschaftsformen und der zentralen Stellung der Höfe; vgl. Matthieu Lepetit, Die Türken vor Wien, in: E. François/H. Schulze (Anm. 9), Bd. I, S. 401 f.

und noch die „Heilige Allianz“ bettete ihr Programm der Ordnung Europas in ein religiös-christliches Weltbild ein. Aber dieser Universalitäts-Bezug war ohne realhistorische Entsprechung und Kraft, war – modern gesprochen – Ideologie. Es folgte der Kampf der Monarchien untereinander. Im prekären Konzept von Gleichgewicht oder Hegemonie, im *ius publicum Europaeum*, entstand ein Bild Europas als eines Bezirks politischer Ordnung mit gleichartigen Formen und Konventionen, der sich vom Rest der Welt deutlich absetzte.

III. Das Konzept der „Moderne“ – Geschichte als Fortschritt

Keineswegs das einzige, wohl aber das dominante Geschichtsbild – das Grundmuster, zu dem sich fortan partikuläre Geschichtsbilder ins Verhältnis setzen mussten – ist die Vorstellung der Geschichte als eines immanenten Fortschritts zum Besseren: ein Geschichtsbild europäischer Herkunft, das universelle Geltung beansprucht. Es bestimmt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Vergangenheitsdeutung und Zukunftserwartung.

An seinem Beginn stand die Erfahrung der Perfektibilität menschlicher Erkenntnisse und Verhältnisse. Der Aufstieg der Naturwissenschaften im 17. Jahrhundert, ihre Lösung von den antiken Dogmen, aber auch die Verbesserung der Umstände des Lebens und schließlich die Rationalisierung von Verwaltung und Recht, von Finanz- und Kriegswesen führten zu der Vermutung oder Gewissheit, dass Geschichte nicht immergleiche Wiederholung von Aufstieg und Fall von Herrschaft sei, sondern dass ihr eine in die Zukunft weisende eigene Energie zur Verbesserung aller menschlichen Verhältnisse innewohne. Geschichte war nicht mehr nur Bühne, sondern Bewegung in der Zeit, deren Ziel Verbesserung der menschlichen Gesellschaft und Entwicklung der menschlichen Natur zu der ihr innewohnenden Vernunft und Humanität sein müsste.¹⁵

Damit weitete sich das universale Geschichtsbild zum Weltbild. Durch die Geschichte beantwortet sich die zentrale Sinnfrage: Was ist der Mensch?

¹⁵ Vgl. R. Koselleck (Anm. 11), S. 17 ff.; ferner ders., *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte*, ebd., S. 38–66; zum Hintergrund vgl. den Artikel „Geschichte“, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 593–717; Reinhard Wittram, *Die Zukunft in den Fragestellungen der Wissenschaft*, in: ders., *Zukunft in der Geschichte*, Göttingen 1966, S. 5–29.

Darauf gibt sie als Prozess der Verwirklichung der Vernunft die Antwort. Kant hat als Erster den Entwurf einer „Universalgeschichte in weltbürgerlicher Absicht“ aufgestellt; Schiller sah zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Menschheit schon fast am Ziel der „Universalgeschichte“.¹⁶ Und wiederum Kant glaubte die Zeit reif, mit seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ das Programm eines Völkerbundes „republikanischer“ Staaten nicht mehr als bloße Utopie entwerfen zu können.¹⁷ Dieses universale Bild vom Lauf der Geschichte trug eine ambivalente Spannung in sich und fand von Beginn an Widerspruch und Konkurrenz in anderen Konstruktionen des Weltlaufs. Dennoch blieb dieses „Projekt der Moderne“ das am weitesten verbreitete universale Geschichtsbild bis in unsere Tage.¹⁸

IV. Nationale Geschichtsbilder als Konkretion der Universalgeschichte

Neben und mit diesem „Projekt“ formten sich länger angelegte, aber seit den napoleonischen Kriegen virulent werdende nationale Geschichtsbilder. Sie verstanden sich als die Konkretisierungen des universalen Fortschrittspostulats; denn „Menschheit“ ist ein Abstraktum, existiert real nur in den zahlreichen Sprach- und Geschichtsgemeinschaften, die sich als Nationen zu konstituieren anschickten. So wurden die National-Geschichten – nicht mehr die der Herrscher – als der eigentliche Gegenstand der Wissenschaft und der Lehre begriffen,¹⁹ entstanden partikuläre Geschichtsbil-

¹⁶ Vgl. Odo Marquardt, *Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie, Aufsätze*, Frankfurt/M. 1973, zu Schillers Antrittsvorlesungen in Jena vom Mai 1789.

¹⁷ Vgl. Immanuel Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht; Mutmaßlicher Anfang der Menschheitsgeschichte, Zum ewigen Frieden*. Ein philosophischer Entwurf (1796), *Werke*, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 9, Darmstadt 1968.

¹⁸ Vgl. Rudolf Vierhaus, *Fortschrittsidee, Fortschrittskennzeichen, Fortschrittskritik. Das Erbe der Aufklärung*, in: Martin Kintzinger (Hrsg.), *Das Andere wahrnehmen. Beiträge zu einer europäischen Geschichte*, August Nitschke zum 65. Geburtstag gewidmet, Köln – Weimar – Wien 1991, S. 535–545; m. E. am umfassendsten zur Problematik des Bildes vom „Fortschritt“ als Deutung der Geschichte: Hans Blumenberg, *Die Legitimität der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1988²; in der Perspektive unterschiedlicher Wissenschaften: Rudolf W. Meyer, *Das Problem des Fortschritts – heute*, Darmstadt 1969.

¹⁹ Der erste umfassende Lehrplan für den Geschichtsunterricht an Gymnasien als eigenständiges Fach versuchte noch eine große Synthese: In der Unterstufe lernte man die individuellen Biografien großer Männer kennen, in der Mittelstufe die Biografien der bedeutendsten Nationen und in der Oberstufe die Universalgeschichte, d. h. die religiösen und kulturellen Schöpfungen der Menschheit. Hier war in der

der mit universalem Anspruch. Diese Geschichtsbilder schufen eine nationale Vergangenheit gemäß der neuen Zukunftserwartung von universalem Zuschnitt.

Die großen Nationen – angesichts der industriellen, politischen, demographischen und wissenschaftlichen „Revolutionen“ – nahmen für sich in Anspruch, an der Spitze der Bewegung der Geschichte zu marschieren: *Frankreich*, in Verklärung der Ideen der Revolution, expandierte politisch und militärisch mit der Legitimation, Freiheit und Gleichheit unter den Nachbarn, schließlich auch in den Kolonien zu befördern. Wegen seines egalitären, menschheitlichen Zivilisationsauftrages reklamierte die „Grande Nation“ ein Recht, als Zentrum der Freiheits- und Gleichheitsideen zu gelten mit den daraus folgenden Ansprüchen auf Einfluss und politische oder kulturelle Hegemonie. Widerstand dagegen erschien als Reaktion oder als Barbarei. *England* – der Feind der revolutionären Republik, der politischen Ideen von 1789 und des französischen Empire – identifizierte seine Nationalgeschichte gleichfalls mit dem Fortschritt der Freiheit in der Welt. John Robert Seeley zeichnete die Entstehung und Ausbreitung des britischen Empire als einen vorherbestimmten teleologischen Prozess, in dem der Sinn der englischen Geschichte als Weltmission der Freiheit und des Fortschritts in einem föderalen Weltreich sich entfalte.²⁰ Die Welt zu zivilisieren, materiell zu entwickeln, die Freiheit des englischen Rechtssystems und Aufklärung durch Unterricht zu bringen, das erforderte formelle und informelle Herrschaft, brachte eine Schlüsselrolle in der Weltwirtschaft, galt zugleich als Dienst an der Menschheit, als „the white man's burden“.

Solchen herrschaftsgestützten Zivilisationsansprüchen selbst ernannter Träger des Fortschritts stand – abgesehen von allen konkreten Verhältnissen – ein Element der universalgeschichtlichen Doktrin selbst im Wege: das der Freiheit und Individualität, der Besonderheit und des politischen wie kulturel-

persönlichen, der kollektiven, der universalen Mitte zusammengefügt, was man als „Bildung“ des Menschengeschlechts verstand. Vgl. Karl-Ernst Jeismann, Friedrich Kohlrausch (1780–1867), in: Siegfried Quandt (Hrsg.), *Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen*, Paderborn u. a. 1978.

²⁰ Vgl. John Robert Seeley, *The Expansion of England* (1883) – dt. Ausgabe „Die Ausbreitung Englands“, bis zur Gegenwart fortgeführt von Michael Freund, Berlin – Frankfurt/M. 1954. Gegen die Gefühlsmächtigkeit dieses Geschichtsbildes konnten kritische Stimmen im eigenen Land nichts ausrichten, z. B. J. A. Hobson, *Imperialism. A Study*, London 1902. Imperialismus sei, so der letzte Satz dieser dicht mit ökonomischen Daten belegten Studie, „the besetting sin of an successful state, and its penalty is unalterable in the order of nature“ – ein um 1900 nicht zugekräftigtes, abseitiges Geschichtsbild.

len Selbstbestimmungsrechtes jedes Volkes. So ist zu verstehen, dass in der Folge Geschichtsbilder entstanden, die angesichts der Übermacht der Fremden das Recht auf Autonomie der eigenen Nation proklamierten. Nationalgeschichtsbilder des 19. Jahrhunderts bildeten sich hier über den Willen zum Widerstand gegen fremde, universale Ansprüche und damit alsbald über den Katalysator von Feindbildern: Vorstellungen vom Feind, der die eigene Art und Unabhängigkeit unterdrückt, wurden zur schwarzen Folie des Selbstbildes. Das führte zur Entstehung von Geschichtsbildern der „kleinen Nationen“ in Europa. Auch das herrschende Geschichtsbild des kleindeutschen Nationalstaats erhielt seine Impulse aus solchem Widerstand.²¹

Die Vorstellung vom universalen Fortschritt der Geschichte hielt das deutsche Geschichtsverständnis gleichwohl fest, freilich mit einem anderen Modell als dem französischen der „Gleichheit“ oder dem angelsächsischen der „Mission“: dass nicht ein generelles Muster, sondern die Entwicklung vielfältiger „Individualitäten“ die Triebkraft des Fortschritts auf „Sonderwegen“ sei.²² Kein einstimmiger Chor, sondern ein Konzert verschiedener Stimmen sei die Weltgeschichte, und jede müsse rein ausgebildet werden, damit das Ganze vollendet klinge. So habe jedes Volk das Recht, gemäß seiner Eigenart und seiner besonderen Situation seine inneren Verhältnisse so zu entwickeln, dass es mit der Ausbildung seiner „Individualität“ seinen besonderen Beitrag zum Fortschritt der Menschheit leiste.²³

Auf dem Höhepunkt nationaler Geschichtsbilder – die immer stärker wurden, je weniger die Realpolitik sich an die Zielsetzungen des universalen „Projekts der Moderne“ hielt – findet sich eine Botschaft in einem Bild, das in die Zukunft blickt und

²¹ Vgl. zum deutsch-französischen Fall Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992.

²² Vgl. Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges: die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.

²³ Die Kontroverse um den „deutschen Sonderweg“ – der Ausdruck ist zum politischen Schlagwort verkommen – hat hervorgehoben, dass die Realgeschichte keine vorbildliche Norm, sondern nur „Sonderwege“ der westlichen Nationen kennt. Die Metapher gehört, zunächst positiv besetzt, in ein professorales deutsches Geschichtsbild, das nach 1918 zugleich eine Verengung und eine pejorative Konnotation im Hinblick auf die Verfassung und den Entwurf alter Eliten im Kaiserreich erhielt. Erst als das universalistische „Projekt der Moderne“ unter der NS-Herrschaft gekündigt und ein biologisch-rassistisches Konzept der Weltgeschichte verkündet (und praktiziert) wurde, gewann die Metapher den Sinn eines „Irrweges“. Auf die Besonderheiten der Auseinandersetzung der slawischen Welt und den Anspruch des Westens, Modell des Fortschritts zu sein, kann ich hier nicht eingehen.

zugleich die Vergangenheit beschwört: „Völker, Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“ Auf hohem Fels stehen gerüstete, edle Frauengestalten – Allegorien der großen europäischen Nationen – und schauen hinab in eine weite Ebene, die von unendlichen Scharen heranstürmender, mongolenähnlicher Feinde bedeckt ist. Dieses Bild, von Wilhelm II. in Auftrag gegeben, thematisiert die zunächst in den USA beschworene Zukunftsangst vor der „Gelben Gefahr“ als Bedrohung einer europäischen Kulturgemeinschaft.²⁴

Diese Vision der kommenden Geschichte zeigt, wie weit Geschichtsbilder von der Wirklichkeit entfernt sein können. Nicht die Chinesen bestürmten um die Jahrhundertwende die Festung Europa, sondern die Europäer erweiterten ihre Weltherrschaft mit der Gewalt der Technik, des Geldes und der Waffen, und die europäischen Staaten waren weit davon entfernt, sich als Verteidigungsgemeinschaft „heiligster Güter“ zu fühlen; sie standen vielmehr kurz vor dem Ersten Weltkrieg, dem europäischen Bürgerkrieg, der auch ein Krieg der nationalen Geschichtsbilder war. Und dennoch deutet dieses Bild eine zukunfts-trächtige Wendung an: eine neue Epoche, in der die Nationen sich als europäische Kulturgemeinschaft gegen eine vermeintliche Bedrohung zusammenfinden, in Verteidigung des einst universalgeschichtlichen Programms, das hier zum europäischen erklärt wird.

V. Das „Zerbrechen der Zeit“: Das Schwinden der nationalen Geschichtsbilder und der Gewissheit des Fortschritts

Wir erleben seit einiger Zeit die Umbildung des Primats einst sakrosankter nationaler Geschichtsbilder als sinnstiftender Orientierungen. Das gilt nicht nur für eine hybride Deutung der deutschen Nationalgeschichte, die im sog. „Dritten Reich“ real und mental zerbrochen ist; es gilt – weniger dramatisch – auch für die anderen großen europäischen Nationen, deren Selbstverständnis immer weniger auf sich selbst zentriert ist, vielmehr in ein supranationales Geflecht integriert wird. Der ausschließlich nationale Selbstbezug trifft kaum noch unsere Daseinserfahrung und Zukunftserwartung. Die Walhalla, so der die Zeittendenzen vorausnehmende Künstler, wird in einem Bild Anselm Kie-

²⁴ Vgl. Helmut Gollwitzer, Die Gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagwortes. Studien zum imperialistischen Denken, Göttingen 1962.

fers zur leeren Scheune. Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, 1875 im Beisein des Kaisers mit dem Choral „Ein' feste Burg ist unser Gott“ eingeweiht, wird zum Gegenstand eines „Events“, wenn der Cherusker im Trikot von „Arminia Bielefeld“ für die Sponsorfirma „Herforder Pils“ wirbt und uns das keineswegs empört, sondern eher belustigt. Die Frage ist, wie wir uns im Angesicht der Vergangenheit als Nation begreifen sollen.

Aber nicht nur die nationalen Geschichtsbilder, auch die Gewissheit vom Fortschritt der Menschheit als Sinn und Ziel der Nationalgeschichten ist ins Wanken geraten. Den demokratisch-liberalen Ordnungsvorstellungen vom nationalen Rechtsstaat traten nach dem Ersten Weltkrieg eine Reihe autoritärer, faschistischer oder kommunistischer Gesellschaftskonzepte entgegen. Von den Denkweisen und Verfahren europäischer Kolonialherrschaft gingen illiberale Rückwirkungen auf die Mutterländer aus,²⁵ welche die Glaubwürdigkeit des universalen Geschichtsbildes in nationaler Konkretion infrage stellten – am radikalsten in Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus, mit sozialdarwinistischen und biologischen Letztbegründungen bis zum Genozid. Dass sich zudem das Projekt der Geschichte als Selbstvollendung der Menschheit in sich spaltete und dem Glauben an individuelle und soziale Perfektibilität das Dogma vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats als dem eigentlichen Inhalt und Ziel der Geschichte feindlich gegenübertrat, war die fundamentale Herausforderung des „Projekts der Moderne“, die aus seinen inneren Widersprüchen selbst entstand.

Können wir nach dem politischen Untergang der faschistisch-rassistischen Ideologie und der Marginalisierung der politischen Bedeutung des „Histomat“ dem westlich-liberalen Deutungsmuster der Geschichte noch Realität zusprechen: die Verbindung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts mit der Erweiterung der Emanzipation, die Realisierung der Menschenrechte überall, gerechte Verteilung der Ressourcen des Globus, Freiheit des Individuums und Autonomie gewachsener Kulturen? Hat das „Konzept der Moderne“ noch Glaubwürdigkeit und Kraft angesichts der Widersprüche und Ungewissheiten der selbst produzierten Komplexität und Antinomien der Evolution? Wird es Fortschritt und Freiheit glaubwürdig vorantreiben, sodass die wiederbelebten ethnischen und nationalen Selbstdeutungen der Völker des ehemaligen Sowjetimperiums oder der Kolonialreiche sich in

²⁵ Vgl. Hannah Arendt, Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft, Frankfurt/M. 1955.

diesem weltgeschichtlichen Programm wiederfinden können? Oder könnte auch das „westliche“ universale Geschichtsbild mit dem Postulat menschheitlichen Fortschritts zu Freiheit und Wohlstand zerbrechen, wie es dem marxistisch-kommunistischen Konzept kurz vor dem Ende des Sowjetsystems geschah?

Wieder kann ein Auftragsbild diese Frage an die kommende Geschichte symbolisch vermitteln. Werner Tübkes Panoramabild in Frankenhausen sollte den Beginn der letzten Periode des Klassenkampfes und in der Niederlage der Bauern den künftigen Sieg des Proletariats beschwören.²⁶ Das Panorama zeigt jedoch eher das Zerbrechen des universalen Geschichtsbildes von der Selbsterlösung des Menschen als dessen kommende Verwirklichung. Mitten im Gemetzel der Schlacht, in einem gegliederten Rund von Menschheitssituationen voller Mord, Laster und Bosheiten, durchwebt von dunklen Symbolen des „apokalyptischen Jahrhunderts“, steht Thomas Müntzer. Ratlos und suchend, nicht in trotziger Gewissheit künftigen Sieges, blickt er über das trostlose Weltbild mit seiner Heillosigkeit und Rätselhaftigkeit der Geschichte, deren Herr der Mensch nicht ist. Man hat dieses Panorama als künstlerisch verschlüsselte Vorwegnahme des Scheiterns des sozialistischen Geschichtsbildes gedeutet. Aber betrifft es uns nicht in gleicher Weise? Welches Bild der kommenden Geschichte können wir uns machen?

VI. Perspektiven der „kommenden Geschichte“

Drei universale Perspektiven kommender Geschichte bietet die Diskussion der letzten Jahrzehnte an:

1. „*Das Ende der Geschichte*“: Die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg brachten eine Zukunftswissenschaft hervor, die einen optimistischen Blick in die Zukunft warf und angesichts der vielen wissenschaftlich-technischen Fortschritte und der zunehmenden internationalen Vereinbarungen und Gremien das Ziel des Fortschritts nahe sah. Wenn auch im Einzelnen skeptisch auf-

26 Vgl. Günter Meißner, *Das theatrum mundi einer Utopie. Frühbürgerliche Revolution in Deutschland*, Dresden 1989, S. 153; Karl Max Kober (Hrsg.), *Reformation – Revolution. Panorama Frankenhausen. Monumentalbild von Werner Tübke*, Dresden 1988 (Einleitungstext); Brigitte Tübke-Schellenberger/Martin Mosebach (Hrsg.), *Werner Tübke – das malerische Werk. Verzeichnis der Gemälde 1976 bis 1999*, Dresden 1999.

genommen, traf sie doch im Ganzen eine Grundstimmung. Gegen Ende des Jahrhunderts gewann dann die These vom „Ende der Geschichte“ erhöhte Aufmerksamkeit. Nach der Auflösung des Sowjetimperiums schien die Verwirklichung von Frieden greifbar nahe, Wohlfahrt und Menschenrecht überall zu gewährleisten. Damit war das Ziel der Geschichte erreicht, jedenfalls im Prinzip; vorhandene Defizite galten als bald überwindbar. Die vernunftgemäß eingerichtete Gesellschaft der „posthistoire“ bedarf wohl der ständigen Regulierung der verschiedenen Subsysteme: der Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft, der Kultur, aber nicht mehr solcher „Bilder“, welche die Zukunftserwartung auf die Deutung der Vergangenheit stützen. Geschichte wird ein Magazin von Szenen der Menschenwelt, von Zuständen und Ereignissen, die man anschaut, erstaunt oder erschreckt wahrnimmt – dies aber letztlich unverbindlich und beliebig. Mit der Homogenisierung aller Informations-, Wissens- und Verteilungswege, mit der Möglichkeit globaler Behebung von Not tut sich eine Kluft zur Vergangenheit auf – sie ist für die Orientierung in der Gegenwart nicht mehr tauglich. Das Alte ist nicht mehr das Wahre, Innovation gilt mehr als Erfahrung; die Biotechnik, nicht mehr die Pädagogik begründet die Hoffnung auf den Fortschritt, den der Mensch an sich selbst vollzieht.

Zwar widerspricht die Realität diesem Bild. Aber: Breite Schichten der Bevölkerung in der „Ersten Welt“ verhielten sich so, als ob ein solcher Zustand eingetreten sei, als ob wir nicht kommende Geschichte, sondern „vollendete Gegenwart“ vor uns hätten – d. h. keine „Zukunft“, die etwas anderes und Besseres ist als die Gegenwart. Das „Vergehen der Zukunft“²⁷ in Vorstellung und Lebensweise eines „Menschenparks“ (Sloterdijk) ist abzulesen an jenem Umgang mit Geschichte, mit Überlieferung und Tradition, der ins Unverbindlich-Luxuriös-Kuriose gerät, was Sinnggebung und Daseinsdeutung von Gemeinschaften betrifft. In dieser Lage gerät und verkommt zum Stillstand, was das Lebensgesetz demokratischer Verhältnisse ist: die Bewegung hin auf eine bessere, menschlichere Zukunft. In gleichem Maße – als Kehrseite dieses Bildes – schwindet die Überzeugung, es herrsche Rationalität in der geschichtlichen Welt, wird die Kontingenz, die enigmatische Struktur der Geschichte als ihr Wesen wahrgenommen. Damit ist der „Fortschritt“ nicht nur stillgestellt, weil er sein Ziel erreicht hat; er kann überhaupt als Irrtum der Geschichtsphilosophie entlarvt wer-

27 Vgl. Pierre-André, *L'effacement de l'avenir*, Paris 2000; ferner das Fragenspektrum in: Martin Seel (Hrsg.), *Zukunft denken. Nach den Utopien*, Stuttgart 2001 (= Sonderheft Merkur 629/630), 55 (2001) 9/10.

den.²⁸ Auf verhüllte Weise entspricht die Rede vom „Ende der Geschichte“ im dialektischen Umschlag weniger der Wertung gelungener Vollendung als vielmehr des Endes der Vorstellung ihres einsichtigen Vernunftantriebes.

2. *Die Geltung des Projekts der „Moderne“ als Vision einer besseren Welt:* Entschieden widersprechen die Verfechter und Erben des Aufklärungs- und Fortschrittskonzepts dieser Position. Weder habe die Geschichte ihr immanentes Ziel erreicht, noch sei die Deutung ihrer „kinetischen Energie“ als Vordringen der Vernunft widerlegt. Die ökonomische und technische Globalisierung kann als ein mit Gefahren verbundener Schritt, aber doch als ein Fortschritt und ein Versprechen erscheinen, das auf die Humanisierung der sozialen Verhältnisse und die politische Emanzipation auf dem Erdball weist. Hier ist das meiste noch zu tun, und das universale Geschichtsbild einer freien, zivilen Gesellschaft sowie der weltweiten institutionellen Sicherung von Frieden und Recht gilt als Zukunftsauftrag und braucht noch Kraft, um überkommene Traditionalismen der Norm allgemeiner Vernunft zu unterwerfen. Weder ist dieser Prozess am Ende, noch ist er als Wille und Vorstellung unserem Handeln entzogen. „Geschichte als Selbstgestaltung und Selbstausslegung der Menschen“ entziehe sich nicht „wirklich ihrer Aufklärung ... Blockiert ist nur ... die entschiedene Umsetzung dieses Wissens für das Selbstverständnis des Menschen“²⁹. Die Richtung der Geschichte bleibt die auf Perfektibilität gegründete Zielvorstellung, ihr Antrieb der fortdauernde vernünftige Dialog.

3. *Der „Kampf der Kulturen“:* Einer empirisch ansetzenden Deutung des an Konflikten überreichen Zustandes unserer Welt erscheint dieses Konzept eines allgemeinen Fortschritts als Ideologie der „westlichen“ Zivilisation, die als universal gültig ausgegeben wird, um globale Dominanz zu legitimieren, tatsächlich aber ein partikulares Geschichtsbild einer Kultur ist. Im Kampf gegen die technisch, militärisch und wissenschaftlich überlegene, nach Sitte, Moral und Recht jedoch als fremd oder verderbt empfundene Zivilisation formieren sich unter Aneignung der wertneutralen wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten des Westens die außereuropäischen Kulturen, suchen und finden in Rückbesinnung auf ihre eigene Geschichte ihre Identität in Abgrenzung vom „Westen“. Die kommende Geschichte wird, statt die „eine Welt“ zu bringen, die Scheidung der Menschheit in Kulturkreise verschärfen; sie sind

zwar vielfältig vernetzt durch alles, was technischer und wissenschaftlicher Fortschritt und ökonomischer Austausch hervorbringen mag, aber deutlich getrennt durch die Werteskala, nach der sich Individuum und Gemeinschaft bilden. Alte Geschichtsbilder werden aktualisiert, sie weisen auf die Unterschiede zwischen den Kulturen hin, auf die früheren Kämpfe und vergangene Überlegenheiten. Ob es schließlich zum „Clash of Civilizations“³⁰ kommt oder ob sich ein friedlicher Ausgleich ihrer verschiedenen Daseinsweisen und Interessen herstellt, bleibt ungewiss.

Die fanatischen Potenziale in diesem Streit der Kulturen und deren technische Möglichkeiten sind so beschaffen, suchen so neue und gefährliche Wege, dass man die Prävention nicht vernachlässigen darf. Diese Zukunftserwartung drängt auf Stärkung des Zusammenhalts im eigenen Kulturkreis, seiner in der Geschichte gewachsenen Wertvorstellungen und Selbstbehauptungskraft im geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich. Der westlich-europäische Kulturkreis ist uns näher als die Welt. Seine Geschichte und seine Zukunft sind unser Teil – daraus folgt die Anerkennung der Besonderheit anderer Kulturen, nicht aber die Vermischung oder gar ihre Einebnung und Integration in das europäische Konzept der Moderne.

Das ist eine Repartikularisierung des universalen Geschichtsbildes vom Fortschritt der Menschheit. Kann es zur besseren Regelung der Konflikte beitragen, wenn die sozialen, politischen und kulturellen Eigenarten der Kulturen nicht *einem* Leitmodell folgen müssen? Die Normen der Friedenswahrung, des Völkerrechts und der Menschenrechte – bereits in globalen Resolutionen und Institutionen bekräftigt – wären dann als der europäisch-westliche Beitrag zu einer Universalgeschichte zu verstehen, die im Übrigen der Eigenart jeder Kultur ihren Raum lässt. Dieses Konzept erlaubt einerseits, am Bild einer „Universalgeschichte der Menschheit in weltbürgerlicher Absicht“ festzuhalten, und andererseits, kulturelle Differenz zu achten. Vielfalt der Kulturen ist anzustreben, die durch wenige, zentrale Universalismen ihr Miteinander regeln. So wird „angstfreies Andersseindürfen für alle ermöglicht ... Universalisierung ist nur als Pluralisierungsermöglichung gerechtfertigt, nur als Buntheitsförderung.“³¹

Diese drei Positionen werden jede für sich oder in wechselnden Kombinationen die im Hintergrund

28 Zur Komplexität dieser These vgl. O. Marquardt (Anm. 16).

29 G. Dux (Anm. 10), S. 25.

30 Vgl. Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Welt im 21. Jahrhundert*, Berlin 1998 (Originaltitel: *The Clash of Civilizations*, New York 1996).

31 O. Marquardt (Anm. 16), S. 14.

der öffentlichen Vermittlung von Geschichte stehenden „Geschichtsbilder“ dominieren und verorten lassen. Im Hintergrund der viel berufenen „Geschichtskultur“ wartet die Aufgabe theoretischer Klärung, normativer Auseinandersetzung und pragmatischer Umsetzung der Ziele und Verfahrensweisen bei der Präsentation von Geschichte im Hinblick auf die künftige „Zeitperspektive“, die wir der Vergangenheitsdeutung geben.³² Das Ziel methodisch angelegter Bildung des „Geschichtsbewusstseins“ wird sich nur bei Reflexion über den Zusammenhang von partikularem und universalem Geschichtsbild verfolgen lassen.³³

VII. Das Geschichtsbild „Europa“ und die deutsche Nationalgeschichte

In Europa ist das „Projekt der Moderne“ entstanden. Können wir es nur durch Repartikularisierung für den westlichen Kulturkreis bewahren, und müssen wir damit seinen universalen Anspruch zurücknehmen?³⁴ Genau betrachtet geht es nicht um seine Repartikularisierung, sondern um eine Reduzierung des Anspruchs auf Gleichförmigkeit des historischen Prozesses und auf den Mustercharakter des westlichen Weges in die Moderne. Dieser Anspruch ist schon ein Widerspruch in der Idee: Denn nicht durch Zwang oder Mission, sondern kraft eigener Anstrengung und auf der Grundlage eigener kultureller Prägungen kann der geschichtliche Prozess einer Selbstverwirklichung der in der Natur angelegten Gaben und Aufgaben des Menschen stattfinden. Pluralisierung heißt anzuerkennen, dass es kulturelle Eigenwege der Völker und Kulturen in diesem Prozess geben muss, wenn er nicht denaturiert werden soll, wie es im Zeitalter des Imperialismus geschah.³⁵

32 Erich Kosthorst hat das Thema schon 1975 dargestellt (Zeitgeschichte und Zeitperspektive. Mit einer Einleitung hrsg. von Karl-Ernst Jeismann, Paderborn 1976, S. 11–21). Es wurde aber trotz der Herausforderung, die durch die „emanzipatorische Didaktik“ gegeben war, nicht grundsätzlich aufgegriffen.

33 Nähere Überlegungen zu dieser hier nur genannten Thematik bei Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbewusstsein als zentrale Kategorie der Didaktik des Geschichtsunterrichts, in: ders., Geschichte und Bildung, hrsg. von Wolfgang Jacobmeyer/Bernd Schönemann, Paderborn u. a. 2000, S. 46–72.

34 Zur Auseinandersetzung mit dieser Frage vgl. Joana Breidenbach/Ina Zukrigl, Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, München 1998, mit weiterführender Literatur.

35 Vgl. die skeptische Beurteilung der zivilisatorischen Expansion der westlichen Kultur bei S. P. Huntington (Anm. 30), S. 291 ff.; ferner das Sonderheft zu Huntingtons Thesen: Kon-

Im Durchgang durch die Epoche der Aufklärung, der Zeit der Entstehung oder Vorbereitung des modernen Nationalstaates, entstand das bei allen Differenzen die Nationen Europas verbindende Geschichtsbild – die Nationalgeschichten sind als Elemente des europäischen Geschichtsbildes nicht wegzudenken und auch nicht auf das „weltbürgerliche“ Prinzip der Republik zu reduzieren. Das universal gedachte, europäisch realisierte Konzept braucht die Vielfalt wie die Gemeinsamkeit des Partikularen – als abstrakt-unitarische „Staatsnation“ wird sich Europa nur in den Vorstellungen politischer Systematiker realisieren.³⁶ Diese doppelte Offenheit zu den partikular-nationalen und den universalen Geschichtsbildern enthält die Chance der Akzeptanz in einem so differenzierten Geschichtsraum wie Europa.

Die politische Teilung Deutschlands spaltete auch die deutschen Geschichtsbilder: Die machtgeschützte Doktrin des „Histomat“ einerseits, die prononcierte „Westorientierung“ im Wertungshorizont geschichtlicher Vorgänge andererseits blockierten – ungeachtet eines intensiven und vielfältigen Forschungsbetriebs – zunehmend eine breitere öffentliche Diskussion um eine Deutung oder gar Wertung der deutschen Geschichte. Die zweite Blockade war Folge des unerhörten Traditionsbruchs der NS-Zeit – in Ost und West unterschiedlich auf die Gegenwart bezogen, aber überall als Verdunkelung oder Abriss der historischen Kontinuität unserer Geschichte wahrgenommen. Das Bild der deutschen Geschichte war zerbrochen: Sie wurde entweder marginalisiert – bis hin zum Zweifel an der Existenz ihres Zusammenhangs – oder stigmatisiert als bloße Vorgeschichte der Barberei des Hitler-Regimes.

Die Entstehung eines Geschichtsbildes mit europäischem Horizont hinter bzw. in der Nationalgeschichte löst diese Blockaden. Der Zusammenhang deutscher Geschichte – sieht man ihre Verflechtung in gesamteuropäische Zustände und Bewegungen – wird wieder formulierbar und macht die deutschen Eigenheiten als Varianten und Beiträge zur europäischen Gemeinsamkeit in Kultur und Wissenschaft, Recht, Politik, Technik und Wirtschaft im vergangenen Jahrtausend sichtbar. Die Geschichtswissenschaft hat in heftigen,

vergenz oder Konfrontation? Transformationen kultureller Identität in den Rechtssystemen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Rechtstheorie, 29 (1998) 3/4.

36 Vgl. den Beitrag von Dieter Oberndörfer, Deutschland ein Mythos? Von der nationalen zur postnationalen Republik, in: Y. Bizeul (Anm. 5). Dagegen Monika Flacke (Hrsg.), Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. Begleitband zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin, Berlin 1998.

die Öffentlichkeit bewegenden Kontroversen – wie im „Historikerstreit“ der achtziger Jahre – sowie in einer Anzahl breit angelegter Synthesen der deutschen Geschichte die Komplexität ihres Zusammenhangs dargestellt; und die Lehrbücher für den Unterricht, angestoßen durch diese Entwicklung und durch transnationale Diskussionen, folgen – nicht nur in Deutschland – dieser Tendenz zu einem die jeweilige Nationalgeschichte integrierenden europäischen Geschichtsbild.

So gewinnt das Bild der deutschen Geschichte Substanz im Rahmen europäischer Geschichtsdeutung mit ihren universalen Postulaten. Das könnte den verlorenen Zusammenhang zwischen partikularem und universalem Geschichtsbild wiederherstellen und eine Zeitperspektive vermitteln, die das Verständnis der Möglichkeiten und Forderungen der kommenden Geschichte fördert. In dieser Perspektive ist die Variation der Sprechchöre während der „friedlichen Revolution“ im November 1989 von dem Demokratie einfordernden Ruf „Wir sind das Volk“ zu dem die Einheit der Nation einfordernden Satz „Wir sind *ein* Volk!“ nicht zu diskreditieren als Rückfall in ein nationalistisches Geschichtsbild und als Widerspruch zum „Konzept der Moderne“. Sie ist vielmehr als Bekenntnis zu einer Verantwortungsgemeinschaft zu werten, der es aufgegeben ist, sich gemeinsam der Schuld zu stellen, die sie geerbt hat und gemeinsam die Bestände der Geschichte zu prüfen, die diesem Volk einen Platz in einem europäischen Geschichtsbild geben.³⁷

37 Welcher Anspruch damit verbunden und welche geschichtswissenschaftliche Anstrengung verlangt ist, wenn ein solches Geschichtsbild in Öffentlichkeit und Schule vertreten oder gebildet werden soll, dazu Jörn Rüsen, *Zerbrechende Zeit. Über den Sinn der Geschichte*, Köln – Weimar – Wien 2001.

VIII. Der Geist der Zeit, die Wahrheit und die Muse der Geschichte – mehr als eine Allegorie

Geschichtsbilder lassen sich nicht verordnen, aber die professionelle Geschichtsvermittlung in der Öffentlichkeit wie in der Schule bleibt blind, wenn sie sich nicht Rechenschaft ablegt über die Perspektiven der kommenden Geschichte, die sie anbieten. Sie muss sich im Spektrum der skizzierten Optionen orientieren, will sie nicht in die „Geschichtsfalle“ laufen, Funde aus dem Labyrinth der Vergangenheit in nicht befragter Anordnung vorzeigen oder als Traumtänzer imaginärer Projekte auftreten. Es liegt ein hoher, aber notwendiger Anspruch in dem Appell an die Vermittler historischer Kenntnis und Bildung, an der Auseinandersetzung um die Zeitdeutung und Zukunftsperspektive teilzuhaben, um auf die Frage nach dem Ziel der Lehre von der Geschichte zwar keine einfachen, aber doch begründbare Antworten zu finden.

Goya hat vor zweihundert Jahren das alte Motto von der Geschichte als „lux veritatis“ auf eine neue, uns sehr betreffende Weise dargestellt:³⁸ Der Genius der Zeit zieht, fast stürzend, die zögernde Gestalt der Wahrheit aus der Vergangenheit ins Licht. Vor beiden sitzt Klio, die Muse der Geschichte, klein wie ein Kind. Sie wendet den Blick aus dem Bild heraus auf den Betrachter, als wolle sie ihn fragen: Was soll ich berichten? Welche Vergangenheit braucht deine Zukunft? Klio drängt uns kein Geschichtsbild auf; sie verlangt aber ein Bewusstsein, das Geschichtsbilder zu erkennen und ihre Bedeutung zu verstehen vermag, ohne ihnen zu verfallen.

38 Vgl. Alfonso E. Pérez Sánchez, *Goya and the spirit of enlightenment*, Boston u. a. 1989.

Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung

I. Zeitgeschichte im Kontext veränderter Rahmenbedingungen

Neben Bilanzen zum 20. Jahrhundert, Konzepten einer Weltgeschichte, dem Gebrauch und Missbrauch von Geschichte wie den unterschiedlichen Erinnerungs- und Geschichtskulturen ging es beim Welthistorikertag in Oslo im Jahr 2000 auch um das Thema Globalisierung.¹ Gesamtbetrachtungen, Periodisierungen und Systematisierungen waren gefragt. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das Geschehen komplexer und nicht mehr so einfach deutbar – „ordnungsstiftende“ Interpretationen sind notwendig, denn Zeitgeschichte droht aufgrund dramatisch gewandelter Rahmenbedingungen in Sprachlosigkeit zu versinken. Sie muss sich aufgrund einer in Bewegung geratenen Welt fragen, was sie noch zu sagen hat. War der Warschauer Pakt bereits am 1. April 1991 am Ende, so steht die Funktion der NATO infolge unterschiedlicher Vorstellungen von der zukünftigen Weltordnung zur Diskussion. Der auf politische Stabilität ausgerichtete Wirtschafts- und Währungsverbund EU und die verbliebene militärische Supermacht USA mit globaler Hegemonieabsicht haben sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auseinander gelebt. Der 11. September 2001 hat diese Entwicklung noch verschärft.² Nicht nur deshalb geht es hier um Zeitgeschichtsschreibung zwischen Europäisierung und Globalisierung.

Zeitgeschichte wurde auch nach 1945 überwiegend national konstituiert und im staatlichen Rahmen ausgerichtet, was der Weitung ihres Horizonts hinderlich ist. Erschwerend kommt hinzu, dass es ihr oft an Distanz zu sich selbst mangelt. Das von Hans Rothfels 1953 so bezeichnete „Epochenjahr“ 1917 mit dem Doppelereignis Revolution in Russland und dem Kriegseintritt der USA als Ausgangspunkt einer universalen Zeitge-

schichte³ erfuhr durch den Zusammenbruch der post-stalinistischen Regime in Ost- und Mitteleuropa, den Zerfall des Sowjetimperiums 1989–1991 und den völlig unberechenbaren und weltweit möglichen Massenterror⁴ – der 11. September 2001 ist nur ein Beispiel – eine Bestätigung für eine an europäischen *und* globalen Fragestellungen orientierte Zeitgeschichte, die regionale Begrenztheiten, nationale Verengungen und daraus erwachsende Einseitigkeiten und Überinterpretationen vermeiden will. Derartige Bemühungen sind in der Geschichtswissenschaft nicht neu,⁵ in der Zeit vermehrter Globalisierung aber verstärkt erforderlich.

II. Vergleich des historisch Spezifischen im Mehrebenensystem

Ein immer dringlicheres Desiderat ist daher der historische Vergleich.⁶ Er war aufgrund des globalen Arrangements zwischen den Supermächten, ideologischer Rücksichtnahmen und übertriebener politischer Vorsicht vielfach tabuisiert. Im Grunde ist er gar nicht neu, weil er geschichtswissenschaftliche Tradition hat – *auch* wenn einzuwenden ist, dass Geschichte aus Unvergleichbarem besteht. Vergleichen muss aber nicht Gleichsetzen heißen. Partielle Übereinstimmungen festzustellen muss

3 Vgl. Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953), S. 1–8. Scharfsinnig zum Begriff: Thomas Angerer, Gegenwärtiges Zeitalter – gegenwärtiges Menschenalter. Neuzeit und Zeitgeschichte im begriffsgeschichtlichen Zusammenhang, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit, 1 (2001) 2, S. 114–133.

4 Vgl. Walter Laqueur, Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus, Berlin 1998.

5 Vgl. Jürgen Elvert, Vom Nutzen und Nachteil der Nationalhistorie für Europa, in: Georg Michels (Hrsg.), Auf der Suche nach einem Phantom? Widerspiegelungen Europas in der Geschichtswissenschaft, Baden-Baden (i. E.).

6 Vgl. Heinz-Gerhard Haupt/Jürgen Kocka (Hrsg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/M. – New York 1996; Helga Schnabel-Schüle, Vergleichende Perspektiven – Perspektiven des Vergleichs: Studien zur europäischen Geschichte von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert, Mainz 1998; Hartmut Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. – New York 1999.

1 Vgl. Sølvi Sogner (Hrsg.), Making Sense of Global History. The 19th International Congress of the Historical Sciences Oslo 2000. Commemorative Volume, Oslo 2001; Jan Art Scholte, Globalization. A critical introduction, Palgrave 2000.

2 Vgl. Heinrich August Winkler, NATO am Scheideweg, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 30. 9. 2002, S. 126 f.

noch keine „Relativierung“ bedeuten, als ob dies etwas *per se* Schlechtes wäre, wie im „Historikerstreit“⁷ um die umstrittenen Thesen von Ernst Nolte unterstellt wurde – ohne zu realisieren, dass mit dem komparativen Ansatz die Einzigartigkeit des NS-Massenmords an den Juden eigentlich erst deutlich wurde. Der *Comparative History* ist an Gründen, Intentionen und Wirkungen im historischen Prozess gelegen. Es geht um Abgrenzungen, Differenzierungen, Kontrastierungen und Generalisierbarkeit. Der historische Vergleich ist nicht nur für lokale und regionale, sondern gerade für nationale und übernationale Sachverhalte notwendig, weil dadurch erst ihre spezifischen Merkmale hervortreten.

Vergleiche werden immer notwendiger, um Geschichte in der Komplexität, ihre dialektischen Prozesse und wechselseitigen Abhängigkeiten zu erfassen. Regionale Geschehnisse sind nicht nur als Ergebnis staatlicher Konstellationen, sondern nationale Verhältnisse auch als Folge europäischer und globaler Prozesse zu verstehen, wobei interdependente Beeinflussungen von „oben“ nach „unten“ und *vice versa* erfolgen, z. B. Machtkonzentrationen und Koalitionen auf einer mittleren Ebene (z. B. EU-Staaten) und oberen Ebene (z. B. IWF, UNO und WTO) und deren Folgewirkungen, d. h. Gegenaktionen „von unten“ (z. B. Maßnahmen der Globalisierungsgegner in Seattle und Genua oder Regionalisierung in EU-Staaten). Zu erforschen sind aber auch Wechselbeziehungen von subjektivem Handeln starker Einzelpersonlichkeiten (z. B. Jacques Delors als Kommissionspräsident) und strukturellen Bedingungen (z. B. nationale Administrationen, von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, Mentalitäten von Akteuren und Apparaten, Traditionen in Staaten etc.). Nicht nur solche Mehrebenenbetrachtung, sondern auch der gleichzeitige Ebenenvergleich lohnt.⁸

Zeitgeschichte wird dadurch aufwändiger, sowohl was die Forschung als auch die Darstellung anlangt. Aufgrund weitgehend fehlender vergleichender übernationaler Zeitgeschichten gibt es noch keine verbindliche Periodisierung, zu wenig ist bisher im Sinne einer Gesamtschau gearbeitet worden: Brüche und Zäsuren werden nach wie vor nationalgeschichtlich festgeschrieben, sieht man von übernationalen Einschnitten wie 1918, 1945 und 1989 ab.

7 Vgl. u. a. Matthias Peter/Hans-Jürgen Schröder, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn – München – Wien – Zürich 1994, S. 84–97.

8 Vgl. Michael Gehler, Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem: Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001, S. 22–26.

III. Selbstkritik, Streitkultur und Unabhängigkeit einer innovativen Zeitgeschichte

In der Zeitgeschichte besteht immer wieder die Gefahr der Politisierung und Ideologisierung. Enthüllungen und Moralisieren sind aber nicht mehr so gefragt. Der Kalte Krieg ist zu Ende; Weltanschauungen müssen nicht mehr produziert werden. Umfassende Analysen, nüchterne Rekonstruktionen und Historisierungsversuche sind in einem neuen internationalen System mit Blick auf die alte Ordnung erforderlich. Zeitgeschichte darf sich dabei weder von Stimmungen des politischen Moments erfassen noch sich beim Vergleich von Unterschieden für tagespolitische Vorteile, weltanschauliches Wunschdenken oder für schnelllebige Parteipolitik einspannen lassen.

Der Blick zentraleuropäischer Zeitgeschichte ist überwiegend auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts – den Faschismus, Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg – konzentriert (gewesen). Überbetonungen blieben aufgrund dieser Fokussierungen nicht aus. Unausgewogenheit in der Themenwahl und Einseitigkeiten bei der Beurteilung waren daher auch für die Darstellung der Zeit nach 1945 die Folge. Unzureichend reflektierte Begriffe und fallweise undifferenzierter Umgang mit der „Erlebnisgeneration“ kamen hinzu. Nachdenklich sollte stimmen, dass erst durch den Zusammenbruch des „real existierenden“ Sozialismus in Mittel- und Osteuropa und vor allem der Sowjetunion das Ausmaß der Verbrechen dieser Regime allmählich ins Bewusstsein rückte, aber nur kurzzeitig in die medienvermittelte Geschichtsdebatte Eingang fand. Bis dahin genoss der Kommunismus infolge seiner Bündnispartnerschaft mit dem demokratisch-kapitalistischen Westen gegen Hitler einen beträchtlichen politischen Bonus. Ideologische Rücksichtnahme und Tabuisierungen des Diktatur-Vergleichs standen tiefer gehenden Erkenntnissen für die Zeit vor 1989 eher im Weg.

Erst das nicht unumstrittene „Schwarzbuch des Kommunismus“ und weitere Publikationen zu diesem Themenkomplex⁹ machten deutlich, was vorher nur unmittelbare Zeitzeugen wussten oder von

9 Vgl. François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996; Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin, Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München – Zürich 1998³; Christopher Andrew/Wassili Mitrochin, Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen, Berlin 1999.

Fachleuten erahnt werden konnte: Der Unrechtscharakter, der Repressionsapparat, das Verfolgungssystem und das Zerstörungspotenzial des Kommunismus waren umfassender und eliminatorischer als das Instrumentarium des Nationalsozialismus – von der Quantität der Opfer nicht zu sprechen, was aufgrund der längeren Herrschaftszeit und der damit verbundenen größeren Wirksamkeit des weltweiten Terrors nicht verwundert. Der Wahn von der klassenlosen Gesellschaft kostete über 80 Millionen Menschen das Leben. Was man sich durchaus schon vor 1989/90 denken konnte, wagte aber selbst in den westlichen Demokratien kaum jemand offen auszusprechen. Diese nicht unerheblichen Lücken der Zeitgeschichte – u. a. auch bedingt durch die jahrzehntelange Unzugänglichkeit ostmitteleuropäischer und sowjetisch-russischer Archive – können erst jüngere Forschergenerationen füllen.¹⁰

Neben dem rassenpolitischen Massenmord der Nationalsozialisten und dem klassenpolitischen Massenmord der Kommunisten – beide genozidarig angelegt – ist an die kolonialpolitischen Massenmorde zu erinnern. So hat es in Afrika durch die Ausbeutungspolitik Belgiens unter König Leopold II. bis 1908 etwa zehn Millionen Sklaventote gegeben – ein völlig tabuisiertes Kapitel europäischer Politik der Neuzeit. Nahezu völlig der westlich-europäischen Wahrnehmung verborgen blieb ebenso Maos Massenmord, der große chinesische Hungertod von 1958 bis 1961, der zwischen geschätzten 15 bis 40 Millionen Opfer gekostet haben soll. Zu den gleichfalls tabuisierten Verbrechen gehört auch der türkische Genozid an den Armeniern.¹¹ Nicht zuletzt sei hier hingewiesen auf die immer wieder verschwiegene oder relativierte völkermordartige Vertreibung der Deutschen. Von den dabei betroffenen über zwölf Millionen Menschen sind etwa zweieinhalb Millionen umgekommen. Große Teile Deutschlands wurden ohne Friedensvertrag annektiert.

Neben mangelnder Bereitschaft zur Beschäftigung mit derartigen Themen – wobei insbesondere nach den Gründen dafür zu fragen wäre – gibt es unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Aufarbeitung von Vergangenheiten. Die „Weltmeister“ der

Minimierung, Verdrängung und Verleugnung von Geschichtsverbrechen sind oft weniger in zentral-europäischen Ländern zu finden, als gemeinhin durch eurozentrierte Betrachtungen suggeriert wird. In Europa wird Zeitgeschichte weit mehr als Bürde empfunden als z. B. in den USA, in deren Geschichtsbewusstsein die eigenen Völkermorde (Indianer) und Kriegsverbrechen kaum eine Rolle spielen. Durch die zunehmende Moralisierung der Geschichtspolitik (samt finanzieller Entschädigungen) ist ferner eine daraus erwachsende neue staatliche Verantwortung für Verfehlungen und Versäumnisse in der Aufarbeitung der eigenen jüngeren Geschichte – und dies nicht nur für Deutschland – feststellbar.¹² Daraus resultierten neue Verpflichtungen für die Zeitgeschichte insgesamt. Mehr Mut zu kontroversen Fragestellungen und nonkonformistischen Thesen ist notwendig.

IV. Vergleichende Betrachtungen europäischer Zeitgeschichten

Eine vergleichende Betrachtung muss sich auf publizierte Werke beschränken. Aber auch diese sind schwierig zu überblicken, abgesehen von der kaum mehr zu bewältigenden Aufsatzflut in Fachzeitschriften. In der Regel bedarf es einiger Zeit, bis neuere Forschungen zur Kenntnis genommen und verarbeitet werden. Sieht man von diesen Einschränkungen ab, ergibt ein grober Vergleich zeitgeschichtlicher Trends in Westeuropa vor allem analoge, aber auch unterschiedliche Befunde.

1. Frankreich: *Vive la France!* *La crise de l'histoire?*

Die Zeitgeschichtsschreibung in Frankreich ist auf zahlreiche Institutionen verteilt und wird im großen Rahmen der *histoire contemporaine* betrieben. Urteile fallen unterschiedlich kritisch aus;¹³ ein französischer Beobachter spricht von „la crise de l'histoire“.¹⁴ Forschungen über die äußere Dimension der französischen Geschichte, d. h. über auswärtige Relationen, die über den größeren nicht-frankophonen Kontext hinausgehen, fehlen vielfach. Die großen Zeiten eines Pierre Renouvin, Jean-Baptiste Duroselle oder René Girault¹⁵

10 Vgl. u. a. Robert Conquest, *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933*, München 1988; ders., *Der große Terror. Sowjetunion 1934–1938*, München 1992; Dietrich Beyrau, *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin*, Göttingen 2000; Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000.

11 Vgl. Adam Hochschild, *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen*, Stuttgart 2000; Josef Nussbaumer, *Die große chinesische Hungersnot (1958–1961)*, in: *Zeitgeschichte*, 26 (1999) 2, S. 127–153.

12 Vgl. Elazar Barkan, *The Guilt of Nations: Restitution and Negotiating Historical Injustices*, Baltimore 2000.

13 Vgl. Gérard Noiriel, *Qu'est-ce que l'histoire contemporaine?*, Paris 1998; T. Angerer (Anm. 3), S. 120–123.

14 So die Einschätzung von Dr. Pierre Grosser, Paris, dem ich für entsprechende Hinweise danke.

15 Vgl. Jean-Baptiste Duroselle, *L'Europe, l'histoire de ses peuples*, Paris 1990; René Girault, *Peuples et nations d'Eu-*

scheinen vorbei – sieht man von namhaften Ausnahmen ab: Die *relations internationales* wurden z. T. modern profiliert.¹⁶ Neuaufgelegte Gesamtdarstellungen zur Europäischen Integration sind zu nennen,¹⁷ und die „klassische“ Diplomatiegeschichte wird auf höchstem Niveau vertreten.¹⁸ Während die mittelalterliche und neuere (= moderne) Geschichtsschreibung *grosso modo* aufgeschlossen, fortschrittlich und internationalisiert ist, gibt es im engeren Bereich der Zeitgeschichte (*histoire du temps présent*) methodisch nicht immer viel Innovatives und z. T. Theorie-rückstand.

Von Frankreichs Zeitgeschichtsforschung gehen trotz dieser kritischen Befunde wichtige Impulse aus, wofür Übersetzungen ins Amerikanische sprechen. Zum Vichy-Syndrom wurde im größeren Kontext von Pierre Noras Konzept der *lieux de mémoire* übernationale Modellarbeit geleistet,¹⁹ und die französische Perspektive ist internationalisiert worden.²⁰ *Geographisch* betrachtet existieren aber so gut wie keine Arbeiten über Großbritannien, kaum etwas nennenswert Neues gibt es über Deutschland, abgesehen von Studien ohne archivalische Basis. Einige Arbeiten sind aufgrund entsprechender Forschungen der *Ecole Française de Rome* über Italien geschrieben worden; nur wenig liegt über Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion vor.²¹ Die USA und ihre Politik stellen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, *terrae incognitae* dar; einige jüngere Wissenschaftler haben sich der arabischen Welt und Indochina zugewandt. (Nord-) Afrika ist ein Fall für sich: Die Darstellung des Kolonialismus und der Entkolonialisierung ist gekennzeichnet von den Befangenheiten einer

political correctness. Es geht um Kolonialismus-Diskurse, Fragen der Kultur und des Rassismus. Hier wäre auf Arbeiten von Alain Ruscio und Claude Liauzu zu verweisen. Es gibt, von Ausnahmen abgesehen,²² kaum Überlegungen im Maßstab europäischer Geschichte. „Global History“ findet nicht statt.

Thematisch folgt französische Zeitgeschichte den Trends der Zeit: *l'histoire des intellectuels* und Ideengeschichte, Vichy und Résistance. Kontroversen gibt es nach wie vor über den Ersten Weltkrieg.²³ Die Politikgeschichte bewegt sich nur partiell: Zwischen „Traditionalisten“ und den „Aposteln alles Kulturellen“ (Pierre Grosser) verlaufen noch Trennlinien.²⁴ Fragestellungen der Politikwissenschaft und Soziologie werden weitgehend ignoriert, anglo-amerikanische Forschungen kaum wahrgenommen. Einen unwiderstehlichen Reiz bilden nach wie vor die dreißiger Jahre sowie faschistoide Splittergruppen. Kaum besteht noch Interesse an der Sozialgeschichte, wie dies in früheren Jahrzehnten der Fall war. Fortschritte verzeichnet aber die Frauengeschichte.

Die Befunde sind auch Ergebnis politischer Entwicklungen: Korruptionsfälle, Krisenerscheinungen und die wechselhaften Erfolge des *Front National* unter Jean-Marie Le Pen mit nicht unerheblichen Erschütterungen für das politische System. Der Vichy-Komplex mit der das nationale Prestige belastenden *collaboration* wirkt seit den achtziger Jahren in der öffentlichen Debatte um François Mitterrand und den *vélodrome d'hiver* (Judendeportation) nach. Die „schwarzen Jahre“ (Thomas Angerer) dominieren in der Forschung bis heute. Der Zweite Weltkrieg hat die *Grande Revolution* als zentrales Thema abgelöst. Frankreich hat keine estrangige politische Stellung in Europa mehr, und seine globale Rolle als Militär- und Atommacht ist limitiert. „Rang“ und „ordre“ als Kategorien sind fragwürdig geworden, intellektuelle Selbstbespiegelungen, Rückwärtsorientierungen auf die Zwischenkriegszeit und den Ersten

rope au XIX^e siècle, Paris 1996; Hommage à René Girault. Pour une histoire des relations internationales, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps, (2002), S. 65–66.

16 Vgl. z. B. Robert Frank, La hantise du déclin. Le rang de la France en Europe, 1920–1960. Finance, défense et identité nationale, Paris 1994.

17 Vgl. Pierre Gerbet, La construction de l'Europe, (Neuaufgabe) Paris 1998; Marie-Thérèse Bitsch, Histoire de la construction européenne, (Neuaufgabe), Brüssel 1998.

18 Vgl. Georges-Henri Soutou, L'Or et le Sang. Les buts de guerres économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989; ders., La guerre des Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990, Paris 2001. Die Bände der Nouvelle histoire de la France contemporaine (z. B. J.-J. Becker über die Ära Giscard und Mitterrand) zeigen, dass es nach René Rémond mit seiner Darstellung Frankreichs seit 1919 auf hohem Niveau weitergeht. Hinweise verdanke ich Dr. Thomas Angerer/Universität Wien.

19 Vgl. Éric Conan/Henry Rousso, Vichy, un passé qui ne passe pas, Paris 1996.

20 Vgl. Pieter Lagrou, The Legacy of Nazi-occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe 1945–1965, Cambridge 2000.

21 Z. B. von Nicolas Werth, Histoire de l'Union Soviétique de l'empire russe à la Communauté des États Indépendants, 1900–1991, Paris 1995.

22 Vgl. Didier Musiedlak/Jacqueline Musiedlak, Les totalitarismes fasciste et nazi. La Documentation Française, Paris 1996; Didier Musiedlak, Lo stato Fascista e la sua classe politica (1922–1943), Bologna 2001; Christophe Charle, Les intellectuels en Europe au XIX^e siècle, Paris 1996; ders., La crise des sociétés impériales. Allemagne – France – Grand Bretagne, Paris 2001.

23 Vgl. Annette Becker, Oubliés de la Grande Guerre, Paris 1998; Stéphane Audoin-Rouzeau, L'enfant de l'ennemie, 1914–1918, Paris 1995.

24 Die klassische Politikgeschichte ist angesichts neuer Themen wie politischer Kulturen (Serge Berstein, Sciences Po), parlamentarischer Eliten (Gilles Le Beguec, Paris X, Nanterre) und der von Bourdieu beeinflussten Schule von Christophe Charle (Paris I) herausgefordert.

Weltkrieg²⁵ verwundern kaum. Gefragt wurde zuletzt, wie aktuell die französische Zeitgeschichte überhaupt sei.²⁶ Ein weiteres Problem besteht nicht nur in ihrem Frankozentrismus, sondern auch in ihrem „Vernetzungsmangel“, im „Vorbeschreiben an der internationalen Historiographie“ (Angerer). Im Vergleich zum Englischen gibt es z. B. sehr geringe und weiter abnehmende Deutsch- und Deutschlandkenntnisse.²⁷

2. Großbritannien: Der äußeren Welt noch am nächsten

Die britische Zeitgeschichte wird mit 1939/45 beginnend datiert. Das *Journal of Contemporary History* hat erst kürzlich beschlossen, primär über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu veröffentlichen.²⁸ In der Historiographie lassen sich verschiedene Schwerpunkte benennen:²⁹ „Großbritannien und die Welt“ ist ein *erster* Komplex, der sich mit der „Weltmacht im Niedergang“³⁰ und ihrer stärkeren Zuwendung zum Kontinent befasst. Es gab zuletzt umfangreiche Forschungen zu den auswärtigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs, vor allem zu „UK and Europe.“³¹ Hier liegt der Schwerpunkt bei den Jahren bis 1961, dem Jahr des ersten britischen EWG-Beitrittsantrags bzw. bis zu de Gaulles paukenschlagartiger Ablehnung am 14. Januar 1963.³² Den

Untersuchungen ging es nicht nur um *diplomacy and statecraft*, sondern um wirtschaftliche Interessen, die Eliten und ihre gewandelten Einstellungen zu „Europa“, auch hinsichtlich historischer Vorbelastungen der britischen Politik.

Ein *zweiter* Themenbereich berührt die Beziehungen zu den USA; aus ihm sind zahlreiche Arbeiten hervorgegangen, vor allem Überblicksdarstellungen, die sich mit der *special relationship*, u. a. hinsichtlich der Nuklearpolitik,³³ sowie auch mit der Rolle als *junior partner* und den Folgen – u. a. den enger werdenden Beziehungen zu Europa – befassen.³⁴ Daraus ergibt sich wieder ein Bezug zum *decline*, eine der zentralen Kategorien, um die sich breite Diskussionen entfaltet haben, z. B. über den relativen britischen Niedergang mit Blick auf Wirtschaft, Militär und Politik, die unterschiedlich gewichtet werden. Diese Diskussion ist vergleichbar mit ähnlichen europäischen Debatten über das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert, korrespondierend mit kultur- und wirtschaftshistorischen Themen vom Niedergang ehemaliger Großmächte.

Decolonisation ist ein *dritter* Forschungsschwerpunkt,³⁵ der mit Arbeiten über Indien und die zunehmende Entkolonialisierung in den sechziger Jahren hervorsteht, der inzwischen auch – etwa zur Rhodesien-Frage – stärker die Problematik der kolonialpolitischen Belastung für das Königreich und dessen Rolle in der säkularen Phase der Dekolonialisierung in den Blick nimmt. Hierbei werden auch die Interessen der USA und der „Abwehrkampf“ gegen den Kommunismus in der „Dritten Welt“ in Betracht gezogen. Vergleichbare Historikerkommissionen wie in der Schweiz oder Österreich zu strittigen Fragen der eigenen Zeitgeschichte, z. B. zu den englischen Kolonialkriegen, gibt es in Großbritannien allerdings nicht.

Ein *viertes* Themenfeld ist mit der Gesellschaftspolitik gegeben. Hier wird u. a. danach gefragt, inwieweit zwischen 1945 und 1970 eher Konsens in der britischen Wirtschafts- und Sozialpolitik existierte mit Blick auf den Ausbau des Sozialwesens, die Reprivatisierungen bzw. die Beibehaltung teilweiser Verstaatlichungen, oder aber ob die konservativen und sozialdemokratischen gesellschaftspolitischen Konzepte nicht doch sehr verschieden voneinander waren.³⁶

Join the Common Market, in: *Journal of Contemporary History*, 32 (1997) 4, S. 453 ff.

33 Vgl. Ian Clark, *Nuclear Diplomacy and the Special Relationship. Britain's Deterrent and America, 1957–1962*, Oxford 1994.

34 Vgl. Klaus Larres (Hrsg.), *Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945*, Oxford 2000.

35 Vgl. John Darwin, *Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-War World*, London 1988.

36 Auskunft von Dr. Wolfram Kaiser.

25 Vgl. Stéphane Audoin-Rouzeau/Annette Becker, 14–18 *Retrouver la Guerre*, Paris 2000.

26 Vgl. Pieter Lagrou, *De l'actualité de l'histoire du temps présent*, in: *Bulletin de l'Institut d'Histoire du Temps présent*, 75 (2000), S. 10–22; abgeschwächt Henry Rousso, *L'histoire du temps présent, vingt ans après*, ebd., S. 23–40.

27 Hinweise von Dr. Angerer.

28 Vgl. T. Angerer (Anm. 3), S. 124.

29 Vgl. Peter Catterall, *What (if anything) is Distinctive about Contemporary History?*, in: *Journal of Contemporary History*, 32 (1997) 4, S. 441–452; Brian Brivati/Julia Buxton/Anthony Seldon (Hrsg.), *The Contemporary History Handbook*, Manchester–New York 1996. Für Hinweise danke ich Dr. Wolfram Kaiser/University of Portsmouth.

30 Vgl. Andreas Wirsching, *Internationale Beziehungen*, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 2002, S. 112–125, S. 117 f.

31 Vgl. Christopher Lord, *Absent at the Creation: Britain and the Formation of the European Community, 1950–1952*, Aldershot 1996; Wolfram Kaiser, *Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration, 1945–1963*, London 1996; Jacqueline Tratt, *The Macmillan Government and Europe*, Basingstoke 1996; N. Piers Ludlow, *Dealing with Britain. The Six and the First UK Application to the EEC*, Cambridge 1997; Hugo Young, *This blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London 1998; James Ellison, *Threatening Europe. Britain and the Creation of the European Community 1955–1958*, Basingstoke–London 2000; John W. Young, *Britain and European Unity 1945–1999*, Basingstoke 2000.

32 Vgl. Rolf Steininger, *Großbritannien und de Gaulle. Das Scheitern des britischen EWG-Beitritts im Januar 1963*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 44 (1996) 1, S. 87–118; Richard Davis, *The „Problem of de Gaulle“: British Reactions to General de Gaulle's Veto of the UK Application to*

Ein *fünfter* Themenkomplex bezieht sich auf die *identity*. Ältere Forschungen zur „imperialen Identität“ spielten im Hinblick auf die Außenpolitik eine Rolle, während neuere Arbeiten Ansätze aus der Politikwissenschaft über „äußere“ und „periphere“ Identitäten, die geforderte Dezentralisierung und den tatsächlichen Dezentralisierungsprozess – bis zu den Volksabstimmungen in Wales und Schottland 1997 über die Bildung von Regionalparlamenten – berücksichtigen. In diesem Zusammenhang stellt sich die zentrale Frage: „*What is England in a decentralized and more globalized world?*“ – zumal wenn nationale bzw. ethnische Identitäten an der „Peripherie“ stärkeres Profil gewinnen als die eigene „innere“ Identität. Es scheint, dass Großbritannien den Verlust seines *Empire* relativ verzögert wahrgenommen und erst sehr spät verarbeitet hat. Zeitgeschichte ist im Vereinigten Königreich weiterhin nationalstaatlich definiert und wenig komparativ oder transnational ausgerichtet. Aufgrund der *Commonwealth*-Dimension der britischen Geschichte sind die *international relations* intensiver ausgeprägt als auf dem Kontinent. Eine stärkere Einbeziehung der Sozialwissenschaften ist nicht feststellbar; *Cultural Studies* sind aber auch in der Zeitgeschichte einflussreich geworden.

3. Italien: Erosion des „antifaschistischen Paradigmas“

Das *Risorgimento*, die *Resistenza*, die Arbeiterbewegung, die Kommunismus- und zuletzt Antisemitismusforschung, aber auch die Agrargeschichte im engeren und die Sozialgeschichte im weiteren Sinne sind nennenswerte Themen der *storia contemporanea*.³⁷ Wenige Spezialisten nur beschäftigen sich mit den äußeren bzw. internationalen Beziehungen sowie der italienischen Europa- und Integrationspolitik.³⁸ Fragen zur Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der nationalen Identität standen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, die seit Ende der achtziger Jahre geführt wurde.³⁹ *Erstens* ging es hier um die Rele-

vanz von Widerstand und Antifaschismus als Basis für das republikanische Italien, *zweitens* um Zukunftsorientierung vor dem Hintergrund eines kriselnden Staats- und Nationalbewusstseins. Das Ende des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa sowie in der Sowjetunion stellte auch das italienische parteipolitische System in Frage. Der kommunistische PCI musste mit seiner stalinistischen Vergangenheit brechen und den Wandel zu einer sozialdemokratischen Partei vornehmen. Aber auch das über Jahrzehnte funktionierende System der *Democrazia Cristiana* brach zusammen. Giulio Andreotti stand unter dem Verdacht mafioser Verstrickung, während der Sozialist Bettino Craxi auf der Flucht war. Die Urnengänge brachten 1994 die Nachlassverwalter des Faschismus (vormals *Movimento Sociale Italiano*, umbenannt in *Alleanza Nazionale*) im Verbund mit Silvio Berlusconi an die Regierung. Vor diesem Hintergrund gewann eine revisionistische Historiographie Oberwasser, die fragte, ob der die Verfassung kennzeichnende Antifaschismus noch Sinn habe. Damit einher ging eine Relativierung der *Resistenza*. Strittig war und ist vor allem die konfliktbeladene Zeit vom Sommer 1943 bis April 1945, als Italien mit drei Kriegen konfrontiert war: mit einem „klassischen“ zwischen regulären deutschen und angloamerikanischen Armeen, ferner mit einem nationalen Befreiungskrieg zwischen Widerstand und deutschen Truppen, sodann mit einem italienischen Bürgerkrieg zwischen *Resistenza* und Faschisten.⁴⁰

Ausgehend von dieser komplizierten Konstellation formulierte der renommierte Mussolini-Biograph Renzo De Felice Kritik an der Zeitgeschichte, die einer radikalen Revision gleichkam.⁴¹ Erst der Fall der Berliner Mauer, der Untergang des Sowjetimperiums und die Öffnung russischer Archive hätten einen „Anfang der Wende“ in der Widerstandshistoriographie eingeleitet.⁴² Viele Mythen seien bewusst geschaffen worden, wonach z. B. die *Resistenza* eine Massenbewegung gewesen sei. Der PCI habe daraus politische Legitimation gewonnen. Der Widerstand habe jedoch nur aus einer Minderheit existiert; die große Masse der Bevölkerung habe zwischen beiden Lagern gestanden.⁴³

37 Vgl. Rolf Wörsdörfer mit konzisem Überblick über Instrumente und Themen der italienischen Geschichtsforschung, in: ders. (Hrsg.), *Sozialgeschichte und soziale Bewegungen in Italien 1848–1998*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA)*, (1998) 21, S. 7–26, hier S. 15 ff.

38 Hier sind Arbeiten des an der Universität Florenz lehrenden Antonio Varsori zu nennen sowie die seit 1995 bestehende Reihe „Italien in Geschichte und Gegenwart“, hrsg. von Luigi Vittorio Ferraris, Günter Trautmann (†) und Hartmut Ullrich.

39 Vgl. hierzu Hans Heiss, *Regionale Zeitgeschichte. Zur Differenzierung der zeithistorischen Forschung Tirols und Südtirols seit 1986*, in: *Geschichte und Region/Storia e regione*, 5 (1996), S. 267–313, S. 272 ff.; Gian Enrico Rusconi, *Resistenza e postfascismo*, Bologna 1995; Giovanni De Luna/

Marco Revelli, *Fascismo/Antifascismo. Le idee, le identità*, Florenz 1995; Didier Musiedlak/Jlvo Diamanti/Alain Dieckhoff/Marc Lazar, *L'Italie, une nation en suspens*, Brüssel 1995; Ernesto Galli Della Loggia, *La morte della patria. La crisi dell'idea di nazione tra Resistenza, antifascismo e Repubblica*, Rom–Bari 1996; kritisch-bilanzierend: Bruno Groppo, *Antifascismus, Widerstand, nationale Identität in der aktuellen geschichtswissenschaftlichen und politischen Debatte*, in: R. Wörsdörfer (Anm. 37), S. 242–257.

40 Vgl. B. Groppo, ebd., S. 247.

41 Vgl. Renzo De Felice, *Rosso e nero*, Milano 1995.

42 Ebd., S. 14.

43 Vgl. ebd., S. 53 ff.

Damit berührte De Felice auch ein Problem des Widerstands gegen Hitler in anderen europäischen Ländern. De Felices Kritiker wandten ein, dass gerade diese Minderheiten durch ihre Aktivitäten zum Umschwung beigetragen und damit die Zukunft ihrer Länder (mit)gestaltet hätten. Mit der Absetzung Mussolinis durch nationalkonservative Eliten habe sich Italien aufgrund der *Resistenza* z. T. zweifellos selbst befreit, was De Felice ignoriere. Dieser warf seinerseits der Widerstandsforschung vor, die Konfrontation der *Resistenza* mit der *Repubblica Sociale Italiana* (RSI), jenem Marionettenstaat von Hitlers Gnaden, ausgeblendet und damit die Krise des Staates verdeckt zu haben. Der Widerstand sei nicht in der Lage gewesen, die Probleme des Landes zu lösen, ja er habe diese noch verschlimmert. Mussolini habe aus patriotischer Motivation mit der RSI eine Schutzschild-Funktion entwickelt, um zu verhindern, dass Hitler aus Italien ein zweites Polen machen würde.⁴⁴ Apologie vermengte sich hier mit Revisionismus.

Das Thema wurde auch von der Politologie aufgegriffen: Wenn der italienische Staatsgedanke 1943 tot gewesen sei, dann deswegen, weil vorher bereits ein großer Teil der Italiener die Niederlage ihres Staates gewünscht habe, während Widerstand und die RSI mit ihren Aktivitäten vieles nur noch verschlechterten, indem sie dem Faschismus die Alleinverantwortung für Krieg und Niederlage zugeschoben hätten,⁴⁵ um von ihren eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken. Bei aller Polemik setze eine Historisierung des Faschismus ein – bis dahin galt eine seriös-wissenschaftliche Befassung mit dem Faschismus eher als „an sich schon unmoralisch“⁴⁶. Laut De Felice habe der Faschismus zur Modernisierung Italiens (Innovationen, Verstaatlichung der Industrie, Ausbau des Sozialsystems etc.) beigetragen. Seine Schuld sei begrenzt, da er im Unterschied zum Nationalsozialismus „vor der Anklage des Genozids geschützt“⁴⁷ sei und daher nicht für den Holocaust mitverantwortlich gemacht werden könnte – wobei De Felice die Entrechtung der Juden durch die Rassengesetze Italiens von 1938 und die effiziente Zusammenarbeit mit der NS-Verfolgungspolitik ausblendete. Die wiederholt heruntergespielten Zusammenhänge zwischen dem immer noch als human geltenden römischen Kolonialismus, dem faschistischen Rassismus und dem späteren Holocaust

waren tatsächlich weit enger.⁴⁸ Kritik ist inzwischen kaum mehr möglich. Die Direktorin des Staatsarchivs, Paola Carucci, Vizepräsidentin des Forschungsinstituts des Widerstands, ist kürzlich vom Kultusminister abgesetzt worden, weil sie einen Sammelband über Faschismus mitveröffentlicht hat (Süddeutsche Zeitung, 13. 11. 2002).

Die strittige Debatte über *Fascismo* und *Resistenza* ist in Italien noch nicht abgeschlossen. Erst wenn sie ihre politische Funktion verliert, können historisierende Kräfte ganz die Oberhand gewinnen. Dieser Prozess scheint mit der Entsakralisierung des „antifaschistischen Paradigmas“ – laut De Felice ein „dogma insincero“⁴⁹ – eingeleitet worden zu sein. Die Folgen bleiben abzuwarten.

4. Die Schweiz: Ein Igel mit weniger Stacheln

Der Begriff „Zeitgeschichte“ wird in der deutschsprachigen Schweiz unterschiedlich verwendet.⁵⁰ Seit Mitte der neunziger Jahre setzte eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Eidgenossenschaft im Zweiten Weltkrieg ein. Dank der Stärke der Armee sei es gelungen, von NS-Deutschland nicht erobert zu werden, die Unabhängigkeit zu wahren und neutral zu bleiben, lautete die offizielle Lesart, die jahrzehntelang in den Geschichtsbüchern nachzulesen war. Dieses Bild wankte spätestens seit bekannt wurde, dass in der Schweiz ein Großteil des von den Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten geraubten Goldes gehortet wurde. Der Genfer Soziologe und sozialdemokratische Abgeordnete im Schweizer Parlament, Jean Ziegler, verfocht die massiv am bisherigen staatlichen Selbstverständnis rüttelnde These, dass damit die Bankiers seines Landes den Zweiten Weltkrieg verlängert hätten. Motive für die Komplizenschaft mit Hitler wären beabsichtigte Kriegsgewinne und ungebändigte Raffgier gewesen. Der „Mythenschlächter“ sprach von einer unglaublichen Heuchelei und der Neutralitätslüge.⁵¹

48 Vgl. Angelo Del Boca (Hrsg.), *Le guerre coloniali del fascismo*, Bari–Roma 1991; Francesco Germinario, Gas und „zivilisatorischer Kolonialismus“. Eine historisch aufschlussreiche Debatte im sommerlichen Italien, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 11 (1996), S. 97–109; Anna Bravo, Der Umgang mit der Shoah in Italien, in: Rolf Steininger/Ingrid Böhler (Hrsg.), *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel*, Wien 1994, S. 347–369, hier S. 349; Katharina Walter, Die Judenpolitik unter Mussolini, in: *Zeitgeschichte*, 24 (1997) 1/2, S. 3–29.

49 Zit. nach H. Heiss (Anm. 39), S. 273.

50 Vgl. Georg Kreis, Plädoyer für eine zeitgemäße Zeitgeschichte, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17./18. 8. 1985, S. 37, reklamierte sie für die Zeit nach 1945. Anders in seinem Beitrag: Zurück in den Zweiten Weltkrieg. Zur schweizerischen Zeitgeschichte der 80er Jahre, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 52 (2002) 1, S. 60–68, wo er unter Zeitgeschichte auch die Zeit von 1933 bis 1945 versteht.

51 Vgl. Jean Ziegler, *Die Schweiz, das Gold und die Toten*, München 1997.

44 Vgl. ebd., S. 114 f.

45 Vgl. E. Galli Della Loggia (Anm. 39), S. 12, 15.

46 Wolfgang Schieder, *Faschismus als Vergangenheit. Streit der Historiker in Italien und Deutschland*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt/M. 1990, S. 135–154, hier S. 138.

47 Zit. nach H. Heiss (Anm. 39), S. 273.

Georg Kreis verwies dagegen historisch differenzierter auf vier Nachkriegsdiskurse: *erstens* über Kollaboration und „Verräter“, *zweitens* die Rolle der Neutralität, *drittens* die Armee und *viertens* die Behandlung von Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie Antisemitismus. Er erkannte darin gesellschaftspolitisch ausgerichtete „Bewährungsdebatten“, inwieweit die Schweiz den selbst gestellten Ansprüchen und propagierten Idealen auch gerecht geworden sei. Ende der neunziger Jahre habe dann „eine Reaktivierung aller Teildiskurse“ eingesetzt. Die Historikerzunft hätte hierauf keinen bestimmenden Einfluss gehabt und bestenfalls „nachträglich ordnend und vertiefend“ als eine Art „Aufräumkommando“ mitgewirkt.⁵²

Feststeht heute, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit nicht ihrem Militär, sondern vor allem ihren Wirtschafts- und Finanzbeziehungen verdankte, und zwar sowohl mit Blick auf NS-Deutschland als auch auf die Alliierten, vor allem die USA. Nach 1945 sei die Armee als entscheidender Faktor hochstilisiert worden, während sich die Industrie- und Bankenwelt so klein gemacht hätte, „dass sie in der nostalgischen Rückschau auf die Kriegsjahre verschwand“⁵³.

Überblicksdarstellungen zur Geschichtsforschung⁵⁴ zeigen, dass inzwischen Arbeiten zur Sozial-, Mentalitäts- und Kulturgeschichte dominieren, welche die ältere Geschichte des (National-)Staates vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 ablösen. Eine gewisse Rückbesinnung auf die Politikgeschichte erfolgte mit dem Nationalen Forschungsprogramm NFP 42; auch die im Zuge der öffentlichen Debatten und des internationalen Drucks eingesetzte „Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“ (UEK), auch benannt nach ihrem Vorsitzenden Jean-François Bergier, zeitigte umfangreiche Ergebnisse: 25 Einzelstudien und ein Syntheseband schlossen größere Lücken, vor allem im Bereich der Unternehmensgeschichte sowie der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum NS-Staat.⁵⁵ Grundlage war ein Zugangsprivileg zu Firmen-

und Privatarchive (einschließlich Exportfirmen, Banken, Versicherungen usw.). Das von der UEK gezeichnete Geschichtsbild war differenziert, entmythologisierte die *neutralité permanente* und machte klar, in welchem hohem Maß von 1939 bis 1945 die in der Gesellschaft vorhandenen erheblichen Handlungsspielräume nach allen Seiten hin genutzt worden sind. Die Ergebnisse der Bergier-Kommission haben auf das Schweizer Geschichtsbild eingewirkt und zur Bewusstseinsänderung beigetragen. Bei der Abstimmung am 3. März 2002 gab es nicht zuletzt deshalb eine 54,6 Prozent-Jahr-Mehrheit für den UNO-Beitritt. Inzwischen wird aber wieder nachlassendes öffentliches Interesse an der Zeitgeschichte registriert.⁵⁶

Ein Kritikpunkt an der UEK besteht darin, dass sie klassische Nationalgeschichtsschreibung praktiziert und davon abgesehen hat, die Schweiz und ihre Gesellschaft in einen größeren Kontext zu stellen, sie etwa mit anderen kleineren und mittleren Staaten zu vergleichen. Größere wissenschaftliche Debatten und bilanzierende Darstellungen zur Zeit nach 1945 gibt es kaum.⁵⁷ Die eidgenössische Forschung ist wie die österreichische durch die Kleinräumigkeit des Landes gekennzeichnet. Man kennt sich gut bis persönlich, was Kontroversen kaum fördert und Ausdruck politischer Konsens- und Kompromissverhältnisse ist. Das Schweizer Parlament weist seit 1959 eine Regierung in stets der gleichen Parteienzusammensetzung auf.⁵⁸

5. Österreich: Erosion der Opferthese – Löchrige „Käseglocke“ Neutralität

Nach 1945 gab es in der zweiten Alpenrepublik eine insgesamt über 30 Jahre währende Große Koalition von Konservativen (ÖVP) und Sozialde-

Unternehmensstrategien – Marktentwicklung – Politische Überwachung, Zürich 2002.

⁵⁶ Vgl. „Der Bergier-Bericht wird politisch ad acta gelegt“, in: Basler Zeitung vom 10. 10. 2002, S. 9.

⁵⁷ Wegweisend immerhin Erich Gruner/Peter Gilg/Beat Junker (Hrsg.), Die Schweiz seit 1945, Bern 1971, und Christoph Dejung, Schweizer Geschichte seit 1945, Frauenfeld 1984; kaum übertroffen Peter Gilg/Peter Hablützel, Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945), in: Beatrix Mesmer (Hrsg.), Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986, S. 821–968; anregend Mario König, Wohlhabenheit. Vom Erfolg einer kleinen offenen Volkswirtschaft, in: Manfred Hettling u. a. (Hrsg.), Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen, Frankfurt/M. 1998, S. 265–289; Jean-Daniel Blanc/Christine Luchsinger (Hrsg.), Achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit, Zürich 1994, und Mario König/Georg Kreis/Franziska Meister/Gaetano Romano, Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998.

⁵⁸ Dank für Auskünfte schulde ich Dr. Peter Hug, Historisches Institut der Universität Bern.

⁵² Vgl. Georg Kreis, Vier Debatten und wenig Dissens (Einleitung), in: ders./Bertrand Müller (Hrsg.), Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. La Suisse et la Seconde Guerre mondiale (Sonderausgabe von Vol. 47 [1997] 4 der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte) (Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz/Société Générale Suisse d'Histoire/Società Generale Svizzera di Storia), Basel 1997, S. 449–491, S. 462, 464.

⁵³ Ebd., S. 459; vgl. auch den Beitrag von Jakob Tanner, Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950, in: ebd., hier S. 492–519, hier S. 513.

⁵⁴ Vgl. Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hrsg.), Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven, Basel 1992.

⁵⁵ Vgl. Peter Hug, Schweizerische Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus.

mokraten (SPÖ) (1947–1966; 1987–2000). Die österreichische Zeitgeschichte weist der Schweiz ähnliche Charakteristika auf: Lange herrschte Konsens. Österreichs Zeitgeschichte stand und steht im „langen Schatten des Staates“⁵⁹ – daneben war und ist sie einer starken (Partei-)Politisierung ausgesetzt.⁶⁰ Tabus wurden nur berührt, wenn sie unausweichlich geworden waren.⁶¹ „Heiße“ Themen nahm man in Angriff, wenn es politisch opportun war. Dies lässt sich z. B. für die Debatte um Kurt Waldheim und die krude Diskussion über die „Lebenslüge“⁶² der Zweiten Republik (vor allem die „Opferthese“⁶³) sagen: Eine von der Bundesregierung 1987 beschlossene und dann eingesetzte Internationale Historikerkommission befand 1988 in einem einmaligen Akt der Weltgeschichte über die Kriegsvergangenheit eines amtierenden Staatsoberhauptes. Das Ergebnis: Kriegsverbrechen konnten dem ehemaligen UNO-Generalsekretär und Bundespräsidenten (1986–1992) nicht nachgewiesen werden, aber auf seine Mitwisserschaft wurde insistiert. Waldheim hatte im Wahlkampf 1986 selbst mit seiner Äußerung von der Pflichterfüllung in der Wehrmacht zur Erosion der offiziellen Selbstdarstellung des österreichischen „Opferstatus“ beigetragen und damit den Skandal erst ausgelöst.⁶⁴ Seine Aussage lenkte die Aufmerksamkeit der Forschung stärker auf Anpassung, Mitwirkung und Täterschaft von Österreichern im NS-System. Sie machte damit auch Versäumnisse und die Marginalisierung des Widerstands deutlich. Der 1995 geschaffene „Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus“ war eine reichlich verspätete Geste gegen-

über den Überlebenden des Terrorregimes und zeigte auf, wie schwer sich Österreich bis dahin mit der selbstkritischen Aufarbeitung seiner Vergangenheit getan hatte.⁶⁵

Tabu-Themen reichten in Österreichs Zeitgeschichte weiter zurück als in der deutschen. Es fällt auf, dass erste Analysen zu Themen wie Antisemitismus, Heimwehren und Faschismus oder „Heimatfront“ in Österreich von britisch-amerikanischen Historikern (Peter G. Pulzer, Bruce F. Pauley, Francis L. Carsten, Radomir Luža, Evan Burr Bukey) stammten, bevor die heimischen Kollegen sich trauten. Eine Biographie des gebürtigen Österreicherers Adolf Hitler seitens der österreichischen Zeitgeschichte ist nicht zu nennen, was auf die anhaltende „Externalisierung“ des NS-Täter-Komplexes (Adolf Eichmann, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart etc.) verweist und sich erst sehr spät ändern sollte.⁶⁶ Allein die Bestsellerautorin Brigitte Hamann widmete sich den prägenden Jahren des späteren Diktators in Wien,⁶⁷ während Evan Burr Bukey über „Hitlers Österreich“ publizierte.⁶⁸

Eine durch staatlichen Beschluss vom 29. September 1998 eingesetzte Historikerkommission mit einer größeren Zahl von Mitarbeitern⁶⁹ forschte seither gezielt über Arisierungen, Banken, Lebensversicherungen und Firmen in der NS-Zeit, über den Vermögensentzug, Übernahmen von NS-Enteignungen nach 1945 wie auch über verzögerte bzw. verhinderte Entschädigungen sowie über die Zwangsarbeiter und deren Entschädigung.⁷⁰ Mit

59 Das Standardwerk mit diesem Titel stammt von Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994.

60 Vgl. Ernst Hanisch, *Die Dominanz des Staates. Österreichische Zeitgeschichte im Drehkreuz von Politik und Wissenschaft*, in: *Zeitgeschichte als europäische Geschichte*, Sonderheft von *Geschichte und Gesellschaft* (i. E.).

61 Vgl. Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hrsg.), *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, Wien 1987; kritisch: Thomas Angerer, *An Incomplete Discipline: Austrian Zeitgeschichte and Recent History*, in: *Contemporary Austrian Studies*, 3 (1994), S. 207–251.

62 Vgl. Felix Butschek, *Österreichs Lebenslügen – oder wie wissenschaftlich ist Geschichtsschreibung?*, in: *Europäische Rundschau*, 24 (1996) 1, S. 17–27; darauf antwortete u. a. Gerhard Botz, *Lebenslüge – das stimulierende Prinzip ... Eine Auseinandersetzung mit neuen Verfechtern der österreichischen „Opferthese“*, in: ebd., S. 29–45.

63 Umsichtig dazu Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955*, Wien – Köln – Graz 1998⁴, S. 23–27.

64 Vgl. Michael Gehler, „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“ *Die Waldheim-Affäre 1986–1992*, in: ders./Hubert Sickinger (Hrsg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur – Wien – München 1996²*, S. 614–678, hier S. 617 ff., S. 647 ff.

65 Vgl. Helmut Wohnout, *Eine „Geste“ gegenüber den Opfern? Der Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus und der schwierige Umgang Österreichs mit den Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung*, in: Thomas Angerer/Birgitta Bader-Zaar/Margarete Grandner (Hrsg.), *Geschichte und Recht. Festschrift für Gerald Stourzh zum 70. Geburtstag*, Wien – Köln – Weimar 1999, S. 247–278.

66 Vgl. Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien – Zürich 1993; ders., *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt/M. 1995.

67 Vgl. Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München – Zürich 1996³.

68 Vgl. Evan Burr Bukey, *Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“*, Hamburg 2001.

69 Vgl. Gertraud Diendorfer/Heidrun Schulze/Gudrun Wolfgruber, *Wieder gut machen? Enteignung, Zwangsarbeit, Entschädigung, Restitution. Österreich 1938–1945/1945–1999*, Innsbruck – Wien 1999; Oliver Rathkolb, *Die späte Wahrheitssuche. Historikerkommissionen in Europa*, in: Fritz W. Kramer/Alf Lüdtke/Edith Saurer (Hrsg.), *Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag*, Köln – Weimar – Wien 2001, S. 445–453, hier S. 449–451.

70 Vgl. Peter Böhmer, *Wer konnte, griff zu. „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945–1949)*, Wien – Köln – Weimar 1999; Dieter Stiefel, *Die österreichischen Lebensversicherungen und die NS-Zeit. Wirtschaftliche Entwicklung. Politischer Einfluss. Jüdische Polizisten*, Wien – Köln – Weimar 2001; Oliver Rathkolb (Hrsg.), *NS-Zwangsarbeit am Standort Linz der Reichswerke Her-*

größeren dokumentarischen Publikationen ist zu rechnen. Die im Kontext der im Februar 2000 eingeleiteten EU-14 Staaten-Sanktionen unter massiven internationalen Druck geratene ÖVP-FPÖ-Regierung machte dann ab 2001/2002 mit der materiellen Entschädigung für arisierte Vermögen, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter Ernst – ein Anliegen, welches die Große Koalition lange verschleppt hatte.⁷¹

Die Öffentlichkeit bewegende Debatten wie in der Bundesrepublik die „Fischer-Kontroverse“ oder der „Historikerstreit“⁷² fehlen allerdings nach wie vor.⁷³ Gegenwartsbezüge sind Österreichs Zeitgeschichte fremd, auch internationale Perspektiven gehören nicht zu ihrer Präferenz. Arbeiten zu den siebziger, achtziger und neunziger Jahren sind kaum vorhanden. Die europäische Dimension fehlte bis in die neunziger Jahre fast völlig. Trotz der mit dem EU-Beitritt verbundenen Öffnung des Landes ist österreichische Zeitgeschichte weiterhin fast nichts anderes als Zeitgeschichte Österreichs. Dieses hier besonders stark ausgeprägte Phänomen ist allerdings kein Austrospezifikum.

6. Exkurs: Deutsche Wendungen nach innen

In Deutschland verhält es sich kaum anders.⁷⁴ Internationale Geschichte hat dort nach wie vor einen schweren Stand.⁷⁵ Hochkarätige Arbeiten zu Außenpolitik und internationalen Beziehungen

mann Göring AG Berlin, 1938–1943, Bd. 1: Zwangs- und Sklavenarbeiterinnen in den Linzer Werken der Hermann Göring AG Berlin, Bd. 2: Karl Fallend (Hrsg.), (Auto-)Biographische Einsichten, Wien – Köln – Weimar 2001.

71 Vgl. Günter Bischof, „Watschenmann der europäischen Erinnerung“? Internationales Image und Vergangenheitspolitik der Schlüssel/Riess-Passer ÖVP/FPÖ Koalitionsregierung, in: Michael Gehler/Anton Pelinka/Günter Bischof (Hrsg.), Österreich in der Europäischen Union (i. E.).

72 Vgl. M. Peter/H. J. Schröder (Anm. 7), S. 68–97.

73 Zu internen Streitfragen vgl. Ernst Hanisch, Der forschende Bick. Österreich im 20. Jahrhundert. Interpretationen und Kontroversen, in: Carinthia I 189 (1999), S. 567–583.

74 Vgl. Eckart Conze, Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg Baberowski/ders./Philipp Gassert/Martin Sabrow, Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart – München 2001, S. 43–65; vgl. auch die Besprechung des Bandes von Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000 von Wolfram Kaiser, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 49 (2001) 5, S. 454–456.

75 Die zuletzt wachsende Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ von Wilfried Loth, Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel will dieses Defizit beseitigen. Vgl. ferner Hans Schauer, Europäische Identität und demokratische Tradition. Zum Staatsverständnis in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, München 1996.

sind selten.⁷⁶ Spätestens aber mit dem Ende des Kalten Krieges und der alten Grabenkämpfe zwischen „Diplomatie-“ und „Gesellschaftsgeschichte“ ist die Politik(geschichte) wieder zurückgekehrt. Damit beschäftigen sich nun auch ihre traditionellen Kritiker.⁷⁷ Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Rolle Michail Gorbatschows sind allein gesellschaftsgeschichtlich kaum erklärbar. Aber auch die (moderne) Politikgeschichte kann bisher nicht für sich reklamieren, eine umfassende und überzeugende Interpretation für diesen einmalig schnellen Zerfallsprozess eines Großreichs geleistet zu haben.

In Deutschland wirkt das Zweistaatlichkeits-Paradigma bzw. das Teilungssyndrom weiter nach: Der lange Schatten des westlichen Frontstaats als zentraler Akteur im Kalten Krieg ist immer noch lebendig. Deutsche Zeitgeschichte, jedenfalls die institutionalisierte, ist überwiegend Gesichtsschreibung aus west(staat)licher Perspektive mit einem impliziten Alleinvertretungsanspruch: eine Art Hallstein-Doktrin-Zeitgeschichte, mit der Bundesrepublik als dem „guten“, „besseren“ und „wahren“ und der DDR als dem lange non-existenten, dann „bösen“, „schlechteren“ und „unwahren“ Deutschland. Spätestens 1989/1990 wurde allen, die von der Bundesrepublik wie selbstverständlich als „Deutschland“ sprachen, bewusst, dass es die DDR auch noch gab – mit all ihren Schattenseiten. Das führte in der Forschung zu einer noch stärkeren Wendung nach innen und erschwerte ihre Öffnung für Perspektiven nach außen.⁷⁸

Ob mit „Westernisierung“ für eine mehr internationalisierte und globalisierte deutsche Zeitgeschichte als „master narrative“⁷⁹ eine befriedigende Lösung gefunden werden kann, erscheint fraglich, zumal die Veröstlichung (oder Russifizierung) der ehemaligen DDR ebenso mit überlegt werden müsste, wenn nicht der (neue oder gar alte) bundesrepublikanische Raster einfach auf den historischen Raum der fünf neuen Bundesländer übergestülpt werden soll. Deutsche Zeitgeschichte nach 1990 kann schwerlich die fortgesetzte Festschreibung einer („westernisierten“) Teil-Geschichte Deutschlands sein. Internationalisierung und Globalisierung als rein westliche Phänomene zu begreifen, bleibt außerdem einseitig und entspricht nicht einer synthetisierenden und

76 Vgl. Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995.

77 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Politik in der Geschichte, München 1998.

78 Ohne (selbst)kritische Bewertung und Reflexion: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999.

79 E. Conze (Anm. 74), S. 51–54.

integrierenden Zeitgeschichte. Vor neuer Ideologie-Produktion wurde bereits gewarnt⁸⁰ wie auch selbst von Vertretern des Konzepts „Westernisierung“ (ein Unwort, das viel über seine Herkunft verrät) gefragt wird, ob die Berliner Republik eine „sinnstiftende Meistererzählung“ brauche.⁸¹

V. Zwischenbilanz

Fünfzehn Thesen lassen sich formulieren:

1. Was Zeitgeschichte bedeutet, ist nicht immer klar; sie steht jedenfalls nach wie vor im Schatten nationaler Paradigmen. Thematisch ist eine tendenzielle Rückzugsbewegung nationaler Aspekte festzustellen. Dieser erkennbare Trend ist aber nicht besonders stark; das Nationalstaatliche als Bezugspunkt dominiert weiter.
2. Parallel dazu ist eine partielle Hinwendung zu europäischen und transnationalen Themen bemerkbar. Mit der Multiplikation der Fragestellungen bis zur Beliebigkeit und Unüberschaubarkeit geht allerdings auch fehlender Mut zu zusammenfassenden Thesen einher.
3. Die überwiegend national konstituierten – vielfach staatlich institutionalisierten – Zeitgeschichten nehmen sich wechselseitig nur wenig wahr. Ein System „kommunizierender Röhren“ muss sich erst noch herausbilden, wobei die neuen Informationsmedien längst Voraussetzungen dafür bieten.
4. Der Bezug zu nationalen Debatten ist eng; Zeitgeschichte ist häufig Reflex auf politische Diskurs-Konjunkturen in den jeweiligen Staaten. Die Forschung meldet sich dabei häufiger als früher in den Medien zu Wort und bezieht auch mehr Position.
5. Identitäten gerade von jungen oder „verspäteten“ Nationen (Deutschland, Italien, Österreich) hängen auch vom Intensitätsgrad öffentlicher Debatten über Zeitgeschichte ab. Dies hat auch Wirkungen auf andere Geschichtsdisciplinen.
6. Die vormalig neutralen Kleinstaaten, aber auch die NATO-Länder Frankreich und Italien, haben sich erst in den letzten 15 Jahren nationalen Geschichtsmythen zugewendet. Auch der Kalte Krieg hatte vieles zu Tabuthemen gemacht, die jetzt wieder „entdeckt“ werden.

80 Vgl. Philipp Gassert, Die Bundesrepublik, Europa und der Westen. Zu Verwestlichung, Demokratisierung und einigen komparatistischen Defiziten der zeithistorischen Forschung, in: J. Baberowski u. a. (Anm. 74), S. 67–89.

81 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Eine politische Nationalgeschichte für die Berliner Republik. Überlegungen zu Heinrich August Winklers „Der lange Weg nach Westen“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001) 3, S. 446–462.

7. Die Beschäftigung mit strittigen Themen wie dem Sinn und Wert der Neutralität,⁸² staatlicher oder individueller Kollaboration mit dem Nationalsozialismus und der Ambivalenz des Verhaltens (Täter-Opfer-Debatte, Anpassung, Opposition, Resistenz und Widerstand) in der NS-Diktatur und den von ihr besetzten Ländern sowie dem Umgang mit Holocaust und Nationalsozialismus nach 1945 haben ländervergleichende Studien, die Komparatistik,⁸³ nicht unbedingt gefördert, sondern vielfach zur Festschreibung nationaler Engführungen beigetragen und die Europäisierung der Zeitgeschichte mitunter sogar blockiert.

8. Mit der Entmythologisierung nationaler Geschichtssikonen (Antifaschismus, Résistance, Opferthesen, Neutralität etc.) ging in einigen Ländern – nicht unbedingt in Deutschland – eine sinkende Neigung zum Moralisieren und eine deutlichere Hinwendung zur Historisierung einher. Im Unterschied zum beispiellos untersuchten „Dritten Reich“ gibt es zu anderen europäischen autoritären Regimen und Diktaturen noch erhebliche Rückstände in der Forschung.

9. Die Angst vor nachlassender Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus oder einer Relativierung des NS-Regimes führte nicht nur zur Fixierung, sondern teilweise auch zur Paralyse der Zeitgeschichte – eine Gefahr, die hinsichtlich ihrer negativen Wirkungen ernster genommen werden sollte als die Sorge, dass die Schatten der NS-Verbrechen verblassen könnten.⁸⁴ Diese „Gefahr“ ist aufgrund der medialen Dauerthematization und der Präsenz des Holocausts im kollektiven Gedächtnis Europas relativ gering.

10. Eine ausschließlich oder überwiegend mit dem Nationalsozialismus befasste Zeitgeschichte bleibt nicht nur rückwärtsgewandt, sondern auch rückständig; eine gegenwartsorientierte Zeitgeschichte kann an den genannten neuen Herausforderungen nicht vorbei. Diese müsste sich z. B. extremistischen Bewegungen nach 1945 oder dem Rechtspopulismus in seiner europäischen Dimension widmen und damit dieses Feld nicht allein der Politikwissenschaft überlassen.

11. Die italienische und französische Zeitgeschichte weisen keinen signifikant höheren Internationalisierungsgrad auf als die österreichische

82 Vgl. u. a. Klaus Hildebrand, Prinzip Ununiversalität. Neutralität – einst und jetzt, in: *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. 9. 2002, S. 8.

83 Eine Ausnahme: R. Steininger/I. Böhler (Anm. 48); im Vergleichen schon unbefangener und ungezwungener: Norbert Frei/Volkhard Knigge (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002.

84 So z. T. T. Angerer (Anm. 3), S. 130 f.

und schweizerische, wie überhaupt die jeweilige nationale Zeitgeschichte stärker mit sich selbst beschäftigt und „nach innen“ ausgerichtet ist. Bedingt durch ihren Status als Kolonialmächte gibt es in Frankreich und Italien allerdings mehr Bezüge nach außen, so z. B. zur (nord-)afrikanischen Region, im Falle der französischen Geschichtsschreibung auch zur asiatischen Welt (z. B. Indochina).

12. Großbritannien hingegen bietet als historische Weltmacht ein weites Feld globaler Beziehungen und Politik. Naturgemäß ist die britische *contemporary history* wie selbstverständlich mit den imperialen Mächten, den internationalen und globalen Beziehungen sowie weltwirtschaftlichen Konstellationen und damit auch mit vergleichenden Perspektiven⁸⁵ mehr konfrontiert als andere, auf territorialstaatliche Nationen fixierte Zeitgeschichten. Zuletzt gab es auch eine stärkere Hinwendung nach Europa.

13. Eine Europäisierung der europäischen Zeitgeschichten ist bisher weder inhaltlich-thematisch im Sinne des Vergleichs noch theoretisch-methodisch im Sinne einer *Europäistik*⁸⁶ auf breiter Ebene gelungen. Sie ist zwar in Herausbildung begriffen, wird aber von der Mehrheit der Forscher noch nicht praktiziert. Es überwiegen nationale Perspektiven auf und Zugänge nach Europa.

14. Auf politikgeschichtlicher Ebene gibt es zwar additive, aber wenig gesamtgeschichtlich-integrierende Ansätze. Wenn man so will, herrscht eine Art Intergouvernementalisierung der europäischen Zeitgeschichtsschreibung vor, die von vergemeinschafteter, d. h. einer Supranationalität der Zeithistoriographie noch weit entfernt ist. Die Dinge sind allerdings in Bewegung geraten, und neue Trends brechen sich Bahn, was ein Ergebnis des Vordrängens jüngerer Generationen ist.

15. In Europas nationalen Zeitgeschichten wirken die Folgen einer anhaltenden doppelten Nationalisierung nach: Sie sind sowohl inhaltlich (Themen) als auch arbeitsorganisatorisch (Netzwerke, Theorien und Methoden) deutlich mehr national fokussiert als europäisch ausgerichtet. Größere Befreiungsschläge wären hier wünschenswert – dies nicht zuletzt im Hinblick auf die angestrebte zusätzliche europäische Identität.

85 Vgl. Mark Harrison (Hrsg.), *The Economics of World War II. Six Great Powers in International Comparison*, Cambridge 2000; David Reynolds, *One world divisible*, London – New York 2000.

86 Vgl. Wolfgang Schmale, Die Komponenten der historischen Europäistik, in: Gerald Stourzh (Hrsg.), *Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien 2002, S. 119–139.

VI. Europäisierung und Globalisierung als Chancen für Zeitgeschichte

Dieser Beitrag plädiert darüber hinaus für eine Öffnung der bisherigen eher kleineuropäischen Perspektive, dies zumal im Hinblick auf die *late-comer* im Kontext der Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaften.⁸⁷ Dabei ist nicht nur an eine „alte“ Geschichtsschreibung von Staaten in ihrem Verhältnis zur Integration gedacht, sondern an eine vergleichende transnationale Gesellschafts-, Identitäts- und Öffentlichkeitsgeschichte, die für Teile Westeuropas ja bereits vorhanden ist, samt ihrer Verbindung mit moderner Diplomatie-, Politik- und Wirtschaftshistoriographie.⁸⁸

Das Postulat einer „integrativen Zeitgeschichte“ (Wolfram Kaiser)⁸⁹ kann nur eingelöst werden, wenn sie differenziert, d. h. von einem umfassenden Ansatz, einem breiten integrationspolitischen und gesellschaftsgeschichtlichen Begriffsinstrumentarium ausgeht und dieses sowohl *zeitlich* in die Entwicklung des 20. Jahrhunderts einbettet, als auch *räumlich* diversifiziert. „Integrative Zeitgeschichte“ schließt exklusives Denken aus. Sie setzt neben einer nuancierender Beurteilung von „Abwechslern“ und Sonderfällen eine umfassende geographische Betrachtung voraus.⁹⁰ Eine Geschichtsschreibung der Integration wird Mittel- und Osteuropa nicht erst einbeziehen können, wenn es der „Union“ angehört, sondern muss schon die Beziehungen zum „Binnenmarkt“

87 Vgl. Michael Gehler, *Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich*, Bonn 2001; wegweisend: Thomas Angerer, *Exklusivität und Selbstausschließung. Integrationsgeschichtliche Überlegungen zur Erweiterungsfrage am Beispiel Frankreichs und Österreichs*, in: *Revue d'Europe Centrale*, 6 (1998) 1, S. 25–54, sowie die Tätigkeit der Sektion Geschichtswissenschaft in: Rosita Rindler-Schjerve (Hrsg.), *Europäische Integration und Erweiterung. Eine Herausforderung für die Wissenschaften*, Napoli 2001, S. 61–115.

88 Vgl. Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987; ders./Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. – New York 2002; Jürgen Osterhammel, *Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001) 3, S. 464–479; H. Schauer (Anm. 75).

89 Vgl. Wolfram Kaiser, *Globalisierung und Geschichte. Einige methodische Überlegungen zur Zeitgeschichtsschreibung der internationalen Beziehungen*, in: Guido Müller (Hrsg.), *Deutschland und der Westen. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1998, S. 31–48, bes. S. 37, 40, 47.

90 Vgl. Thorsten B. Olesen, *Choosing or Refuting Europe? The Nordic Countries and European Integration, 1945–2000*, in: *Scandinavian Journal of History*, 25 (2000) 1–2, S. 147–168.

(„Europa-Abkommen“, Assoziierungsverträge), aber auch das Verhältnis der Staaten untereinander (COMECON und Visegrád) sowie deren EG-Perzeptionen vor 1989 berücksichtigen. Kooperationen mit Historikern aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn etc. werden notwendiger.

Eine europäisierte Geschichtsschreibung kann nicht nur über Verbindendes, sondern muss auch über Trennendes berichten. Es kann nicht nur um „Integration“ gehen; „Desintegration“ war im 20. Jahrhundert mindestens ebenso bedeutsam, wenn nicht geschichtsmächtiger. Es sind ferner Tendenzen erkennbar, bei der Darstellung des Integrationsprozesses supranationale Elemente zurückzudrängen. Die liberal-intergouvernementale Interpretation als Erklärung für die Motive der Integration erlebt z. B. durch Andrew S. Moravcsik⁹¹ eine Renaissance, ausgehend von der These staatlicher Interessenpolitik mit zweckrationalem Handlungskalkül.⁹² Trotz „Binnenmarkt“, einheitlicherem Rechtsraum und der weitgehend realisierten Währungsunion, trotz Konvergenz- und Homogenitätsstreben bei gleichzeitiger Denationalisierung sind parallele Tendenzen zur Renationalisierung in Europa unübersehbar. Für eine stärkere Würdigung des neorealistischen Ansatzes mit einer „liberal-intergouvernementalistischen Synthese“⁹³ sprechen nicht nur die Schwierigkeiten mit der anstehenden EU-Erweiterung.

In einem ähnlich dialektischen Verhältnis stehen Tendenzen der Nationalisierung und die Globalisierung zueinander.⁹⁴ Die lange schon zunehmende Globalisierung beeinflusst Zeitgeschichte bereits; die Problematisierung ihrer festgelegten Positionen hat eingesetzt, die Öffnung verengter Blickwinkel beginnt, nationalstaatliche Positionen werden immer mehr obsolet, und selbst die Relativierung begonnener eurozentrierter Perspektiven zeichnet sich ab. Europäisierung ist nur eine Übergangsform bzw. Zwischenstufe zur Globalisierung. Nationalzentrierte Zeitgeschichte wird weiter möglich sein im Zeichen einer europäisierten und

globalisierten Welt, aber das Wissen um internationale Trends und spezifische Globalisierungseffekte ermöglicht, ja erfordert erweiterte Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten auch für die nationale und regionale Geschichtsschreibung.

Ein neues Bewusstsein für die verschiedenen Ebenen im historischen Prozess und ihrer Darstellung beginnt sich zu entwickeln. Neben territorialen Räumen sind traditionell wie innovatorisch historische, geographische, ethnische, mentale und kulturelle Räume intensiver wahrzunehmen. Da sich die Globalisierung primär im Welthandel, auf den Finanz- und Kapitalmärkten sowie in den Kommunikationstechnologien abspielt, ist eine Um- und Neuorientierung der Forschungspraxis hinsichtlich entsprechender Wissenskategorien erforderlich. Teamarbeit ist die logische Folge; die Verknüpfung mit unkonventionellen Ansätzen ist zu leisten.

Der Staat bleibt vorerst Reverenzpunkt zeitgeschichtlicher Forschung; seine Verfassungsgewalt in der *longue durée* ist wirkungsmächtig.⁹⁵ Aber es ist hier wieder auf Hans Rothfels und seine Auffassung zurückzukommen, wonach nationale Zeitgeschichte nur aus der „universalen Konstellation“⁹⁶ heraus begriffen werden könne. Der Beitrag endet daher mit dem Plädoyer für eine interdependente Zeitgeschichte, die regionale, nationale, internationale, europäische und globale Ebenen einzuschließen versucht.⁹⁷ Einen Teilbereich herauszugreifen oder nur noch „Weltgeschichte“ betreiben zu wollen wäre Ausdruck einer neuen Einseitigkeit, denn es gilt, die vielfältigen wechselseitigen Einflussnahmen und Abhängigkeiten zwischen Regionen, Staaten und Nationen, internationalen Arenen, Europa und der Welt zu erfassen. Der breite Sockel regionaler und nationaler Geschichte bleibt unverzichtbar, um die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse zu untersuchen und besser zu verstehen. Nicht nur Verbindendes und Integrierendes, sondern auch Gegenläufiges und Widersprüchliches ist im Auge zu behalten. Europäisierung und Globalisierung schließen sowohl desintegrative wie integrative Elemente ein.

91 Vgl. Andrew S. Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose & State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998, London 1999.

92 Vgl. Wolfgang Merkel, *Die Europäische Integration und das Elend der Theorie*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25 (1999) 2, S. 302–338, hier S. 304–310; Ben Rosamond, *Theories of European Integration*, Basingstoke–New York 2000; Wilfried Loth/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001.

93 Vgl. W. Merkel, ebd., S. 310–315.

94 Vgl. M. Gehler (Anm. 8), S. 109–145.

95 Vgl. Wolfgang Reinhard, *Geschichte als Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 2000².

96 H. Rothfels (Anm. 3), S. 4.

97 Vgl. auch Eric Hobsbawm, *The Historian between the Quest for the Universal and the Quest for Identity*, in: François Bedarida (Hrsg.), *The Social Responsibility of the Historian*, Oxford 1994, S. 63.

Zur Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert

I. Das 20. Jahrhundert als das globale Jahrhundert der Diktaturen

Das 20. Jahrhundert lässt sich auch als Versuch deuten, weltweit mit diktatorischen Mitteln neue Gesellschaften zu schaffen. Entscheidend ist es ferner geprägt worden durch zwei Weltkriege, durch Verfolgungen, durch Völkermord und durch Vertreibungen, die Ausdruck des Willens zahlreicher Staaten zur ‚ethnischen Flurbereinigung‘ und Landnahme waren. Herausgefordert wurden durch Diktaturen und autoritäre Regime politische Zivilisationen, die sich zu den Prinzipien des Rechtsstaates, der Gewaltenteilung und zu den Grundrechten bekannten. Gegner der Diktaturen waren Verfassungsstaaten, die sich zu den Prinzipien der Menschenrechte bekannten und über eine funktionierende öffentliche Meinung verfügten, in der auch über Missstände aufgeklärt wurde. In der Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen und diktatorischen Systemen sollten sich, so war die Hoffnung, Maßstäbe politischer Gesittung entwickeln.

Vor allem Europa wurde mit zwei ganz unterschiedlichen Typen antizivilgesellschaftlicher Systeme konfrontiert: dem leninistisch-stalinistischen und dem nationalsozialistischen. Beide blieben immer aufeinander bezogen und verstanden sich entweder als antimarxistisch und antibolschewistisch oder als antifaschistisch. Zugleich aber legiti­mierten sie sich jeweils durch einen gemeinsamen Gegner: den freiheitlichen Verfassungsstaat. Dies hatten die Vereinigten Staaten erkannt, als sie unmittelbar nach dem Ausbruch der Russischen Revolution militärisch zu intervenieren versuchten; und auch für Winston Churchill war die Eindämmung der sowjetischen Expansionsbestrebungen bereits während des Krieges gegen Hitler, der nur mit Unterstützung durch die Rote Armee gewonnen werden konnte, unbestreitbar wichtig.

Churchill hatte in den politischen Auseinandersetzungen um die britische Appeasement-Politik eine Grundhaltung entwickelt, die darauf abzielte, die Diktaturen Europas zu schwächen. Im Unterschied zum britischen Premierminister Chamberlain war für den späteren britischen Kriegspremier

niemals zweifelhaft, dass weder Hitler noch Mussolini ein Partner bei der Festigung europäischer Sicherheit sein konnten. Das Abkommen, mit dem Stalin und Hitler im August 1939 die Welt überraschten und die Teilung Europas einleiteten, bereitete die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Demokratien vor, die allerdings nur gegen die braune und nicht zugleich gegen die rote Diktatur gerichtet war.

Churchill meinte denn auch nur Deutschland, wenn er den Krieg proklamierte „gegen eine ungeheuerliche Tyrannei, die in dem finsternen, trübseligen Katalog des menschlichen Verbrechens unübertroffen bleibt“. Und später in der Atlantik-Charta bekannten sich der amerikanische Präsident Roosevelt und Churchill nach der „endgültigen Vernichtung der Nazityrannei“ zu einem „Frieden, der allen Nationen die Möglichkeit bietet, innerhalb der eigenen Grenzen sicher zu leben, und der allen Menschen die Sicherheit gibt, in ihren Ländern frei von Not und Furcht zu leben“, ohne damit zugleich die Sowjetunion anzusprechen, die von ihnen unterstützt wurde. Das Ziel, Hitlers Diktatur mit Hilfe Stalins Diktatur zu zerstören, erschien wie der Versuch, den Teufel mit Beelzebub zu vertreiben. Es war daher nicht nur eine Folge des beginnenden Ost-West-Konflikts, wenn diese seltsame Gemeinsamkeit rasch nach dem Ende des Krieges gegen Deutschland und Japan zerbrach und in den Weltkonflikt mündete, der bald als „Kalter Krieg“ bezeichnet wurde. Allerdings wurde noch lange Zeit – dies z. T. bis heute – die Wahrnehmung des kommunistischen Totalitarismus, die kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Diktatur, durch jene frühere Kooperation des Westens mit ihr behindert.

Im Zuge der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Ost und West bildeten sich Blöcke heraus, für deren Bildung die Unterscheidung in Demokratien und Diktaturen zunehmend unwichtiger wurde. Obwohl sich die westlichen Gesellschaften zu den Prinzipien des antitotalitären, freiheitlichen Verfassungsstaates bekannten, bot die Blockbildung mit ihren peripheren militärischen Konfrontationen diktatorisch organisierten oder autoritären Regimen die Möglichkeit, unabhängig von ihrer inneren Verfassung zu politischen Bündnis-

partnern des Westens zu werden. Selbst Diktatoren, die wie Salazar in Portugal oder Franco in Spanien vor 1945 ideologisch mit den Achsenmächten sympathisiert hatten, wurden als wichtige Außenposten des westlichen Sicherheitssystems umworben; man brauchte ihr Entgegenkommen, um Militärbasen anzulegen. Als 1967 in Griechenland eine Militärdiktatur errichtet wurde, wurde auch hier der Verfassungsbruch und die Zerstörung der Grundrechte weitgehend akzeptiert.

Besonders deutlich zeigte sich zumal in Zeiten des Ost-West-Konflikts diese westliche Indifferenz gegenüber den Diktaturen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Während ein Kennzeichen südamerikanischer Diktatoren ihr Bekenntnis zum Bündnis mit dem Westen war und sie auf eine enge militärische und wirtschaftliche Verflechtung mit den USA und auch der Europäischen Gemeinschaft achteten, wurden afrikanische Diktatoren im Zuge westlicher Entwicklungspolitik in der Hoffnung unterstützt, diese würden ihre Gesellschaften mit halbdemokratischen oder selbst diktatorischen Methoden politisch, kulturell und wirtschaftlich voranbringen. Man wollte in den Führungsschichten Modernisierungseliten sehen, die ihre Gesellschaften auf den Entwicklungspfad der „Westernization“ brachten. Dies erwies sich in dem Augenblick als Irrtum, als sich der globale Ost-West-Konflikt in die „Dritte Welt“ verlagerte und sich die dortigen Führungsgruppen zwischen einer engeren Anlehnung an die Sowjetunion oder an westliche Staaten entscheiden konnten. Nicht selten stärkten sie ihre Positionen durch eine Betonung ihrer Optionsmöglichkeiten.

Entschieden abgelehnt wurden im Westen die diktatorischen Systeme des europäischen kommunistischen Machtbereichs – zumal als sich Vertreter der Sowjetmacht mit Unterstützung ihrer angeblich „volksdemokratisch“ legitimierten kommunistischen Parteigänger im Zuge der großen Aufstandsbewegungen wie 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn, schließlich 1968 in der Tschechoslowakei gewaltsam gegen Freiheitsbestrebungen wandten. Dies bedeutete nicht, dass die westlichen Staaten die kommunistischen Diktaturen nicht formell anerkannten. Sie hielten sich an das Prinzip der Nichteinmischung in die innenpolitischen Verhältnisse. Dieses Prinzip galt als wichtige Voraussetzung für die Sicherung des Status quo, der nur auf eine nicht gewaltsame Weise – durch Verträge, Kooperation und wirtschaftliche Vernetzung – verändert werden sollte. Politischer Wandel sollte das Ergebnis von Annäherung, nicht aber von einer zugespitzten Konfrontation sein.

Die Blockgrenzen waren in Mitteleuropa durch den „Eisernen Vorhang“ festgelegt, aber bereits

auf dem Balkan nicht klar definiert und weitgehend flexibel in der Dritten Welt, wo im Zuge der Entkolonialisierung eine Vielzahl neuer Staaten entstanden waren, die sich überwiegend als „blockfrei“ bezeichneten. Die Staaten Lateinamerikas orientierten sich an den USA, bekannten sich zu den Prinzipien des Kapitalismus und organisierten sich dabei oftmals als stabile Diktaturen, die Minderheiten und Menschenrechte missachteten. Die USA intervenierten immer wieder, wenn sich einzelne Staaten Lateinamerikas aus dieser engen Bindung zu ihnen lösten; sie unterstützten Gegenbewegungen, Putschs und schließlich sogar unverhüllt diktatorische Regime wie u. a. die Herrschaft des chilenischen Diktators Pinochet und des argentinischen Militärs.

Bestimmend für den Umgang westlich orientierter Gesellschaften mit den lateinamerikanischen Diktaturen war auch der Schock über die politischen Folgen des Siegs des kubanischen Revolutionärs Fidel Castro über den korrupten Herrscher Batista. In den westlichen Medien war sein jahrelanger Kampf durchaus mit Sympathie verfolgt worden. Batista galt als Gewaltherrscher und wurde als Belastung empfunden. Was aber Ende der fünfziger Jahre wie ein vertrauter Kampf um Führungspositionen in einem kleinen lateinamerikanischen Staat begonnen hatte, entwickelte sich Anfang der sechziger Jahre zu einem nationalen Befreiungskampf mit revolutionärem Anspruch und exemplarischer globaler Bedeutung. Denn überall regten sich zu dieser Zeit antikolonialistische Befreiungsbewegungen, die sich von der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft des Westens befreien wollten. Es waren Befreiungsbewegungen, die sich nicht mehr – wie noch in den fünfziger Jahren – an den Prinzipien eines gewaltlosen Befreiungskampfes orientierten. Diese hatte Mahatma Ghandi im Kampf gegen die britische Kolonialmacht propagiert und dabei westliche Rechtsvorstellungen beim Wort genommen.

Die neuen politischen Befreiungsbewegungen bekannten sich hingegen zur Anwendung von Gewalt im antikolonialen Kampf. Sie orientierten sich an den Zielen der von kommunistischer Seite unterstützten Befreiungsbewegungen und forderten schließlich sogar, den Befreiungskampf in die „Metropolen“ zu tragen. Ideologisch hatten sich diese antikolonialen Befreiungsbewegungen im Zuge der Entstehung innerkommunistischer Gegensätze – Titoismus, Maoismus, Trotzismus, Stalinismus und Kommunismus Moskauer Prägung seit der Abrechnung mit dem Stalinismus Mitte der fünfziger Jahre – in viele Richtungen differenziert, unter denen vor allem die Lehre Maos und die Praxis Castros Anhänger gewannen. Beide propagierten das Recht auf einen eigenen nationa-

len Weg zu Sozialismus und Kommunismus und widersetzten sich so der westlichen Modernisierungstheorie, die sich an den Verfassungszielen der liberalen Zivilgesellschaft orientierte und auf demokratische Entwicklung durch Bildung, Parteien, Verbände und gewählte Führungsschichten setzte.

Aber auch in der westlichen Perspektive traten „pragmatische“ Veränderungen ein: Wurden Diktatoren in den neuen unabhängigen Staaten der „Dritten Welt“ von den Regierungen der ehemaligen westlichen Kolonialmächte als Garanten ihrer wirtschaftlichen Interessen empfunden, so konnten sie mit finanzieller, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung rechnen. Dies galt vor allem dann, wenn die neuen Herrscher versprachen, die weitere Machtausdehnung von marxistischen Befreiungsbewegungen abzublocken. Die Abwehr des Westens gegen die kommunistische Expansion verlagerte sich so zunehmend in Kriege, die an den Peripherien der Blöcke entstanden, wurden aber – schlimmer noch – dort auch als Bürgerkriege ausgetragen.

II. Diktatur und Demokratie – eine Grundfrage politischer Bewertung

So schien sich die politisch-moralische Relativierung fortzusetzen, die schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Auseinandersetzung zwischen Diktaturen und Demokratien geprägt hatte. Vor allem Oppositionsbewegungen in Ost- und Mitteleuropa beschworen die „westlichen“ Grund- und Menschenrechte, um sich dem totalitären weltanschaulichen Führungsanspruch sozialistischer Systeme entgegenzustellen, blieben aber wegen des Nichteinmischungsgebotes auf sich gestellt und wurden bestenfalls moralisch durch nichtstaatliche Hilfsorganisationen unterstützt. Zugleich diskreditierten sich westliche Gesellschaften durch ihre Tolerierung „westlicher Diktaturen“. Kennzeichen der historischen und politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert ist also das Nebeneinander diktatorischer bzw. totalitärer und verfassungsstaatlicher Systeme, die sich zu völlig entgegengesetzten Wertvorstellungen bekannten. Zugleich aber ist die Auseinandersetzung zwischen konträren politischen Ordnungsvorstellungen ein Grundzug gesellschaftlicher und kultureller Pluralität in Demokratien, der nicht zuletzt die öffentlichen Debatten und die politisch-pädagogischen Aktivitäten in den Verfassungsstaaten des Westens geprägt hat. Dabei wirkten sich vor allem die Erfahrungen der Deutschen aus, die mit einer zweifachen Diktaturgeschichte konfrontiert

waren. Hier waren die Voraussetzungen, aber auch die Folgen diktatorischer Herrschaft besonders spürbar.

Diktatorische Systeme entwickelten nicht nur Weltherrschaftspläne, die sich nach außen richteten, sondern sie erstreckten einen denkbar weitgehenden Willen zum Umbau der gesamten sozialen Strukturen auf die eigene Gesellschaft und forderten gerade dadurch liberale Demokratien, die sich u. a. zu den Prinzipien der Selbstbestimmung, aber auch der freien Entfaltung der Persönlichkeit bekennen, heraus. Nach dem Untergang des NS-Staates brauchte das europäische Staatensystem viele Jahre, um wieder sein Gleichgewicht zu finden. Wesentlich schwieriger noch gestaltete sich die Bewältigung innenpolitischer Folgewirkungen diktatorischer Herrschaft, denn die durch Diktaturen und Krieg zerstörten Sozialstrukturen ließen sich nicht einfach wiederherstellen. Dies in Mittel- und Osteuropa umso weniger, als die sowjetische Herrschaft sich hier nach dem Ende des NS-Staates über viele Jahrzehnte hinweg auf die im und nach dem Krieg dem sowjetischen Machtbereich einverleibten Länder erstreckte. In allen Diktaturen wurden soziale Strukturen zerstört, Eigentumsformen vernichtet, Menschen fremder Nationalität vertrieben, entrechtet und ausgerottet.

Bis heute haben wir die Folgen einer wie auch immer motivierten Ausgrenzung von Gruppen einer europäischen Gesellschaft zu tragen. Ideologische und politische Abgrenzungen der Siegermächte gegenüber den Besiegten steigerten sich nicht selten zur Ausgrenzung, die in millionenfache Vertreibung und gewaltsame Umsiedlung mündete. Wunden wurden geschlagen und zeitigten Folgen, die nur durch eine konsequent betriebene Versöhnungspolitik ansatzweise geheilt werden konnten. Jederzeit können diese Wunden wieder aufbrechen und ethnische und kulturelle Konflikte neu beleben, wie die jüngste Auseinandersetzung um die Beneš-Dekrete, die bis heute vertretene Rechtfertigung der Vertreibung und der Massenmorde an den Sudetendeutschen, verdeutlicht.

Insgesamt zeigt sich also, dass nicht nur die Konfrontation zwischen Demokratien und Diktaturen ein Grundzug des 20. Jahrhunderts ist, sondern auch die Gleichgültigkeit, mit der gewaltsam verübtes Unrecht, die Verletzung von Grundrechten und die Ausübung unbegrenzter Macht von westlichen Demokratien hingenommen wurden. Dabei wirkten sich ideologische Rechtfertigungsmuster aus, die vor allem außen- und wirtschaftspolitischen Interessen entgegenkamen und dem Grundsatz der jeweiligen Nichteinmischung entsprachen. Das hätte sich mit dem Umbruch des Jahres 1989, der die Blockkonfrontation endgültig beendete,

ändern können. Ansätze zu einer stärker menschenrechtlich orientierten Bewertung von Diktaturen hatten sich bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten herausgebildet: Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Voraussetzungen wachsender Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa waren Menschenrechtskataloge als Kriterien zur Bewertung politischer Herrschaft entwickelt worden. Im Gefolge des KSZE-Prozesses hatten sich in Ostmitteleuropa Bürgerrechts- und Oppositionsbewegungen gebildet, die auf Unterstützung aus dem Westen hofften. In Polen hatte sich mit der *Solidarność* eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, in der Tschechoslowakei mit der *Charta 77* eine Bürgerrechtsbewegung gebildet, an denen sich Oppositionsgruppen in anderen sozialistischen Staaten orientierten. Auch in der UdSSR hatten sich Oppositionelle gemeldet und sich in die Tradition von Bürgerrechtlern wie Sacharow gestellt. Dieser hatte auch in der DDR Oppositionelle wie Robert Havemann und Wolfgang Biermann beeinflusst.

Die westlichen Regierungen hatten 1956 die Niederschlagung des ungarischen Aufstands ebenso hingenommen wie die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968. In der Reaktion auf das eigene Versagen, aber auch auf die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan hatten sich in den siebziger Jahren – stark befördert durch den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter – jedoch Konturen einer internationalen Menschenrechtspolitik herausgebildet, die zwar nicht das Prinzip der Nichteinmischung aufhoben, aber doch für eine intensivere öffentliche Beobachtung und Kritik rechtswidriger Übergriffe staatlicher Organe sorgten. Unmittelbar wirkten sich die neuen Maßstäbe einer Menschenrechtspolitik auf jene Diktaturen aus, die bis dahin im westlichen Einflussbereich gelegen hatten. Der Veränderungsdruck betraf die lateinamerikanischen Diktaturen, das südafrikanische Apartheid-Regime, auch südostasiatische Staaten, die unter dem Einfluss des Vietnam-Krieges zunächst wenig Anstrengungen zu ihrer Demokratisierung unternahmen mussten. Denn lange hatte man sie als Bollwerk gegen die kommunistische Expansion geschätzt, was seit dem Korea-Krieg von 1950 die Unterstützung diktatorischer Systeme durch westliche Regierungen rechtfertigte, wenn sie nur antikommunistisch orientiert waren. Durch die äußerst massiven Menschenrechtsverletzungen während der chinesischen „Kulturrevolution“ mit Millionen von Todesopfern wurden viele westliche Regierungen in dieser Haltung bestärkt. Sie unterstützten diktatorische Regime in Südkorea, in Thailand und Burma oder andere autoritäre Staaten der Region, weil sie der Ansicht waren, dass das westliche Verteidigungs-

system wie eine Kette von Dominosteinen in sich zusammenstürzen musste, wenn ein Stein fiel. Verbreitet war auch das Misstrauen gegenüber einer „Salamitaktik“, der zufolge kommunistische Regime ihre Einflussbereiche kontinuierlich ausdehnen würden.

In diesem Zusammenhang der politischen wie militärischen Verteidigung bzw. Sicherung demokratischer Werte machte sich ein merkwürdiges Phänomen bemerkbar. Bewerteten westliche Regierungen diktatorische Systeme – wie schon vor 1939 – nach ihren politischen Interessen, so differenzierten auch die Mitglieder von Protestgruppen, die sich gegen die Unterstützung westlich orientierter Diktaturen durch westliche Regierungen wandten, kommunistische Diktaturen keineswegs nach menschenrechtlichen, sondern vor allem nach ideologischen Gesichtspunkten. Sie erklärten stalinistische Systeme zu Erziehungsdiktaturen und verharmlosten Verfolgung und Unterstützung als bedauerliche, zugleich aber als „notwendige“ Begleitumstände gesellschaftlicher und politischer Entwicklung. So hielt sich die jeweilige Empörung gegenüber offensichtlicher massenhafter Gewaltanwendung in Grenzen, wenn sie denn überhaupt stattfand. Dies verdeutlicht, wie die Wahrnehmung und Beurteilung von Diktaturen – gleich welcher politischen Richtung – immer auch interessengeleitet ist.

Wenn sich die Geschichte des letzten Jahrhunderts in ihren prägenden, nachwirkenden Aspekten als die Konsequenz des Versuches deuten lässt, mit diktatorischen Mitteln neue Gesellschaften zu schaffen, dann ist es notwendig, Kriterien zu entwickeln, die den jeweils gewaltsam vorgenommenen Gesellschaftswandel kritisch bewerten. Alle Überlegungen zur „modernen Diktatur“ haben an die Feststellung anzuknüpfen, dass diese Diktaturen durch ihren umfassenden Anspruch auf das Recht zur gewaltsamen Veränderung der Gesellschaft nicht nur einen eigenen Staatstyp ausgebildet haben, sondern sie sich als Gegenbild zur liberaldemokratischen Gesellschaft verstanden, die wir heute vielfach als Zivilgesellschaft bezeichnen. Diktaturen fordern einerseits verfassungsstaatliche Demokratien heraus und gefährden, ja bekämpfen sie. Sie geben andererseits den Bürgern der verfassungsstaatlichen Gemeinwesen aber auch die Möglichkeit zu einer gegen sie gerichteten antitotalitären Selbstdefinition. Dies wirkt sich auch auf den Widerstand in den Diktaturen selbst aus, denn ihre Träger suchen immer den Kontakt zu den Vertretern verfassungsstaatlicher Systeme, orientieren sich an diesen und setzen sich so allerdings in besonderer Weise der Gefahr aus, als Instrument einer „fünften Kolonne“ verfolgt zu werden.

III. Diktatur und Widerstand

Dieser Hinweis soll die Tatsache in den Blick rücken, dass „moderne Diktaturen“ durch ihre Eingriffe in soziale Strukturen permanent die Voraussetzungen der in diesen Systemen lebenden Menschen für die Auseinandersetzung mit politischen oder religiösen Autokraten verändern, sodass sich die Bedingungen für Opposition und Widerstand verschlechtern: die strukturellen Voraussetzungen für Widerständigkeit und Selbstbehauptung, für Protest und Auflehnung. Mit der Dauer von Diktaturen werden die Bedingungen für die Widerständigkeit schwieriger, denn im Zeitablauf nimmt die Eigenständigkeit und Eigenwertigkeit resistenter Traditionen und Milieus ab, kommt es mit der Zerstörung sozialer Strukturen schließlich auch zur Veränderung von Handlungs- und Verhaltensbedingungen der widerständigen Individuen. Umso wichtiger ist es aber, dass antitotalitärer Widerstand Unterstützung von außen bekommt.

Diktatorisch legitimer Wandel ist immer sozialrevolutionär; er strebt nicht nach Anpassung und Reformen, sondern nach dem „Neuen“, das nur in der radikalen, geschichtsfeindlichen Absetzung gegen das Alte plausibel gemacht werden kann. Und er setzt sich willkürlich über das Grundrecht des Individuums auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit in Freiheit hinweg. Die von Diktatoren und ihren Apparaten gewaltsam durchgesetzte „Überwindung des Überkommenen“, des „Alten“ bedeutete zugleich immer, die Träger alter Strukturen, die Anhänger überkommener Vorstellungen sowie diejenigen Vertreter politischer Werte, die angeblich auf eine weit zurückliegende, „unmoderne“ Zeit verwiesen, an den Rand zu drängen, sie zu neutralisieren, zu marginalisieren oder gar zu eliminieren. Im Repräsentanten des sozialrevolutionär abgelehnten „Überkommenen“ wurde nicht mehr der politisch Andersdenkende gesehen, sondern der Vertreter eines feindlichen Prinzips, der „Gegenmensch“. Er war zu bekämpfen, indem man seine Wurzeln, seine Bindungen zerstörte. Diese Absicht wurde bereits in der politischen Terminologie der Endgültigkeit sichtbar: „Ausmerzungen“, „Endlösung“, „Ziel der Geschichte“. Wem klänge nicht in den Ohren, dass die Berliner Mauer noch in einhundert Jahren stünde? So gesehen lässt sich das 20. Jahrhundert durchaus als Jahrhundert eines Weltbürgerkriegs bezeichnen, der seinen Ausdruck im prinzipiellen Gegensatz von Diktaturen und Demokratien fand.

Gegen die Methoden und die ebenso absehbaren wie spürbaren Nachwirkungen dieser sozialrevolu-

tionären Eingriffe – die sich nicht selten durch die Verherrlichung des Neuen auch moralisch legitimieren wollten – regte sich in allen Diktaturen Widerstand. Dies oft aus unterschiedlichen Gründen, aber doch in der Regel aus einem gemeinsamen Credo heraus: als Folge einer nicht ganz verdrängten Betonung der Würde des Menschen; aus der Bereitschaft, Mitmenschlichkeit auch stellvertretend für jene zu praktizieren, die nicht in der Lage waren, zu reagieren; aus dem Willen zur Verteidigung von Ordnungsprinzipien des freiheitlichen Verfassungsstaates sowie nicht zuletzt als Konsequenz der Absicht, durch diktatorische Regime verdrängte Wertvorstellungen wieder bewusst zu machen und so zum kulturellen Neuaufbau nach der Befreiung von der Diktatur beizutragen.

In allen Diktaturen lassen sich Traditionsbestände finden, die eine Distanzierung des Oppositionellen von seinem gegenwärtigen politischen Umfeld gestatten und erklären, warum er als Widerständiger nicht dem „Sog“ erlag, der viele andere seiner Zeitgenossen übermächtig in den Bann zog und zu Mitläufern machte. Dabei ist er auf Unterstützung von außen, durch Sympathisanten, die sich zu Deutern und Sprechern seiner Haltung machen, angewiesen. Gerade daran hat es aber in vielen Demokratien zumeist gefehlt. Man beobachtete zwar das Wirken von Oppositionellen in diktatorischen Systemen, aber man unterstützte sie nicht aktiv. Dabei orientierten sich viele der Regimegegner in Diktaturen an den Prinzipien der Menschenrechte und des Verfassungsstaates. Sie beschworen gemeinsame Wertvorstellungen: Gemeinsame Traditionen könnten Solidaritäten stärken, Unterstützung mobilisieren – in der Praxis aber geschah das nur sehr selten, wie es etwa die Reaktion eines nur sehr kleinen Teiles der deutschen Öffentlichkeit auf die Unterdrückung von Robert Havemann oder die Ausbürgerung von Wolf Biermann gezeigt hat. Manche der Regimegegner, die sich gegen eine Diktatur des 20. Jahrhunderts wandten, wurden erst durch ihren Protest – der sich keineswegs immer aus dem Zentrum der Macht heraus gegen das Gesamtsystem der Diktatur richtete, sondern oft auch Ausdruck einer ganz persönlichen, einer ganz individuellen Auflehnung war – öffentlich wahrgenommen. Aus Regimegegnern wurden aber immer wieder auch Vertreter von Prinzipien, die sich angesichts der existenziellen Herausforderung des Menschen in totalitären Systemen bewährten. Dies gilt für Maximilian Kolbe und Edith Stein ebenso wie für Anne Frank, für Vaclav Havel und Andrej Sacharow, für Alexander Solschenizyn und Dietrich Bonhoeffer, für Alfred Delp und Primo Levi – sie alle gelten nicht primär als Repräsentanten ihrer Nation und

ihrer Gesellschaft, ihrer Partei oder ihrer Konfession, sondern sie werden von den Nachlebenden als Vertreter eines Prinzips wahrgenommen, in dem sich das Lebensrecht und die Würde des Individuums gegen den totalitären Anspruch des Staates ausdrückt.

Das 20. Jahrhundert war deshalb keineswegs allein ein Jahrhundert der Diktaturen, sondern es war auch ein Jahrhundert, dem gerade durch den Gegensatz von demokratisch und rechtsstaatlich geprägten Verfassungsstaaten und „modernen“, sich sozialrevolutionär legitimierenden Diktaturen auch der Widerstand sein Gesicht gab. Dieser prinzipiell begründete Widerstand kam in wohl keinem Land unmittelbar an sein Ziel (nicht einmal in der DDR des Jahres 1989), denn er vermochte nirgends aus eigener Kraft die Diktaturen zu überwinden. Er war immer von Entwicklungen abhängig, die von außen kamen, aber von ihm wenig beeinflusst werden konnten.

Widerstand scheiterte so zwar vielfach im unmittelbar politischen Sinn, aber er scheiterte nicht historisch oder gar ethisch. Insofern ist für die sich erinnernden Menschen nicht allein entscheidend, was der Widerstand gegen Diktaturen bewirkte. Sie müssen sich vielmehr selbst fragen, wie sie den Widerstand wahrgenommen, wie sie – in einer freien Gesellschaft – auf die radikale, nicht selten menschenverachtende Praxis diktatorischer Systeme reagiert haben. Dann kann aus der historischen Betrachtung auch eine Selbstkritik entstehen, die insofern politisch relevant ist, weil sie gegen neue politische Fehler, die aus Gleichgültigkeit oder ideologischer Verblendung begangen werden, schützen kann. Das bedeutet zugleich, jene innere Abwehr zu überwinden, die entsteht, weil viele Jahre hindurch Diktatur und Widerstand nicht mit der gebotenen Schärfe, Sensibilität und politischen Konsequenz wahrgenommen wurden. Heutige Zeitgenossen wussten, welche Verfolgungen in Chile und Argentinien, in der Sowjetunion und in Osteuropa, in Spanien und Griechenland, in China, Korea und Kambodscha – um nur einige Staaten zu nennen – stattfanden. Aber sie lähmten ihre Empörungsbereitschaft, hinderten andere sogar an ihrer Kritik, weil man diese Übergriffe nicht selten nach politischer Opportunität bewertete. Zeitgenossen wussten, dass in der chinesischen „Kulturrevolution“ Millionen von Menschen gejagt und ermordet wurden, aber viele wollten in Mao ein Idol politischer „Befreiungsbewegungen“ sehen und unterdrückten ihre Kritikfähigkeit. Anhänger der politischen Linken hielten Kritik an der politischen Unterdrückung im Ostblock, zumal in der DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen, für „unsolidarisch“; sie prangerten lieber „Rechtstendenzen“ an, setzten jeden verbalen

Missgriff gleich mit nationalsozialistischer Praxis und verschenkten so unbestreitbar die Chance, aus objektiver Kritik an diktatorischen Systemen Maßstäbe einer generellen humanen Orientierung abzuleiten. Gegenüber Diktaturen gibt es keine Neutralität.

Die Betonung des Widerstands auch als Element postdiktatorischer, also demokratischer Traditionsbildung ist in vielen Fällen gewiss Ausdruck einer rückwärtsgewandten Konstruktion, eines Versuches, neue Kontinuitäten zu begründen, der die Last dieser Diktaturen zumindest im Rückblick erträglicher machen soll. Dies ist nicht selten problematisch, denn Widerstand ist ja nur zu verstehen vor dem Hintergrund von weitgehender Anpassung, als Kontrast zu einer weitestgehenden Anpassung, Denunziationsbereitschaft, einer weitgehenden Folgsamkeit. Der Widerstand gegen Diktaturen zeigt, dass es immer Alternativen zu Anpassung, Gehorsam und Mitläufertum gab. Widerstand verdeutlicht so einen charakteristischen Anspruch gerade des liberalen Verfassungsstaates, der das eigene Recht des Menschen gegenüber dem Staat betont. Wohl deshalb finden sich in allen liberalen Gesellschaften – in ihrer Hervorhebung in der Regel gegen die reale Geschichte konstruierte – Erinnerungen an Menschen, die Opfer von Gewalt wurden, die Mut bewiesen und sich den Zumutungen derjenigen entgegenstellten, die willkürliche Macht ausübten und keine Selbstbindungen akzeptierten.

Dennoch ist die Konzentration auf den Widerstand keine Fiktion, sondern – und dies zeigt vor allem die Konfrontation der Deutschen mit zwei Diktaturen – ein Spannungsfeld, das oft auch geschichtspolitisch bestimmt wird. Weil fast alle europäischen Gesellschaften – England, Schweden, die Schweiz ausgenommen – im 20. Jahrhundert die Erfahrung ihrer Gefährdung durch Ideologien und totalitäre Bewegungen, durch Kollaboration und Unterwerfung machten, gibt es keine Gesellschaft Europas, die nicht ihre eigenen Gegner moderner Diktaturen verehrt. Dies hat man auch als Versuch gedeutet, die kollektiven und auch ganz persönlichen Verstrickungen von Zeitgenossen in das totalitäre Zeitalter zu ertragen. Deshalb sind die Erinnerungen an Regimegegner für postdiktatorische Gesellschaften so wichtig. Sie können Maßstäbe politischen Verhaltens begründen. Dieses Gedenken sollte aber sehr viel mehr beinhalten als die politische Bemühung um eine Erinnerungs- oder Gedenkkultur, die sich in der Zelebrierung von Jahrestagen erschöpft. Es sollte auch der Versuch sein, die Substanz einer postdiktatorischen Anstrengung und Selbstverpflichtung zu verdeutlichen, die dem Individuum nicht mehr die Sicherheit kollektiver Verhaltens-

normen bieten kann, sondern eine ganz individuelle Verantwortungsethik begründet. Insofern stehen Versuche, die Voraussetzungen und Folgen persönlicher Zivilcourage zu deuten, immer neben der Entfaltung partei-, traditions- und lagerübergreifender Wirkungs- und Kontextgeschichten des Widerstands.

Das Symbol des Widerstands aber bleibt der Einzelne, welcher der Staatsmacht gegenüber steht. Wer wäre nicht durch das Bild Carl von Ossietzkys beeindruckt, durch den aufrechten Mut eines Menschen, der vor den Schranken des Gerichts oder Aug in Aug mit seinen Peinigern steht, der Hitler offen als den „Vollstrecker des Bösen“ zu bezeichnen wagte. Es sind augenscheinlich nicht Narren, die mit beeindruckender Tapferkeit den Herrschenden die Wahrheit sagen. Es sind zugleich die politischen Regimegegner in den modernen Diktaturen.

Wenn sich europäische Gesellschaften ihres Bezugs zum Widerstand versichern, kommt darin eine Gemeinsamkeit antitotalitärer europäischer Grundorientierung zum Ausdruck. Das Bekenntnis zum Widerstand gegen eine vorangegangene, nunmehr überwundene Diktatur ist Ausdruck eines souveränen Umgangs postdiktatorischer Gesellschaften mit ihrer Geschichte. Deshalb brauchten postdiktatorische Gesellschaften nach dem Sturz von Diktatoren Zeit, denn natürlich bestimmt zunächst die Selbsterklärung, die Selbstentlastung, die Rechtfertigung der Mitläufer und Angepassten das kollektive Bild vom Widerstand. Dies war in der Bundesrepublik nach 1945 so, dies war bzw. ist nach dem Ende der DDR so, und dies erklärt auch die bisherigen Defizite einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der SBZ und in der DDR trotz der Kenntnisse, die wir haben, trotz der Namen, die wir kennen, trotz der widerständigen Gruppen sowie der Ereignisse, die mit der Erinnerung vor allem an den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, der zum Volksaufstand wurde, uns bewusst sind. Auch der Widerstand gegen sozialistische Diktaturen wird in Zukunft einen festen Platz im kollektiven Gedächtnis bekommen.

IV. Charakteristika moderner Diktaturen

Wenn das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der modernen Diktaturen, der Massendiktaturen, war, also jener politischen Zwangsordnungen, welche die Massen ergreifen, sie beeinflussen und manipulieren wollen, dann ist es unausweichlich, auch zu

akzeptieren, dass die Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen eine entscheidende Grundlage historischer und politischer Bildungsarbeit und Forschung bleibt. Diktaturen vernichten die Grundlagen politischer Kommunikation, sie zerstören Öffentlichkeit. Sie entfachen Weltanschauungskämpfe, die in der Nachfolge der Konfessionalisierung der Politik sowie auch der modernen Revolutionen stehen. Diktatoren geht es um Macht, aber sie legitimieren sich ideologisch. Sie geben vor, mit ihren Zielen endzeitlich orientiert zu sein, aber letztlich zielen sie darauf ab, in ungeheuren sozialen Umwälzungsprozessen Geschichte „herzustellen“ und ihnen nicht genehme Entwicklungen bzw. politische Kräfte „ruhig zu stellen“. Sie versprechen Sicherheit und meinen doch nur die „Ruhe des Friedhofes“, wie der Historiker Franz Schnabel schon sehr früh, im Oktober 1932, warnte.

Moderne Diktaturen sind ausnahmslos *totalitäre* Diktaturen; sie zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

1. Der Rechtsstaat verwandelt sich in den Polizeistaat, der zugleich durch eine hochgradige Machtkonzentration gekennzeichnet ist. Ihren Ausdruck findet diese in einer monopolistischen Staatspartei, welche die Gesellschaft umfassend kontrolliert. In der neueren Forschung spricht man in diesem Zusammenhang gern von „durchherrschter Gesellschaft“, denn für eine Partei mit einem umfassenden Anspruch auf Kontrolle wird Herrschaft über die Gesellschaft ebenso wichtig wie Herrschaft über den Staat.
2. Die Stellung des Individuums in der Massendiktatur lässt sich durch den Begriff der Vereinzelung beschreiben. Sie ist die Folge zerstörter traditioneller Gruppenbeziehungen: Parteien werden ausgeschaltet, Bündnisse neu organisiert, die Funktion von Verbänden wird radikal verändert. Soziale Einheiten konstituieren sich stets durch Bindungen und Traditionen, die als „natürlich“ empfunden werden. Eine der wichtigsten Bindungen, die nicht durch den Staat gestaltet werden darf, ist durch Konfession, durch die Religion bestimmt. Auch gemeinsame Arbeit und Muße schaffen Bindungen eigener Art und prägen gegenüber dem staatlichen Einfluss eigenständige Sub- oder Gegenkulturen aus. Diese Bindungen können in Diktaturen attackiert, aber nicht gänzlich zerstört werden. So werden Reste geistiger, kultureller und moralischer Unabhängigkeit bewahrt, die sich gegen den Durchdringungs- und Durchherrschungsanspruch moderner Diktaturen zu behaupten versuchen.

3. Weil sich die Träger moderner Diktaturen durch die Bindewirkungen überkommener sozialer Einheiten ebenso herausgefordert wie verunsichert fühlen müssen, zielen sie auf die Entschärfung dieser Bindewirkungen durch eigene Massenorganisationen. Diese sollen die Gesellschaft neu strukturieren und organisieren. Massenorganisationen haben die Aufgabe, das Individuum von seinen überkommenen Bindungen zu lösen und es in neue zu integrieren, um es auf diese Weise umso leichter beeinflussen zu können. Dieser Anspruch kann sich sogar auf die Kirchen erstrecken, denn moderne Diktaturen haben immer auch den Anspruch, selbst Sinn zu stiften.
4. Diktaturen sind gekennzeichnet durch die systematische Verletzung von Menschenrechten und durch die keineswegs voraussetzungslose Gewährung von (Staats-)Bürgerrechten. Sie müssen deshalb alle Ansätze zerstören, die auf eine Begrenzung der Staatsmacht abzielen. So gibt es keine vertikale und keine horizontale Gewaltenteilung, es gibt keine Periodizität der Herrschaftsbegrenzung und keinen ständigen Zwang zur Neulegitimierung einer sonst nur auf Zeit übertragenen Herrschaft.
5. In Diktaturen gibt es keinen Zwang zur Rechtfertigung des politischen Handelns staatlicher und gesellschaftlicher Führungsgruppen. Abstimmungen haben hier lediglich die Aufgabe, die Diktatur zu stabilisieren sowie die Massen zu mobilisieren und zu formieren. Deshalb werden aus Wahlgängen Plebiszite, also Bestätigungen; deshalb gibt es in Diktaturen keine Möglichkeiten, durch öffentliche Diskussionen Alternativen zu entwickeln.

Die politischen Konsequenzen moderner Diktaturen sind in der Regel ganz unabhängig von den Zielen und Werten, denen sie sich verschreiben. Insofern ist die Unterscheidung zwischen Funktionstypen wie Erziehungs-, Sicherungs- oder Entwicklungsdiktatur eher unerheblich, zumindest für das Individuum und seine bisherige Einbindung in soziale Gruppen. Unausweichlich und unvermeidlich dringen Diktaturen in private Sphären vor; insofern heben sie die überkommene Trennung der Sphären von Individuum, Familie, Gesellschaft und Staat auf. Das Ergebnis ist nicht allein die Verstaatlichung der Gesellschaft, sondern die Preisgabe des Individuums. Deshalb gibt es letztlich in modernen Diktaturen keinen Schutz privater Lebens- und Entfaltungsräume, bestenfalls Nischen, die zu Freiräumen ausgebaut, aber jederzeit wieder eingeengt oder aufgehoben werden

können. Deshalb ist es auch problematisch, Nischengesellschaften verharmlosend als „stabile Systeme“ zu bezeichnen, in denen die Bürger angeblich selbstzufrieden ihre kleinen Lebensbereiche verteidigen. Nischengesellschaften sind vielmehr durch eine Labilität charakterisiert, die eine Konsequenz fehlender, da zumeist gestörter, ja oft zerstörter sozialer Zusammenhänge ist; sie bilden eine Art Ersatzstruktur. In diesem Sinne lassen sich moderne Diktaturen als staatlich verfasste Antizivilgesellschaften beschreiben. Sie heben die Trennung von Sphären auf und zerstören auf diese Weise institutionell gesicherte Freiheit.

Die entscheidende gesellschaftliche Wirkung moderner Diktaturen ist also darin zu sehen, dass sie unter Verfolgung des Individuums soziale Strukturen gewaltsam verändern und die überkommenen politischen, kulturellen und konfessionellen Traditionen und Milieus dauerhaft zu zerstören versuchen. Deshalb ist die Dauer diktatorischer Herrschaft eine entscheidende Voraussetzung für die Existenz von Resistenzpotenzialen. Nach etwa einer Generation werden diese Potenziale erheblich geschwächt sein. Sie können sich zwar immer wieder in der Auseinandersetzung mit totalitären Herrschaftsansprüchen bilden, aber in der Regel nur situativ, in der Reaktion auf Übergriffe. Es sei denn, jene wenigen, die sich Diktatoren widersetzen, werden von außen moralisch und politisch unterstützt. An dieser Hilfe hat es im 20. Jahrhundert oft gefehlt – gleich, um welche Diktatur es sich gehandelt hat. Wahrnehmung von Diktaturen bedeutet deshalb zuallererst, das Unrecht wahrzunehmen, das in diktatorischen Systemen unausweichlich verübt wird.

Das Spannungsverhältnis von Diktatur und Demokratie berührt eine grundlegende Frage politischer Existenz und Ordnung im 20. Jahrhundert. Sie ist nur zu bewältigen, wenn sich der Beobachter diktatorischer Systeme auf Maßstäbe bezieht, die der liberale Verfassungsstaat mit Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, einer demokratischen Willensbildung und Grundrechten entwickelt hat. Verletzungen von Menschenrechten sind zumal im Zeitalter der Massenkommunikation durchaus wahrnehmbar. Deshalb ist Parteinahme für diejenigen, die unter Diktaturen leiden, ebenso eine Verpflichtung wie die Verteidigung eines Rechts auf Widerstand gegen die Entrechtung des Individuums. Die Geschichte der Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert zeigt allerdings, dass die öffentliche Empörung über Unrecht immer auch von politischen Optionen abhängt.

Bernd Faulenbach

Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße

Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland

Die jüngst durch eine Fernsehserie, eine „Spiegel“-Reihe und durch Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ wieder ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit gerückte Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach aus den früheren deutschen Reichsgebieten jenseits von Oder und Neiße, aus dem Sudentenland sowie aus den Siedlungsgebieten in Mittelost-, Ost- und Südosteuropa war zweifellos ein historisch gravierender Vorgang, von dem viele Millionen Reichs- und Volksdeutsche betroffen waren. Meist wird von zwölf bis vierzehn Millionen Vertriebenen ausgegangen, von denen bei Flucht und Vertreibung, auch als Folge von Vertreibungsverbrechen, ca. zwei Millionen – immerhin etwa ein Sechstel – ums Leben gekommen sind. Es sind Zahlen – auch wenn sie womöglich nach unten revidiert werden müssen –, hinter denen sich ungeheures Leid verbirgt.¹

Unter dem Begriff „Vertreibung“ – dies ist bedeutsam im Hinblick auf die Verarbeitung des Phänomens – wird ein mehrschichtiger, regional unterschiedlicher, mehrere Phasen umfassender Prozess gefasst, zu dem u. a. im vorherrschenden Verständnis gehören: die Evakuierungen seit Herbst 1944, die allgemeine Flucht im Frühjahr 1945 mit Trecks oder über die See, die teilweise Rückkehr in die Wohngebiete, die Deportationen in die Sowjetunion, die Einrichtung von Internierungslagern und die Ausweisung. Die Maßnahmen gegen diesen Teil der Bevölkerung resultierten teils aus „wildem“ oder gezielten Aktionen anderer nationaler Gruppen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten, teils aus massiven Ausschreitungen der vorrückenden russischen Truppen gegen die Zivilbevölkerung, teils aus alliierten Beschlüssen, die nicht selten bereits geschaffene Tatsachen legalisierten oder zu weiteren Vertreibungsmaßnahmen führten.

Hier soll es um die „Aufarbeitung“ und „Verarbeitung“ des Geschehens gehen, und zwar sowohl in

der Geschichtswissenschaft als auch in der öffentlichen Diskussion in Deutschland. Dies schließt die Frage ein, welche Rolle die Erinnerungen der Vertriebenen im kollektiven Gedächtnis gespielt haben und spielen. Die Erinnerung an die Vertreibung war bei den Betroffenen mit der Erinnerung an die alte Heimat verbunden, und die Bedeutung, die beide Komplexe für diesen Personenkreis hatten, war wiederum mit der Frage der Aufnahme der Vertriebenen im übrigen Deutschland, mit ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft verknüpft, ohne indes als eine bloße Funktion dieser gesellschaftlichen Prozesse aufgefasst werden zu können. Wie ging und geht die deutsche Gesellschaft mit den Vertriebenen und ihren Erfahrungen um?

Diese Frage kann nicht beantwortet werden, ohne die Nachkriegsentwicklung in Deutschland – in den Westzonen, der Ostzone, später in der Bundesrepublik und in der DDR (und deren Verhältnis zueinander) – zu berücksichtigen. Zu fragen ist ferner, wie sich die Veränderungen in der Politik und dem politisch-gesellschaftlichen Klima auswirkten; auch die Frage der Wirkung wachsender zeitlicher Distanz ist zu stellen. Wir untersuchen den Übergang, die Transformation des kommunikativen Gedächtnisses der „Erlebnisgemeinschaft“ in das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft, zwischen denen gleichsam eine fließende Lücke, ein *Floating Gap*, zu herrschen pflegt.²

Sowohl auf der Ebene des tatsächlichen Geschehens als auch auf der Ebene seiner wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verarbeitung kann nicht von der nationalsozialistischen Politik, ihren einzigartigen Verbrechen, ihren Umsiedlungsaktionen und vor allem nicht vom Holocaust abgesehen werden. Deshalb ist hier zu fragen: In welches Verhältnis werden die NS-Politik und die NS-Verbrechen auf der einen Seite sowie die Vertreibung und die Vertreibungsverbrechen auf der anderen

1 Vgl. dazu Gerhard Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. 2 Teile, Bonn 1986/89. Andere Autoren nehmen noch höhere Zahlen an, so Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen, Verschleppten, München – Berlin 1987, S. 27–32.

2 Vgl. Lutz Niethammer, Diesseits des „Floating Gap“. Das kollektive Gedächtnis von Identität im wissenschaftlichen Diskurs, in: Kerstin Platt/Mileran Dabag (Hrsg.), Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1985, S. 25–50. Vgl. auch die Einleitung der Herausgeberinnen, ebd., S. 25–50.

Seite im deutschen kollektiven Bewusstsein – in seiner öffentlichen wie in seiner geschichtswissenschaftlichen Dimension – gebracht?

Ich gehe in fünf Punkten im Wesentlichen chronologisch vor, wobei angesichts des Umfangs des Themas vieles nur angedeutet werden kann.

I.

In der frühen Nachkriegszeit, in der die unter dem Begriff „Vertreibung“ zusammengefassten Ereignisreihen teilweise noch liefen, stand für die Deutschen in den verschiedenen Zonen die Bewältigung elementarster Probleme im Vordergrund, zu denen auch die Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen gehörte. Angesichts der gravierenden Wohnungsnot und der Ernährungsschwierigkeiten stellte die Unterbringung dieser Gruppe die Alliierten und die deutschen Verwaltungen vor riesige Probleme, die z. T. auch zu Spannungen mit der einheimischen, häufig ausgebombten oder der evakuierten Bevölkerung führten. Die Vertriebenen waren keineswegs überwiegend willkommen.

Manches spricht dabei für die von Hans Georg Lehmann aufgestellte These, dass aufgrund einer vergleichsweise rigorosen Politik der Sowjets und der SED in den ersten Nachkriegsjahren die „Aufnahme und Lebensbedingungen der Vertriebenen in der Sowjetzone“ im Vergleich mit den Westzonen wohl „noch am besten“ abschnitten.³ Es gab in der SBZ/DDR zeitweilig gegenüber den Westzonen und der Bundesrepublik einen Vorsprung hinsichtlich materieller und sozialer Integrationshilfen. Erst das vom Bundestag 1952 verabschiedete Lastenausgleichsgesetz veränderte die Situation grundlegend; es führte „zu jenem massiven bundesrepublikanischen Vorsprung in der vertriebenenbezogenen Sozial- und Entschädigungspolitik, den die DDR seither weder konzeptionell noch materiell wieder einholen konnte“⁴. Die Lastenausgleichspolitik wurde zum Symbol einer zunehmend erfolgreichen Integrationspolitik, deren Hintergrund der wirtschaftliche Aufschwung war; sie ist nicht nur als politischer, sondern auch als gesamtgesellschaftlicher Prozess zu werten.

Zunächst hatten die Vertriebenen Mühe, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Früh entstanden Zusammenschlüsse, die vor allem

³ Hans-Georg Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 63.

⁴ Michael Schwartz, *Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten*, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997), S. 177–195, hier S. 179.

als Suchdienste arbeiteten, doch verboten die Alliierten 1946 Koalitionen von Vertriebenen – ein Verbot, das schrittweise gelockert und 1948 in den Westzonen aufgehoben wurde.⁵ Die Vertriebenen organisierten sich in Landesverbänden, die sich schon 1949 zu einem Zentralverband der vertriebenen Deutschen vereinigten. Auch wurden nach Aufhebung des Koalitionsverbots Landsmannschaften gegründet, welche sich vor allem die Pflege des kulturellen Erbes zum Ziele setzten und sich partiell zu einer Art „Ersatzheimat“ entwickelten. Landsmannschaften und Zentralverband rivalisierten miteinander, 1957 verschmolzen sie schließlich.

Verboten waren durch die Alliierten zunächst auch parlamentarische Interessenvertretungen, doch versuchten die großen Volksparteien, sich auch um die Anliegen der Vertriebenen zu kümmern; zweifellos trug dies zur politischen Integration bei. Gleichwohl wurde 1950 in Schleswig-Holstein eine Vertriebenenpartei gegründet – der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) –, der bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein immerhin 23,5 Prozent der Stimmen erhielt.⁶ 1953 zog diese Partei (GB/BHE) mit einem Stimmenergebnis von 5,7 Prozent bei den Bundestagswahlen in den Bundestag ein. Die Partei trat sogar in die zweite Regierung Adenauer ein, in der sie zwei Minister – unter diesen mit Theodor Oberländer auch den Vertriebenenminister – stellte. Allerdings ging die Partei 1955 in die Opposition; Meinungsverschiedenheiten über das Saarstatut hatten zu einer Spaltung der Partei geführt, 1957 scheiterte sie bei den Bundestagswahlen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Bei den Wahlen zu den Landtagen und zum Bundestag waren die Vertriebenen während der fünfziger Jahre – nicht nur wegen der Existenz des BHE – eine umworbene Gruppe. Alle Parteien – mit Ausnahme der KPD – forderten von einem Friedensvertrag die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Auch Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler, vertrat nachdrücklich diese Forderung, obgleich er sich klar darüber war, dass die Gebiete jenseits von Oder und Neiße für die Deutschen verloren waren und er mit dieser Forderung auf den Widerstand der Hohen Kom-

⁵ Vgl. Hermann Weiss, *Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt/M. 1985, S. 193–208; Alfred-Maurice de Zayas, *Vertriebene*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handwörterbuch der deutschen Einheit*, Frankfurt/M. 1992, S. 732–741, hier S. 736.

⁶ Zum BHE vgl. Franz Neumann, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960*, Meisenheim am Glan 1968.

missare stoßen musste.⁷ Maßgebliche Persönlichkeiten der Bundestagsparteien sprachen auf Treffen der Heimatvertriebenen und unterstützten das Recht der Vertriebenen auf Heimat. „Dreigeteilt – niemals“ war die Parole eines bekannten Plakates des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“.

Kennzeichnend für die fünfziger Jahre waren auf der einen Seite beachtliche Bemühungen um die gesellschaftliche Integration der Vertriebenen, die offensichtlich selbst davon ausgingen, dass mit einer Rückkehr in die verlorenen Gebiete auf absehbare Zeit nicht zu rechnen war; auf der anderen Seite gab es die Unterstützung der Rechte der Vertriebenen und ihrer Forderungen, die eine Verurteilung des Unrechts der Vertreibung selbstverständlich einschloss. Man mag in dieser doppelten Politik einen Mangel an Konsequenz sehen, gleichwohl kann man fragen, ob sie nicht doch zur Integration der Vertriebenen und zur Paralisierung des Heimatvertriebenenproblems beitrug.

Allerdings war dieser Politik doch auch die Förderung von Illusionen bei den Heimatvertriebenen immanent. Diese hatten bemerkenswerterweise in einer Charta, die 1950 in Stuttgart verkündet wurde und Forderungen nach sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung sowie politischer Vertretung der Vertriebenen enthielt, ausdrücklich auf Rache und Vergeltung verzichtet und versprochen, „jedes Beginnen mit allen Kräften zu unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“⁸. Gleichwohl hatten die Forderungen der Vertriebenen selbstverständlich die Revision der faktisch bestehenden Grenzen zum Ziel, weshalb sie in der Propaganda des Ostens als „Revanchisten“ bezeichnet wurden.

Anders als die Bundesrepublik Deutschland erkannte die DDR 1950 im Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Grenze an. In der SBZ/DDR war der Begriff „Vertriebene“ frühzeitig durch den der „Übersiedler“ substituiert worden, später wurde auch dieser tabuisiert und das Problem der Vertriebenen offiziell ignoriert. Wilhelm Pieck, der erste Präsident der DDR, erklärte im Oktober 1950 in seiner geteilten Heimatstadt Guben: „Wir haben unsere engere Heimat verloren, aber wir haben die große Heimat des Friedens, die Heimat eines demokratischen friedliebenden Deutschlands gewonnen.“⁹ Die Beurteilung der Frage der

Ost-Grenze, der Vertriebenenproblematik und der Vertreibung insgesamt unterschied fortan die beiden deutschen Staaten. Dies führte dazu, dass der Fragenkomplex in der Ära des Kalten Krieges instrumentalisiert wurde. In der Bundesrepublik wurde die Vertreibung eine wichtige Komponente in der antikommunistischen Propaganda.

II.

Berichte über die furchtbaren Geschehnisse bei Flucht und Vertreibung wurden früh von den Betroffenen erzählt; sie litten vielfach unter den traumatischen Erlebnissen. Auch im Kontext von Berichten über die Kriegsgeschehnisse tauchte der Aspekt auf, fand auch seinen Niederschlag in der Literatur. Das große Thema der Nachkriegsliteratur war der Krieg mit seinen Folgen.

Selbstverständlich wurde das Geschehen der Vertreibung als schreiendes Unrecht aufgefasst. Meist wurde es eher isoliert betrachtet, doch konnte die publizistische Schuld Diskussion an Flucht und Vertreibung nicht vorübergehen. So publizierten Walter Dirks und Eugen Kogon schon 1947 in den Frankfurter Heften einen bemerkenswerten Aufsatz unter dem Titel „Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das Deutsch-Polnische Problem“, in dem sie eher vorsichtig versuchten, das Geschehen, das sie selbst nur zurückhaltend andeuteten, einzuordnen.¹⁰ In manchen Berichten werde deutlich, dass die Opfer deutscher Untaten zurückschlugen, sei doch im Namen der Deutschen Furchtbares geschehen. Doch fügten die Autoren hinzu, dass diejenigen Deutschen, die nun ihrerseits Opfer wurden, keineswegs die besonders Schuldigen waren: „Die armen Opfer in Schlesien und Ostpreußen leiden stellvertretend für die wahren Schuldigen, und es ist ein Zufall, dass nicht wir es sind, du und ich, die stellvertretend leiden und sterben müssen.“¹¹ Zudem sei das Geschehen nicht nur als Reaktion auf deutsches Tun erklärbar, eine andere Erklärung sei die der „Ansteckung“. Kogon und Dirks ließen keinen Zweifel daran, wo sie die eigentlichen Urheber des Unglücks sahen. Nachdrücklich betonten sie, dass es „nicht erlaubt“ sei, „jene Vorgänge zu isolieren“¹². Keine Frage, die von Dirks und Kogon vertretene Position war sicherlich nicht die vorherrschende, verbreiteter war die des Aufrechnens, doch gab es sie immerhin.

7 Vgl. Josef Foschepoth, Potsdam und danach. Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: W. Benz (Anm. 5), S. 70–90, hier insbes. S. 86 ff.

8 A. M. de Zayas (Anm. 5), S. 737. Vgl. ferner Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege (Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. IV), Stuttgart 1976, S. 681.

9 Wilhelm Pieck, Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908 bis 1950, Bd. 2, Berlin 1954, S. 555.

10 Walter Dirks/Eugen Kogon, Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das Deutsch-Polnische Problem, in: Frankfurter Hefte, 2 (1947), S. 470–487. Wieder abgedruckt (und danach zitiert) bei W. Benz (Anm. 5), S. 125–142.

11 Ebd., S. 127.

12 Ebd., S. 130.

In der frühen Nachkriegszeit waren bei vielen Menschen die Leid-Erfahrungen noch zu unmittelbar, als dass sie mental in der Lage gewesen wären, eine konkrete Schuldiskussion zu führen und auch die Leiden der anderen mitzusehen. Zwar war die Mehrzahl erschüttert über das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen, doch stand daneben das konkrete eigene Erleben, der Verlust von Heimat und Eigentum, der Tod zahlreicher nahe stehender Menschen. Existenziell hatte man den Krieg und die Kriegsfolgen durchlitten, der Krieg war nicht nur Hitlers Krieg gewesen.¹³

III.

Die deutsche Geschichtswissenschaft hat – so urteilte Hellmuth Auerbach 1985 retrospektiv¹⁴ – früh damit begonnen, das Thema Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zu erforschen. Seit Mitte der fünfziger Jahre erschienen Bücher, die sich mit dem Schicksal der Vertriebenen befassten und die versuchten, die historischen Hintergründe auszuleuchten und die Ereignisse historisch einzuordnen. Von grundlegender Bedeutung war und ist dabei die Dokumentation und Darstellung der Vertreibung aus den Ostgebieten, zu der bereits in den frühen Nachkriegsjahren Vorarbeiten begannen und die schon kurz nach Gründung der Bundesrepublik als wissenschaftliches Großprojekt in Angriff genommen wurde.¹⁵ 1951 berief der Bundesminister für Vertriebene, Hans Lukaschek, eine wissenschaftliche Kommission, die den Auftrag erhielt, die Vertreibung umfassend zu dokumentieren, wobei das Motiv leitend war, Materialien zur Abstützung der deutschen Position bei künftigen Friedensverhandlungen zusammenzutragen.¹⁶ Die Kommission bestand aus angesehenen „führenden“ Historikern. Geleitet wurde sie von Theodor Schieder; ihr gehörten außerdem an Peter Rassow, Rudolf Laun und Hans Rothfels sowie Adolf Distelkamp vom Bundesarchiv, nach einiger Zeit

13 Vgl. Christoph Klessmann (Hrsg.), *Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen*, Düsseldorf 1989.

14 Vgl. Hellmuth Auerbach, *Literatur zum Thema. Ein kritischer Überblick*, in: W. Benz (Anm. 5), S. 219–231, hier S. 219.

15 Vgl. *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*. In Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow, Hans Rothfels (und ab Bd. I/3 auch Werner Conze) bearbeitet von Theodor Schieder, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, 1954–1963; nachgedruckt München 1984. Hier wird nach der Originalausgabe zitiert.

16 Zur Entstehung des Projektes siehe Mathias Beer, *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 46 (1998), S. 345–389.

kam als weiteres Mitglied Werner Conze hinzu. Mitglieder des wissenschaftlichen Arbeitskreises waren u. a. Hans Booms, der spätere Direktor des Bundesarchivs; Martin Broszat, der spätere Direktor des Institutes für Zeitgeschichte, und Hans Ulrich Wehler, seit Ende der sechziger Jahre einer der führenden deutschen Sozialhistoriker. Unterstützt wurde die Kommission vom Statistischen Bundesamt, dem Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung in Göttingen und vom Münchener Institut für Zeitgeschichte. Alles in allem ein für die damalige Zeit sehr großes wissenschaftliches Unternehmen, welches das besondere Interesse an dem Forschungsgegenstand erkennen lässt.

Für die Historiker trat das ursprüngliche politische Motiv bald in den Hintergrund, woraus Gegensätze zum Auftraggeber erwachsen. Leitend für die Herausgeber war – wie sie in der Einleitung betonten – „die Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker verloren gehen“¹⁷. Die an dem Projekt beteiligten Wissenschaftler – so betonten die Herausgeber weiter – fühlten sich bei der Erarbeitung der Dokumentation nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Darüber hinaus seien sie dem „politischen Grundsatz“ des Verzichts auf Rache und Gewalt verpflichtet, wie er in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt sei: Die Herausgeber „wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht dem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen“. Es folgt der bedeutsame Satz: „Dazu sind sie (die Herausgeber) sich zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der letzten beiden Jahrzehnte bewusst.“¹⁸ Keine Frage, die Herausgeber waren sich der deutschen Schuld bewusst, was im Hinblick auf den Leiter des Projektes, Theodor Schieder, der – wie wir heute wissen – an der Konzipierung von Umsiedlungsaktionen großen Stils, die sich schließlich im Generalplan Ost verdichteten, beteiligt war, und auf Werner Conze, der zur bevölkerungswissenschaftlichen Fundierung der NS-Politik beitrug, durchaus auch eine persönliche Komponente besaß; wobei wir bislang nicht so recht wissen, ob sie sich auch persönlich für mitverantwortlich hielten.¹⁹

17 *Dokumentation*, Vorwort zu Bd. I (Anm. 15), S. I–VII, hier S. I.

18 *Ebd.*, S. VI f.

19 Vgl. Götz Aly, *Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997; ders./Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine*

Jedenfalls wurde eine Reihe der beteiligten Wissenschaftler, indem sie das Geschehen vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte zu betrachten begannen, „buchstäblich von der eigenen Vergangenheit eingeholt“²⁰. Die Herausgeber drückten ihre Hoffnung aus, „dass durch die Arbeit die Einsicht gestärkt wird, dass sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Hoffnung haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war“ – eine Hoffnung, die etwas abstrakt klingt, doch gerade die Erfahrungen der Vergangenheit zum Ausgang haben soll: „Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewussten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europa zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.“²¹

Themen der fünf umfangreichen Bände (darunter mehrere Doppelbände) sind die Evakuierungsvorgänge, Flucht- und Kriegsereignisse, die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, die Austreibung der Bevölkerung. Die Bände über die südosteuropäischen Staaten beziehen sich auf die Geschichte der Deutschen in diesen Gebieten, ihre Schicksal während des Krieges, Umsiedlungen, Zwangsrekrutierungen zur SS, Auswirkungen der russischen Besetzung, Verschleppung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, Enteignungen, Internierungen und Ausweisungen.

Basis des Unternehmens war eine systematische Befragungs- und Sammelaktion unter den Vertriebenen, durch die eine große Fülle dokumentarischen Materials zusammengetragen wurde: zum überwiegenden Teil Erlebnisberichte, dann Befragungsprotokolle, private Briefe, Tagebücher, auch amtliche Schriftstücke. Die Sichtung, Beurteilung und Verarbeitung des Materials sowie die Zusammenstellung für die Edition warf vielfältige methodische Probleme auf, die insbesondere Martin Broszat und Theodor Schieder in methodologischen Beiträgen zu klären versuchten.²² Das

neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; Angelika Ebbinghaus/Karl-Heinz Roth, Vorläufer des ‚Generalplans Ost‘. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polenentscheid vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 1, S. 62–95. Vgl. auch Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichte als Legitimationswissenschaft, Frankfurt/M. 1997; ders., Schuld der Historiker, in: Die Zeit, Nr. 14, 1997, S. 15.

²⁰ M. Beer (Anm. 16), S. 389.

²¹ Dokumentation, Vorwort zu Bd. I (Anm. 15), S. VII.

²² Vgl. Martin Broszat, Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeit-

Forscher-Team unterwarf die Masse neuartiger „subjektiver“ Quellen einem Verfahren der „Authentifizierung“ und „Verifizierung“ d. h., die Historiker stellten Vergleiche zwischen den Quellen an und prüften die Plausibilität, die Aussagefähigkeit der Dokumente. Bei der Auswahl bemühten sich die Historiker, ein möglichst repräsentatives Bild zu liefern, d. h. alle Regionen, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge – etwa auch die Lager – und Schicksale zu berücksichtigen. Die nicht in die Edition aufgenommenen Dokumente – etwa 10 000 Erlebnisberichte und weitere Materialien – werden im Bundesarchiv aufbewahrt.

Die nüchterne, sorgfältige Analyse der Dokumente führte – ähnliche Probleme gab es auch bei anderen Opfergruppen der jüngsten Geschichte – zu erheblichen Spannungen zwischen den Vertriebenen und Vertriebenenfunktionären auf der einen Seite sowie den Historikern und Archivaren auf der anderen Seite. Hans Rothfels stellte zu den massiven Angriffen von Organen und Organisationen der Vertriebenen – zu denen der Vorwurf gehörte, die Dokumentation sei „in wesentlichen Punkten nach dem Geschmack der Vertreiber gefallen“ – u. a. fest: „Bei aller Bereitschaft des Historikers, von ‚Zeitzeugenberichten‘ zu lernen, kann ein Zensurrecht der Beteiligten nicht wohl anerkannt werden.“²³ „Eine reine Erlebnishistorie“ – so schrieb Theodor Schieder in seinem methodologischen Aufsatz – wäre „keine wissenschaftliche Historie“ mehr.²⁴ In der Tat waren die Wissenschaftler – wie die Einleitungen zu den Bänden zeigen – sehr um eine behutsame Einordnung der Einzelvorgänge bemüht; zweifellos ist das Unternehmen eine beachtliche Leistung. Zur Gesamteinordnung wurde die Frage aufgeworfen, ob die Vorgänge vorrangig als Schlussakt des Krieges, in dem die Vernichtung ganzer Völker beabsichtigt war (wobei sich der deutsche Anteil wahrlich präziser hätte kennzeichnen lassen), oder im Kontext der seit dem 19. Jahrhundert geführten Nationalitätenkämpfe in der östlichen Völker-mischzone Europas zu sehen sei.²⁵

Bis in die Gegenwart bildet dieses Werk, dessen Ergebnisband damals wohl aus politischen Gründen nicht mehr erschien, die wichtigste Grundlage für die Erforschung des Erlebens und Erleidens – also auch der subjektiven Ebene – der Vertreibung. Keine Frage, dass die Lektüre noch heute

geschichte, 2 (1954), S. 202–213; Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 8 (1960), S. 1–16.

²³ Hans Rothfels in seiner Vorbemerkung des Herausgebers zum Aufsatz von Theodor Schieder, ebd., S. 1.

²⁴ Ebd., S. 2.

²⁵ Vgl. Dokumentation (Anm. 15), Bd. I, Vorwort, S. 1.

erschüttert. So bedeutsam das Werk war, zu seiner Popularisierung wurde von offizieller Seite nicht viel getan. In den achtziger Jahren erschien eine Taschenbuchausgabe. Allerdings nutzten einige Autoren das Werk als Steinbruch, wobei sie nicht selten besonders grausame Geschehnisse auswählten.²⁶ Eine Ergänzung der Dokumentation bildet der vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Band „Die deutschen Vertreibungsverluste 1939/50“²⁷.

Gemessen an diesem umfangreichen Dokumentationswerk war der übrige wissenschaftliche Ertrag in den fünfziger und sechziger Jahren eher sekundär. Eine Reihe bemerkenswerter, auch für den Historiker aufschlussreicher Tagebücher und Berichte erschien, auch wurden chronikartige Zusammenstellungen des Kriegsgeschehens mehr publizistischen als wissenschaftlichen Charakters veröffentlicht, die das Kriegsgeschehen mit seinen Auswirkungen auf die Bevölkerung im Osten zum Thema hatten.²⁸

Erwähnenswert ist, dass in der deutschen Zeithistorie fast gleichzeitig mit der Vertreibung bereits die nationalsozialistische Polenpolitik in den Blick kam, was zweifellos zwingend war, denn die NS-Politik plante ihrerseits gewaltige Umsiedlungsaktionen und führte sie mit brutalen Mitteln durch. Schon 1961 erschien Martin Broszats Arbeit über die „Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945“,²⁹ andere Arbeiten folgten in den sechziger Jahren. Auch unternahm die Zeithistorie beachtliche Anstrengungen, um die Frage der Verantwortlichkeit der Täter zu klären. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass die deutsche Zeithistorie die Erforschung des Holocaust – anders als die der Vertreibung – aus der Sicht der Opfer zunächst kaum versuchte.³⁰

26 Vgl. Edgar Günther Lass, *Die Flucht. Ostpreußen 1944/45*, Bad Nauheim 1964.

27 *Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1958.

28 Exemplarisch für die Tagebücher: Hans Graf Lehdorff, *Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947*, München 1961; Taschenbuchausgabe München 1967. Zur Darstellung der Kriegsgeschehnisse siehe Jürgen Thorwald, *Es begann an der Weichsel*, Stuttgart 1950; ders., *Das Ende an der Elbe*, Stuttgart 1950; Kurt Dieckert/Horst Grossmann, *Der Kampf um Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentationsbericht*, München 1960; Hans von Ahlfen, *Der Kampf um Schlesien. Ein authentischer Dokumentationsbericht*, München 1961; Erich Murawski, *Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee*, Boppard am Rhein 1969.

29 Vgl. Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961.

30 Vgl. Konrad Kwiet, *Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961*, in: Ernst Schulin (Hrsg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)*, München 1989, S. 181–198.

Eine Bedeutung für die Bewältigung von Flucht und Vertreibung hatte die moderne Literatur, in der nicht nur die Ereignisse am Ende des Krieges, sondern auch die Erinnerung an die verlorene Welt zum Thema gemacht wurden. Hingewiesen sei hier auf die Werke von Günter Grass, Siegfried Lenz, Arno Surminski, Christine Brückner und anderen, in denen Flucht, Vertreibung, die alte und neue Heimat im Spiegel menschlicher Schicksale dargestellt und damit auch ein Stück weit „bewältigt“ wurden.

IV.

In den sechziger Jahren schritt die Integration der Heimatvertriebenen – ungeachtet hier und da insbesondere im ländlichen Raum noch vorhandener Spannungen – weiter voran; sie partizipierten in ihrer großen Mehrheit an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Zwar hatten sie keine eigene parlamentarische Interessenvertretung mehr, doch kandidierten führende Vertriebenenfunktionäre auf sicheren Listenplätzen der CDU, der CSU und auch der SPD (so Wenzel Jacksch, Präsident der Vertriebenen 1964–1966, oder Herbert Hupka, der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, der 1969 für die SPD in den Bundestag einzog und 1972 zur CDU übertrat), wobei insbesondere sozialpolitische Fragen die Brücke zur SPD bildeten.³¹

Doch veränderte sich das politische Klima in den sechziger Jahren in einer Weise, die für die Vertriebenen zunehmend ungünstiger wurde. Das Agieren der Heimatvertriebenenfunktionäre fand verstärkt Kritik, sie galten nun häufig bereits als „Gestrige“. Einer der Hintergründe war gewiss, dass sich das politische Koordinatensystem zunächst unmerklich, dann verstärkt nach links verschob und die linksliberale Presse an Einfluss gewann. Das Problem der Ostgebiete wurde zunehmend nunmehr als eine Angelegenheit der unmittelbar Betroffenen angesehen. In der öffentlichen Meinung erhoben sich Stimmen, welche die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderten. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) ging mit ihrer Denkschrift voran, auch die Sozialdemokratie – in der vorher schon vereinzelt, etwa von Carlo Schmid und Fritz Erler, in dieser Richtung plädiert worden war – forderte seit 1966 eine

31 Von den 81 Abgeordneten, die sich im Bundestag 1965–1969 als „Heimatvertriebene“ bezeichneten, gehörten 36 der CDU/CSU, 38 der SPD und 7 der FDP an (Heribert Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozess während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluss der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition*, Meisenheim am Glan 1975, S. 37).

Respektierung der Grenze. Hinter dieser Forderung stand der Wunsch, mit dem Osten, namentlich mit Polen, zu einem Ausgleich zu kommen. Willy Brandt sprach auf dem Nürnberger Parteitag der SPD 1968 von einer „Anerkennung bzw. Respektierung“ der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung – eine Formel, die in eine mit großer Mehrheit verabschiedete Entscheidung einging.³² Diese Forderung passte in ein Konzept der Entspannungspolitik, war aber zugleich tief moralisch begründet.

In den sechziger Jahren rückte die NS-Zeit und in diesem Kontext die verbrecherische Politik gegenüber Polen und den Völkern der Sowjetunion, vor allem auch der Holocaust, in das Zentrum der politisch-kulturellen Diskussion. Es war die Zeit der großen NS-Prozesse, der Verjährungsdebatten des Bundestages und der in Literatur und Theater zunehmend intensiv behandelten NS-Zeit – erinnert sei an Peter Weiss' „Ermittlung“, an Rolf Hochhuths „Stellvertreter“. Auch die Zeithistorie beschäftigte sich inzwischen mit beträchtlichem Aufwand und bedeutsamen Ergebnissen mit der NS-Politik und ihren Verbrechen.³³ Etwas pointiert wird man sagen können, dass die Vertreibung zunehmend in den Schatten des Holocausts und der anderen NS-Verbrechen geriet. Die generationellen Verschiebungen trugen dazu bei, dass diese veränderte Sicht der jüngsten Vergangenheit an Boden gewann, was zugleich auch dadurch gefördert wurde, dass die eigenen Kriegserfahrungen allmählich verblassten und die Wunden zu vernarben begannen.

Auf der politischen Ebene bildete die Installierung der Regierung der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt für die Vertriebenen einen weiteren Einschnitt. Die Koalition löste das Vertriebenenministerium auf; seine Abteilungen wurden Teil des Innenministeriums. Für die Pflege des kulturellen Erbes des deutschen Ostens erhielten die Vertriebenenorganisationen jedoch auch weiterhin Bundesmittel: Einrichtungen der Vertriebenen – Archive, Museen etc. – wurden nach wie vor mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Vor allem machte die neue Bundesregierung mit der Entspannungspolitik ernst. Im Rahmen der

„neuen Ostpolitik“ wurden Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, der ČSSR und der DDR sowie ein Berlin-Abkommen ausgehandelt. Mit den Verträgen erkannte die Bundesrepublik die Grenzen in Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden waren, im Kontext von Gewaltverzichtabkommen im Sinne ihrer Respektierung an, was weder ihre friedliche Veränderung noch ihr Durchlässigmachen ausschließen sollte. Auch versuchte man, Ausreisemöglichkeiten für die in diesen Ländern noch lebenden Deutschen zu vereinbaren. Die Vertriebenenverbände haben die Verträge, die à la longue zusammen mit dem KSZE-Prozess zur Erosion kommunistischer Herrschaft beitrugen, erbittert bekämpft. Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel wurden als „Verzichtspolitiker“ angegriffen. Allerdings gehörten zu den entschiedensten Protagonisten der „neuen Ostpolitik“ auch Publizisten wie Marion Gräfin Dönhoff oder Christian Graf von Krockow, die aus dem Osten stammten. Die Verbandsfunktionäre sprachen nur sehr bedingt für die Vertriebenen insgesamt. Unter den Vertriebenen war inzwischen das gesamte politische Spektrum vertreten.

Im Umkreis der Vertriebenenverbände und im rechten politischen Spektrum erschienen in den siebziger und achtziger Jahren eine Reihe von Büchern über die Vertreibung, die eine Tendenz zur Aufrechnung der deutschen Verbrechen mit den Verbrechen an Deutschen enthielten.³⁴ Dies verstärkte die wachsende Distanz zwischen Mehrheitsgesellschaft und Vertriebenenorganisationen und war selbst Ausdruck zunehmender Isolierung dieser Organisationen. Die Vertriebenen registrierten einen schmerzlichen Rollenwechsel: Seit den sechziger Jahren waren sie „vom Patenkind zur Unperson“ geworden.³⁵

Mit Bildung der CDU-FDP-Koalition unter Helmut Kohl 1982 schöpften die Vertriebenenverbände noch einmal Hoffnung, dass ihr politisches Gewicht wieder wachsen würde; teilweise wurden diese Hoffnungen auch bewusst genährt – so wurde jetzt der 1974 entstandene, aber nicht zugängliche Bericht des Bundesarchivs über Vertriebungsverbrechen publiziert –, auf längere Sicht aber wurden sie enttäuscht: Helmut Kohl, dessen CDU zusammen mit den Vertriebenen die Ost-

32 Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen, Bonn o. J., S. 11 und 996.

33 Vgl. Bernd Faulenbach, NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 19–30; ders., Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewusstsein in den sechziger Jahren, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewusstsein der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989, S. 73–92.

34 Vgl. u. a. Heinz Nawratil, Vertriebungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung, München 1982; Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, Rosenheim 1983; vgl. auch H. Auerbach (Anm. 14), S. 226.

35 Vgl. Winfried Schlau, Die Eingliederung in gesellschaftlicher Hinsicht, in: Hans Joachim von Merkat (Hrsg.), Aus Trümmern werden Fundamente. Vertriebene-Flüchtlinge-Aussiedler – Drei Jahrzehnte Integration, Düsseldorf 1979, S. 151–162, insbes. S. 159 f. Vgl. ferner M. Schwartz (Anm. 4), S. 189.

verträge bekämpft hatte, setzte nach 1982 die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts bei nur unwesentlich veränderter Semantik fort.

Die Bedeutung der Vertreibung wurde 1984/85 noch einmal diskutiert im Kontext der Debatte über den 8. Mai 1945, den ein Teil der Öffentlichkeit als Tag der Befreiung, ein anderer vorrangig als Symbol der Niederlage deuten wollte. In diesem Kontext wiesen die Vertriebenen auf ihr Schicksal hin, das aus ihrer Sicht bei der Interpretation des Datums zu berücksichtigen war und dessen Kennzeichnung als Befreiung nicht zuließ. Schließlich würdigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8. Mai 1985 das Schicksal der Vertriebenen mit den veröhnenden Worten: „Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen war noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.“³⁶

Ungeachtet unterschiedlicher Schicksale waren die Vertriebenen in ihrer großen Mehrheit gesellschaftlich längst integriert, als sich die Frage der definitiven völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Kontext der Wiedervereinigung 1990 noch einmal stellte. Nach einigem Zögern Helmut Kohls in dieser Frage, das zu deutsch-französischen Irritationen führte, hat die Bundesrepublik unter Führung der konservativ-liberalen Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze als definitive deutsche Ostgrenze im „Zwei-plus-Vier“-Vertrag anerkannt. Die historische Entwicklung war über die politischen Positionen der Vertriebenenverbände hinweggegangen.

V.

Seit den siebziger Jahren wurde die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft zu einem Thema der sozialgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Die Vertriebenenfrage wurde zu einem Teilaspekt der Geschichte der Gesellschaft der Bundesrepublik. Zu diesem Themenkomplex wurden eine Reihe von Studien vorgelegt, so z. B. von Marion Frantziach und Helga Grebing mit ihrem Team.³⁷ Die

36 Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews, Bd. I, 1. Juli 1984–30. Juni 1985, Bonn 1986, S. 12.

37 Vgl. Marion Frantziach, Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege der Integration, Berlin 1987; Rainer Schulze/Doris von der Brölie-Lewien/Helga Grebing (Hrsg.), Flüchtlinge

unter dem Begriff „Vertreibung“ zusammengefassten Vorgänge fanden demgegenüber in der zeithistorischen Forschung nur verhältnismäßig geringes Interesse, insbesondere wenn man andere, demgegenüber ungemein intensiv behandelte Themenkomplexe der Geschichte des Dritten Reiches vergleichend heranzieht. Dieses Defizit wurde von verschiedenen Beobachtern kritisiert und bedarf tatsächlich der Erklärung.

Andreas Hillgruber konstatierte 1986, dass die „Katastrophe des deutschen Ostens“ zu den Forschungsfeldern gehöre, auf denen es einen Stillstand gebe oder die Forschung gar nicht in Gang gekommen sei.³⁸ Zu den Ursachen dieses Befundes stellte Hillgruber keine Überlegungen an; dies hatte aber schon wenig vorher Alfred Heuß getan.

1984 veröffentlichte der angesehene Althistoriker Alfred Heuß ein Buch mit dem Titel „Versagen und Verhängnis“ und dem bezeichnenden Untertitel „Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses“, in dem er über den Verfall geschichtlichen Bewusstseins in Deutschland Klage führte.³⁹ Charakteristisch schien dabei für ihn der Umgang mit der Katastrophe des deutschen Ostens. Siebenhundert Jahre deutscher Geschichte seien damals annulliert worden, „so ziemlich die einzig bleibende Leistung, in der sich das gesamte deutsche Volk in den siebenhundert Jahren seit Ausgang des Mittelalters verkörperte. Damit fanden deutsche Volksstämme, ohne die das Bild Deutschlands ein halbes Jahrtausend hindurch unvorstellbar war, ihren Untergang“. Auch Städte wie Königsberg, Danzig, Breslau, Stettin hätten ihren Untergang gefunden, ohne die der kulturelle und soziale Hintergrund der deutschen Geschichte unvollständig wäre.⁴⁰ Der historische Bildungsstand in Deutschland sei derart heruntergekommen, dass sich kaum jemand klar mache, was mit der Vertreibung der Deutschen wirklich geschah: „die Dezimierung der Substanz des deut-

und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987; Paul Erker, Revolution des Dorfes. Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingsstrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. 367–425. Vgl. auch Michael Schwartz, Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland. Ein Forschungskolloquium des Institutes für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 44 (1996), S. 629–631; Sylvia Schraut/Thomas Grosser (Hrsg.), Die Flüchtlingsfrage in der Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996. Siehe ferner H. J. von Merkat (Anm. 35).

38 Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986, S. 12 f.

39 Vgl. Alfred Heuß, Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses, Berlin 1984.

40 Vgl. ebd., S. 142.

schen Volkes, bei der es nicht nur um eine Unsumme grausamer Einzelschicksale geht, sondern um einen nicht regenerierbaren Verlust, um ein Phänomen also, das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung ‚Phylozyd‘ (Stammestötung) belegen müsste, denn es gibt von nun an keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudeten-deutsche usw. mehr. Ihre Sprache bzw. Dialekte, wichtige Bestandteile des deutschen Sprachkörpers, haben aufgehört zu existieren und müssen in ‚historisch‘ gewordenen Wörterbüchern (sofern es welche gibt) nachgeschlagen werden.“ Das Wissen aber um die Kultur des Ostens gehöre „zum Wissen von uns selbst“, und ebenso sollte dazu auch die Erkenntnis gehören, dass sich hierin Hitlers Verbrechensprinzipien gegen die Deutschen selbst kehrten“. ⁴¹

Heuß sparte nicht mit einer kritischen Beurteilung der angelsächsischen Mächte, ihrer Politik der „Bevölkerungsverschiebungen“, insbesondere der Ermöglichung bzw. Hinnahme der Vertreibungspraxis. Bei seiner Kritik stützte er sich auf die Veröffentlichungen des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred-Maurice de Zayas, der 1977 ein auch in Deutschland beachtetes Buch mit dem Titel „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ publiziert hatte. ⁴²

Dass die Vertreibung von der Zeithistorie völlig ignoriert wurde, ist indes nicht ganz zutreffend. Wie bereits gesagt, wurde die große Dokumentation erneut aufgelegt. Auch brachte z. B. Wolfgang Benz 1985 ein Taschenbuch mit dem Titel „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen“ heraus, in dem die Vorgeschichte – u. a. auch der Generalplan Ost – dargestellt, die politischen Hintergründe beleuchtet, einige Erlebnisberichte abgedruckt und die Auseinandersetzung mit dem Thema bis in die Gegenwart thematisiert wurde. ⁴³ Auch fanden in der Historiographie die außenpolitischen Entscheidungsprozesse während des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit ein gewisses Interesse. Gleichwohl wird man einräumen müssen, dass alles in allem das Thema kein bevorzugter Gegenstand der Zeithistorie und der Publizistik in den achtziger Jahren war.

1986 veröffentlichte Andreas Hillgruber einen schmalen Band „Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums“, das einer der Auslöser von Jürgen Habermas’ Attacke auf „revisio-

nistische“ Historiker war, durch die der sog. „Historikerstreit“ initiiert wurde. ⁴⁴ In dieser Schrift, die aus zwei Studien – „Der Zusammenbruch im Osten 1944/45“ und „Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung“ – besteht, vertrat Hillgruber die Ansicht, dass „der Mord an den Juden im Machtbereich des nationalsozialistischen Deutschland in den Jahren 1941 bis 1944 und die unmittelbar folgende Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und die Zertrümmerung des preußisch-deutschen Reiches 1944/45“ zusammengehören; gleichwohl hätten sie unterschiedliche Vorgeschichten: Der Mord an den Juden sei ausschließlich eine Konsequenz aus der radikalen Rassendoktrin gewesen, die mit Hitler zur Staatsideologie wurde. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und die Zerschlagung des Deutschen Reiches hingegen seien „nicht nur eine Antwort auf die – während des Krieges noch gar nicht in vollem Maße bekannt gewordenen – Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ gewesen, sondern sie hätten schon vorher „erwogenen Zielen der gegnerischen Großmächte, die während des Krieges zum Durchbruch gelangten“, entsprochen. ⁴⁵ Den Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik der Bevölkerungsverschiebung und den dabei angewandten Mitteln erwähnte Hillgruber nicht. Hillgruber verteidigte nachdrücklich den deutschen Verteidigungskampf im Osten, obgleich er den Krieg sicherlich verlängert und damit das Morden in den Vernichtungslagern fortgesetzt habe.

Hillgrubers Thesen wurden im Historikerstreit von der Mehrzahl der Historiker und Publizisten abgelehnt. ⁴⁶ Man wertete sie als eine Verteidigung nationalsozialistischer Politik und als eine Relativierung des Holocaust. Tatsächlich sind sie überaus anfechtbar und riskant, doch hat die sehr scharfe Kritik an Hillgruber wohl auch den Tatbestand zur Voraussetzung, dass der Holocaust seit den sechziger Jahren im deutschen Geschichtsbewusstsein zunehmend in den Mittelpunkt der Geschichte der NS-Zeit gerückt ist und als einzigartig und unvergleichlich qualifiziert wird, während die Vertreibung gleichzeitig immer mehr aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden war.

⁴¹ Ebd., S. 208 f.

⁴² Vgl. Alfred-Maurice de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. 7., erw. Aufl., Berlin 1988.

⁴³ Vgl. W. Benz (Anm. 5).

⁴⁴ Vgl. A. Hillgruber (Anm. 38). Zum Historikerstreit siehe „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München – Zürich 1987; Bernd Faulenbach, Die Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Bundesrepublik. Zur politischen Dimension des „Historikerstreits“, in: ders./Klaus Bölling, Geschichtsbewusstsein und historisch-politische Bildung in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1988, S. 9–38.

⁴⁵ A. Hillgruber (Anm. 38), S. 9.

⁴⁶ Vgl. „Historikerstreit“ (Anm. 44).

Sicherlich spielten bei der zunehmenden Ausblendung der Vertreibung im kollektiven Bewusstsein politische Neuorientierungen in der deutschen politischen Öffentlichkeit eine gewisse Rolle. Die deutsche Öffentlichkeit wollte ganz überwiegend den Ausgleich mit Polen und den anderen osteuropäischen Völkern. 1972 bis 1976 hatte sich eine deutsch-polnische Kommission auf gemeinsame Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie geeinigt, welche die jüngste Geschichte durchaus nicht ausklammerten und sowohl die nationalsozialistische Besatzungspolitik charakterisierten als auch die „territorialen Veränderungen“ und „Bevölkerungsverschiebungen“ am Ende des Zweiten Weltkrieges benannten, die einzelnen Phasen unterschieden und auch die Integrationsleistung der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit würdigten – in Formulierungen, die beiden Seiten akzeptabel schienen, freilich bei den Vertriebenen auf Widerstand stießen.⁴⁷ Zwischen westdeutschen und polnischen Historikern bildeten sich erste Kommunikationsstrukturen heraus.

Einige andere Momente spielten bei dem Zurücktreten der Erinnerung an die Vertreibung eine nicht unwichtige Rolle:

- Nationale Kategorien verblassten im westdeutschen historisch-politischen Bewusstsein.
- Es trat eine gewisse, westlich orientierte Territorialisierung des Geschichtsbewusstseins ein, dessen Raumbild den Osten nicht eigentlich mehr umfasste.
- Die Erkenntnis von der Einzigartigkeit des Holocaust und der anderen NS-Verbrechen ließ anderes Unrecht, andere Verbrechen verblasen.
- In Veröffentlichungen über die Vertreibung hatte eine gewisse Aufrechnungsmentalität eine Rolle gespielt, die zu Recht deutlich kritisiert wurde. Auf diese Weise galt das Thema generell als nationalistisch affiziert, was dazu beitrug, dass es von der jüngeren Generation der Historiker seit den sechziger Jahren kaum – allenfalls am Rande von Nationalismus-For-

schungen – aufgegriffen wurde.⁴⁸ Dies könnte sich in der Gegenwart ändern.

VI.

Ist mit der Vereinigung, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und dem deutsch-polnischen Vertrag vom 14. November 1990, der die deutsche Ost- und die polnische Westgrenze festschreibt und die erweiterte Bundesrepublik zum Nachbarn Polens macht, eine neue Konstellation im Hinblick auf das deutsche Geschichtsbewusstsein entstanden? Zwar begann sich das Geschichtsbewusstsein zu verändern, doch war zunächst im Hinblick auf die vorherrschende Tabuisierung von Flucht und Vertreibung keine grundlegende Umkehrung des Gesamttrends festzustellen. Allerdings mehrten sich bald Anzeichen dafür, diesen Komplex, der angesichts nicht mehr in Frage gestellter Grenzen an Brisanz verloren hatte, nicht weiter auszuklamern. Auch gab es seit 1989/90 neue Möglichkeiten für die historische Forschung, die Ereignisse auf der Basis neu zugänglicher Quellen aufzuarbeiten und mit den bisherigen Ergebnissen zu vergleichen. Und diese Forschung begann man zu einem Teil in kooperativen Formen zwischen deutschen und polnischen Historikern durchzuführen, womit eine neue Phase der Forschung begann.

Was das deutsche Geschichtsbewusstsein anbetrifft, so erschien jedoch noch 1995 im Deutschland Archiv ein Aufsatz mit dem Titel: „Verlieren wir das historische Ostdeutschland aus dem Geschichtsbild?“⁴⁹ Der Autor Karlheinz Lau glaubte diese Gefahr sehr deutlich zu sehen und wollte ihr mit seinem Beitrag entgegenreten. Tatsächlich schienen mit den vor dem Kriege aufgewachsenen Generationen Geschichte und Kultur des deutschen Ostens in erheblichem Maße aus der Erinnerung zu verschwinden; das Gleiche galt für die Vertreibung. Sie waren nur bedingt im kollektiven kulturellen Gedächtnis aufgehoben, auch wenn zuweilen das Thema in der Publizistik auftauchte⁵⁰ und nach wie vor eine Kulturstiftung der

⁴⁷ Vgl. Empfehlungen für die Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Schriftenreihe des Georg-Eckert-Institutes für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/XV., erweiterte Neuaufl. Braunschweig 1995; Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Braunschweig 1979. Stellungnahmen aus dem Umfeld der Vertriebenen insbesondere in: Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Eine Dokumentation kritischer Stellungnahmen, Bonn 1980.

⁴⁸ Helga Grebing hat die Frage aufgeworfen, ob nicht das Nichtakzeptieren der Leidensgeschichte der Vertriebenen „ein weiteres Kapitel der Unfähigkeit der Deutschen (sei), Trauerarbeit zu leisten: wie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus nun auch gegenüber den Opfern seiner Folgen“, in: R. Schulze/D. v. d. Brelie-Lewien/H. Grebing (Anm. 37), S. 2.

⁴⁹ Karlheinz Lau, Verlieren wir das historische Ostdeutschland aus dem Geschichtsbild?, in: Deutschland Archiv, 28 (1995), S. 633–640.

⁵⁰ Vgl. Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September 1997, S. 10; Alfred Theisen, Die Vertreibung

Vertriebenen, Archive und Museen sowie Verlage existierten, die auf Themen des früheren deutschen Ostens spezialisiert waren, deren Bücher ihr Publikum fanden, was darauf hindeutet, dass das Interesse an die nächst folgenden Generationen von „Betroffenen“ weitergegeben worden ist.⁵¹ Dieses Interesse richtete sich nicht mehr nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart und drückte sich nicht nur in Reisen in die früheren deutschen Ostgebiete aus, sondern teilweise auch in dem Bedürfnis nach Kommunikation mit den Menschen, die heute in diesen Regionen wohnen.

In jüngster Zeit aber ist ein Wandel erkennbar. Zu nennen ist die Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibung“, das die Vertriebenenverbände in Berlin errichten möchten, das sich polnische Intellektuelle auch in Breslau vorstellen können und bei dem manches dafür spricht, die Vertreibung der Deutschen nicht nur mit der Vorgeschichte, sondern auch mit den Zwangsmigrationsprozessen im 20. Jahrhundert in Beziehung zu setzen. Bedeutsam sind in diesem Kontext auch die Veröffentlichung von Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ und die Resonanz hierauf in der Öffentlichkeit sowie die Serie des „Spiegels“ sowie die Fernsehserie über die Vertreibung und die Vertriebenen.⁵² Auch widmen sich Historiker erneut den

der Deutschen. Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7–8/95, S. 20–33.

51 Verlage dieser Art sind der Laumann-Verlag Dülmen, der Marx-Verlag in Leimen und der Rautenberg-Verlag in Leer. Im Laufe der Jahre haben alle Städte und Regionen im Osten ihre (Laien-)Historiker gefunden, die über ihre Stadt oder Region Bücher und Aufsätze veröffentlichten.

52 Vgl. Günter Grass, *Im Krebsgang*. Eine Novelle, Göttingen 2002; K. Erich Franzen, *Die Vertriebenen*. Hitlers letzte Opfer, München 2001 (Buch zur ARD-Fernsehserie); Spiegel-Serie „Die Flucht“, Nr. 13 ff., 2002.

Geschehnissen am Ende des Krieges und in der frühen Nachkriegszeit.⁵³

Vieles deutet darauf hin, dass Flucht und Vertreibungs-Geschehnisse nicht mehr ausschließlich national interpretiert werden. Gegenwärtig gibt es in Deutschland jedenfalls kaum Anhaltspunkte für die Restauration eines traditionellen nationalen Geschichtsbewusstseins. Allerdings erscheint es möglich, dass sich im Hinblick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts das Gedenken erweitern wird. Mit Peter Steinbach kann man fragen, ob es wirklich richtig ist, „wichtige Bezugspunkte kollektiver Erinnerung an erfahrenes Leid aus Furcht vor ‚falschen Reaktionen‘ oder den ‚Beifall von der falschen Seite‘ in den Hintergrund des historischen Bewusstseins“ zu schieben und „aus der gemeinsamen Erinnerung auszuklammern“⁵⁴. Diese Frage stellt sich – zumal nach den bestürzenden Erfahrungen mit Vertreibungen in Südosteuropa in den letzten Jahren – unbestreitbar nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Ebene, auf der es die verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen zu verknüpfen gilt.⁵⁵ Darin ist eine wichtige geschichtspolitische Aufgabe der nächsten Jahre zu sehen.

53 Vgl. Detlev Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945*. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei, München 2001; Philipp Ther, *Deutsche und polnische Vertriebene*. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1999; Manfred Zeidler, *Kriegsende im Osten*. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

54 Peter Steinbach, *Die Vergegenwärtigung von Vergangenheitem*. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3–4/97, S. 3–13, hier S. 4.

55 Vgl. Bernd Faulenbach, *Von der nationalen zur universalen Erinnerungskultur?*, in: *Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur* 19/20 (2001/02), S. 225–236.

Christoph Kleßmann

Dr. phil., geb. 1938; 1976 bis 1992 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld; seit 1993 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam; seit 1996 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam.

Anschrift: Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 bis 1955, Bonn 1991⁵; Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 bis 1970, Bonn 1997³; (Hrsg.) Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990, München 1993; Zeitgeschichte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Essen 1998.

Karl-Ernst Jeismann

Dr. phil., geb. 1925; Professor (em.) für neuere und neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Münster; 1978–1984 Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig.

Anschrift: Institut für Didaktik der Geschichte, Pferdegasse 1, 48143 Münster.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte als Horizont der Gegenwart. Über den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive, Paderborn 1985; (Mithrsg.) Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3, München 1987; Geschichte und Bildung. Beiträge zur Geschichtsdidaktik und zur Historischen Bildungsforschung, Paderborn 2000.

Michael Gehler

Dr. phil., geb. 1962; ao. Professor an der Universität Innsbruck, Institut für Zeitgeschichte.

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck, Christoph-Probst-Platz, A-6020 Innsbruck. E-Mail: michael.gehler@uibk.ac.at

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Rolf Steininger) Die Neutralen und die europäische Integration 1945–1995, Wien–Köln–Weimar 2000; Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem, Bochum 2001; Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, 2 Bde., Innsbruck–Wien–München–Bozen 2002; Europa. Von der Utopie zum EURO, Frankfurt/M. 2002.

Peter Steinbach

geb. 1948; wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe (TH).

Anschrift: Institut für Geschichte, Universität Karlsruhe, Kaiserstr. 12, 76131 Karlsruhe.

Veröffentlichungen u. a.: Widerstand im Widerstreit: Die Deutschen und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Paderborn 2002²; (zus. mit J. Tuchel): Lexikon des Widerstandes, München 1994; Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994; Lesebuch des Widerstands, München 1999³; Widerstand und Opposition in der DDR, Köln–Weimar 1999; Opposition und Widerstand in der DDR: Politische Lebensbilder, München 2002.

Bernd Faulenbach

Dr. phil., geb. 1943; Stellv. Direktor am Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation in Recklinghausen (Institut an der Ruhr-Universität) und Professor an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Mitglied einer Reihe von Gremien an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft und Politik.

Anschrift: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, Münsterstr. 13–15, 45657 Recklinghausen. E-Mail: faulenbach@freenet.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Heinrich Potthoff) Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg, Essen 1998; (Hrsg. zus. mit Helmuth Schütte) Deutschland, Israel und der Holocaust, Essen 1998; (zus. mit Annette Leo u. Klaus Weberskirch) Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein in West- und Ostdeutschland, Essen 2000; (Hrsg. zus. mit Heinrich Potthoff) Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001.

Nächste Ausgabe

Peter Glotz *Essay*

Zur Zukunft Europas

Barabara Lippert

Von Kopenhagen nach Kopenhagen:

Eine erste Bilanz der EU-Erweiterungspolitik

Frank Decker

Der Verfassungskonvent ringt um die künftige Gestalt Europas

Christian Deubner

Differenzierte Integration: Übergangserscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union?

Michael W. Bauer/Ralf Knöll

Die Methode der offenen Koordinierung: Zukunft europäischer Politikgestaltung oder schleichende Zentralisierung?

Christoph Kleßmann

Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/2002, S. 3–12

■ Ausgehend vom besonderen Profil der deutschen Zeitgeschichte als Wissenschaftsdisziplin und einer produktiven, aber auch fatalen Konkurrenz der Massenmedien werden vor allem drei Probleme erörtert: 1. Wieweit ist „Objektivität“ als regulative Idee empirischer Forschung angesichts postmoderner Zweifel noch aktuell? 2. Was bedeutet „kritische Historisierung“ gerade auf dem Feld der Diktaturforschung? 3. Wie verändert sich das Ziel wissenschaftlicher Aufklärung in der Spannung zur individuellen und kollektiven Erinnerung? Zu den Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gehört auch eine über nationale Bezüge und Zäsuren hinausreichende europäische Erweiterung von Zeitgeschichte, insbesondere hinsichtlich der Einbeziehung Ostmitteleuropas.

Karl-Ernst Jeismann

Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/2002, S. 13–22

■ „Geschichtsbilder“ sind Sinngebungen der historischen Zeit. Sie verknüpfen die Deutung der vergangenen mit den Forderungen an die kommende Geschichte; sie geben Orientierung in der Gegenwart und die Gewissheit einer Generationen übergreifenden Identität. Historische Krisen sind von Verwerfungen des Geschichtsbildes begleitet. Hier wird der These nachgegangen, dass ein gestörter Zusammenhang zwischen partikularen und universalen Geschichtsbildern Symptom real- und mentalhistorischer Krisen ist. Am Beispiel des Verhältnisses zwischen dem universalen Geschichtsbild vom „Fortschritt“ der ihre Bestimmung selbst verwirklichenden Menschheit und den nationalen Geschichtsbildern des 19. und 20. Jahrhunderts lässt sich die Krise des gegenwärtigen historischen Selbstverständnisses an Zukunftsentwürfen ablesen, deren Divergenz u. a. die Frage nach der Gültigkeit und Reichweite des europazentrischen „Projekts der Moderne“ stellt.

Michael Gehler

Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/2002, S. 23–35

■ Die Zeitgeschichtsschreibung hat sich bisher überwiegend im nationalen Rahmen ausgerichtet. Der Beitrag widmet sich Fragestellungen einer modernen und zukunftsorientierten Zeitgeschichtsschreibung zwischen Europäisierung und Globalisierung, wobei eine vergleichende Länderbetrachtung (Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweiz und Österreich sowie ein Exkurs über Deutschland) geleistet wird. Die Erweiterung der kern-europäischen Perspektive wird empfohlen. Die Europä-

isierung ist aber nur eine Zwischenstufe der Zeitgeschichte zur Globalisierung. Diese wird als Chance für eine Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem begriffen, die lokale, regionale und nationalstaatliche Horizonte weiten und somit die Dominanz nationalgeschichtlicher Sichtweisen überwinden hilft.

Peter Steinbach

Zur Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/2002, S. 36–43

■ Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist u. a. stark durch den Gegensatz zwischen diktatorischen Systemen und demokratisch legitimierten Verfassungsstaaten geprägt worden. Die Bewertung von Diktaturen durch freiheitlich verfasste Gesellschaften hing allerdings stets auch von politischen Interessen und Konstellationen ab und spiegelte keineswegs in dem Maße prinzipielle Wertentscheidungen, wie es die Orientierung an Menschen- und Grundrechten nahe legen könnte. Opfer dieser Haltung waren vor allem antidiktatorische Oppositionsbewegungen, die unter dem Prinzip der Nichteinmischung litten und erst nach dem Zusammenbruch von Zwangssystemen als Repräsentanten einer neuen, „humanen politischen Orientierung“ angemessen gewürdigt wurden. Sie können erst nach dem Untergang diktatorischer Systeme die Entwicklung von grundsätzlichen Wertstrukturen in postdiktatorischen Systemen erleichtern und der Entwicklung politischer Maßstäbe dienen, die helfen, politische Unterdrückung wahrzunehmen und grundsätzlich zu verurteilen.

Bernd Faulenbach

Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße

Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/2002, S. 44–54

■ Flucht und Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße in der Endphase des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren sind in den fünfziger Jahren in Wissenschaft und Öffentlichkeit durchaus beachtet worden; sie wurden seit den sechziger Jahren jedoch zunehmend zu einem Randthema der öffentlichen Diskussion und der historischen Forschung. Schließlich wurde dieser Themenbereich in den achtziger Jahren geradezu tabuisiert. Nach den Umwälzungen 1989/90 und dem Abschluss des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages, die dazu geführt haben, dass Deutschland in von ihm selbst und allen Nachbarn anerkannten – im zusammenwachsenden Europa an Bedeutung verlierenden – Grenzen lebt, ist es offensichtlich an der Zeit, dieses Thema nicht weiter zu ignorieren, es dabei allerdings in den Gesamtzusammenhang der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. ■